Nr. 133. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein lehrreicher Zechengeschäftsbericht.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Der 1. April ist vorübergegangen, ohne daß die zur Diskreditierung der streikenden Ruhrbergleute „versprochenen" Lohnerhöhungen erfolgt sind. Auf einer Anzahl Zechen wurden bereits vor und während des Streiks etlichen Arbeiterkategorien am Schichtlohn 10—30 Pf. zugelegt, wie das in der Regel beim Aufsteigen der Konjunktur geschieht. Eine allgemeine Lohnerhöhung ist aber bis heute noch nicht eingetreten, obgleich schon ab 1. April die Kohlenpreise pro Tonne um durchschnittlich 80 Pf. gesteigert wurden. Im kritischen ersten Quartal 1912 haben die Durchschnittslöhne nach Zechenauskünften betragen für die Gedingearbeiter 5,74 M., gegen 6,14 M. im IV. Quartal 1907 (Minus 40 Pf.!), für die Gesamtbelegschaft 4,83 M., gegen 4,87 M. im IV. Quartal 1907 (Minus 4 Pf.). Hierbei ist zu beachten, daß in dem Märzlohn auch die Streikbrecherprämien mitverrechnet sind, sonst wäre das Lohnminus noch stärker. Es ist nun durch die Erfahrung festgestellt, daß die Streikbrecherorganisationen mit ihrer Behauptung, die Zechenbesitzer würden für den 1. März, spätestens für den 1. April Lohnerhöhungen eintreten lassen, die Arbeiter schmählich betrogen haben. Aber nicht nur das. Selbst jetzt noch laufen Klagen von Gedingearbeitern über Akkordverschlechterungen ein! „Schlagt nur drauf los, dann verdient ihr mehr!" ist die Antwort der Betriebsbeamten auf die Frage der Arbeiter nach den Lohnerhöhungen. Die Zechenbesitzer stecken zu den bisherigen hohen Ueberschüssen noch viele Millionen mehr ein, die Kohlenverbraucher müssen den Zechensyndikalisten diesen höheren Tribut entrichten und die Bergarbeiter können sich bei den ultramontanen Streikbruchführern dafür bedanken, daß die notwendige und sehr gut durchführbare Lohnaufbesserung unterblieben ist. Erst wird durch eine rücksichtslose Vermehrung der indirekten Steuern und Zollerhöhung die Lebenshaltung der Industriearbeiter außerordentlich verteuert und wenn diese sich dann aufraffen, um wenigstens die erlittenen schweren Lohnverluste durch ein einmütiges Vorgehen wett zu machen, dann kommandieren die für die Lebensmittelteuerung vornehmlich verantwortlichen ultramontanen Parteiführer ihre Agenten zu der Zerreißung der aussichtsreichen Lohnbewegung durch Massenstreikbruch.

Behutsam verhüllen die Zechensyndikalisten vor der Oeffentlichkeit, was sie wissen muß, um zu einem kritischen Urteil über die Notwendigkeit der neuesten Kohlenpreiserhöhung zu gelangen. Dafür werden von dem Presseagenten der Zechenbesitzer immerfort mit Angaben über die „steigende, erdrückende soziale Last", „stark gestiegene Löhne" gespickte Zeitungsartikel veröffentlicht, die dem Fernstehenden die Lage der Zechenbesitzer als eine nicht beneidenswerte erscheinen lassen sollen. Selten ist es möglich, aus den offiziellen Publikationen der Grubenverwaltungen ein wenigstens einigermaßen klares Bild über die Finanzwirtschaft der Unternehmungen zu gewinnen. Dieser seltene Fall liegt nun vor durch den Geschäftsbericht der Grubengewerkschaft „König Ludwig" bei Recklinghausen. Da diese Gesellschaft zu den angeblich besonders notleidenden „reinen Kohlenzechen" gehört, so sei an diesem Beispiel gezeigt, welche Rücksichtslosigkeit gegen die Kohlen- und Koksverbraucher die neuerliche erhebliche Syndikatspreiserhöhung bedeutet.

Die Zeche fördert Fett-, Gas- und Gasflammkohle; sie besitzt ausgedehnte Koksofenanlagen mit Gewinnung von Nebenprodukten (Teer, Ammoniak, Benzol usw.) Vergleichen wir ihre beiden letzten Jahresergebnisse mit dem des außerordentlichen Hochkonjunkturjahres 1907. Es betrug die

	Kohlenförderung	Arbeiterzahl	Arbeiterleistung pro Schicht
1911:	1 234 560 Tonnen	4919	1,025 Tonnen
1910:	1 186 213 „	5087	0,976 „
1907:	1 143 304 „	5157	0,895 „

Die Förderung stieg bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeiterzahl infolge erheblich verstärkter Ausnutzung der Arbeitskräfte und technischer Betriebsverbesserungen. Das kommt in einer Verminderung der Betriebskosten zum Ausdruck. Wenn wir zum Vergleich auch die Verkaufserlöse anführen, so wolle man beachten, daß die Kohlen- und Kokspreise pro 1907 ungeheuerlich gesteigert wurden, wodurch auch ihr jäher Abstieg notwendig geworden ist. Um das zu veranschaulichen, gehen wir mit den Nachweisen bis 1906 zurück:

	Selbstkosten pro Tonne Kohlen	Erlös pro Tonne Kohlen	Erlös pro Tonne Koks
1911 . . .	9,70 M.	10,23 M.	15,24 M.
1910 . . .	10,00 „	10,66 „	14,43 „
1907 . . .	10,16 „	12,00 „	17,01 „
1906 . . .	9,25 „	10,77 „	14,76 „

Die rapide Preissteigerung pro 1907 rächte sich durch rasches Abflauen der Konjunktur. Es ist den Zechenbesitzern von den von ihnen abhängigen Kohlen- und Koksverbrauchern mit Recht der Vorwurf gemacht worden, durch das rücksichtslose Anziehen der Preisschraube die Ende 1907 einsetzende Wirtschaftskrise erheblich verschärft zu haben. Betrachtet man nun den Unterschied zwischen Selbstkosten und Verkaufserlös der Kohlen, dann bemerkt man, daß 1910 ein Ueberschuß von 66 Pf., 1911 gar nur ein solcher von 55 Pf. erzielt worden ist. Das wäre gewiß geringfügig. Mit solchen Ziffern operiert die Zechenpresse denn auch, um die „verschlechterte Lage" der reinen Kohlenzechen zu beweisen. Tatsächlich ist aber der Rohüberschuß beim Kohlen- und Koksverkauf von 1 388 917 M. in 1910 auf 1 737 709 M. in 1911 gestiegen, d. h. pro Tonne von 1,18 auf 1,40 M.! Daraus geht schon hervor, wie irreführend die bloße Gegenüberstellung von Selbstkosten der Förderung ist. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß 1910 die Syndikatsabgabe (Umlage) pro Kohlentonne 8,75 Proz., 1911 aber 12 Proz. betrug. Diese höhere Abgabe, deren absolute Höhe verschwiegen wird, ist entweder den Selbstkosten zu- oder von dem Verkaufserlös abgerechnet, was auf jeden Fall die Endsumme um hunderttausende Mark beeinflußte. Diese Syndikatsabgaben zahlt der inländische Kohlen- und Kokskonsument, damit das Syndikat dem Auslande billige Kohlen und Koke liefern kann.

Indessen stellt der Ueberschuß aus dem Kohlen- und Koksverkauf nur einen Teil der Werkserträge dar. Worauf in den Stimmungsbildern der Zechenjournalisten höchstens andeutungsweise verwiesen wird, das ist die kolossale Rentabilität der bei der Kohlenverkokung gewonnenen Nebenprodukte! Manche Zechengesellschaften, darunter auch „König Ludwig", ziehen aus der Nebenproduktengewinnung weit mehr Gewinn als aus dem Kohlenverkauf, deshalb wird der ganze Betrieb dementsprechend eingerichtet und man hat gut klagen über die unerträglich gestiegenen Selbstkosten der „Förderung", da sich durch die moderne Betriebsorganisation der Schwerpunkt der Gewinnerzielung völlig verschoben hat. Während der Unterschied zwischen Kohlenverkaufserlös und Tonnenselbstkostenpreis 1911 rund 800 000 M. Ueberschuß ergab, erbrachten die Nebenprodukte 1 602 331 M. Gewinn, also mehr als das Doppelte! Detailliert sieht die Rentabilitätsberechnung der Gesellschaft „König Ludwig" wie folgt aus:

	Bruttoüberschuß aus Kohlen- und Koksverkauf, Nebenprodukten, Ziegelei usw.	Reiner Betriebsgewinn nach Absetzung der Anleihe- und Hypothekenzinsen	Verteilte Ausbeute
1911	3 496 577 M.	2 582 477 M.	1 200 000 M.
1910	2 907 189 „	1 597 768 „	1 200 000 „

Eine Erhöhung des Reingewinns um bald 60 Proz., ein Reinüberschuß von mehr als 2 M. pro Tonne! Und bei solcher glänzenden Rentabilität haben die Zechensyndikalisten, deren größten einer der kürzlich verstorbene Hauptbesitzer von „König Ludwig", Kommerzienrat Funke, war, nun die Kohlenpreise noch um 80 Pf. pro Tonne gesteigert! In den Stimmungsbildern der Zechenjournalisten wird wohl erwähnt, daß die betreffende Gesellschaft „nur" 1200 Mark Ausbeute pro Kux verteilte, was dem Kursstand des Papiers entsprechend nur eine geringe Kapitalsverzinsung darstelle. Daß aber nicht einmal die Hälfte des erzielten Reingewinns verteilt worden ist, der größere Teil für Neubauten, Grundschuldentilgung und Erhöhung eines Reservefonds auf 2 223 956 M. verwandt wurde, davon erfährt das breite Publikum nichts, dem ja die (angebliche) Notwendigkeit der abermaligen Kohlen- und Koksverteuerung plausibel gemacht werden soll.

Dasselbe eindeutige Spiel wird mit den Lohn- und Belastungsangaben getrieben. Die Löhne sind von 1907 bis 1911 nicht nur absolut gesunken, sondern auch im Verhältnis zur Arbeiterleistung herabgedrückt worden, wie folgende Gegenüberstellung beweist:

	Lohn pro Schicht der Belegschaft	Arbeiterleistung pro Kopf
1911	5,17 M.	1,025 Tonnen
1907	5,49 „	0,895 „

Höhere Leistung, gesunkener Lohn. Darin dokumentiert sich die Lohnanarchie im Bergbau. Wollen die Arbeiter sich eine gewisse Lohnsicherung erkämpfen, dann überschwemmt eine natürlich unparteiische Regierung das Industriegebiet mit Polizist, Gendarm und Militär.

Die Zechengesellschaft gestattet sich dann noch zur Verschiebung des wirklich verdienten Lohnes das Rechenkunststück, den Durchschnitts-Schichtverdienst mit 300 zu multiplizieren und beziffert nun das durchschnittliche Lohneinkommen des Arbeiters auf 1551 M. Tatsächlich entfielen aber 1911 auf pro Arbeiter keine 300 sondern 287—288 Schichten, somit beträgt sein Jahreseinkommen nur 1489 M. Der Zechengeschäftsbericht geht noch weiter und rechnet dem Arbeiter als Lohn auch die sozialgesetzlichen und freiwilligen Werksbeiträge mit 45 Pf. pro Schicht an, wodurch der Durchschnittslohn für 1911 auf 1668 M. anwächst. Damit gibt die Zechenverwaltung indirekt zu, daß sie die gesamten Beiträge zur Arbeiterversicherung als Lohnanteile betrachtet, womit die Richtigkeit der von sozialdemokratischer Seite vertretenen Ansicht von dem Charakter der sozialgesetzlichen Aufwendungen bestätigt wird.

Noch merkwürdiger ist die Art der Lastenberechnung nach dem erzielten Gewinn. An Steuern und Abgaben seien gezahlt worden in Prozenten vom

	Gesamtgewinn	verteilten Gewinn
1911 . . .	43,63	92,09
1910 . . .	57,00	91,09

Die soziale Belastung der Unternehmung ist also letztjährig bedeutend geringer geworden und nur durch die Verschiebung der größeren Hälfte des Ueberschusses in Reserve-, Neubaukosten- und Kapitalverzinsungsfonds konnte man eine „Erhöhung der sozialen Lasten" gemessen an der verteilten Ausbeute errechnen.

Nochmals sei betont, es handelt sich um eine reine Kohlenzeche, die ihre Selbstkosten noch nicht durch Kombinierung mit einem Hüttenwerk herabmindern konnte. Unzweifelhaft beweist aber der Geschäftsbericht dieser zu den relativ ungünstig gestellten Gruppe der reinen Kohlenwerke gehörenden Zechengesellschaft, daß die neuerliche Kohlen- und Kokspreiserhöhung des Syndikats in Ansehung der hohen Werksüberschüsse durchaus ungerechtfertigt ist. Aber das Volk ist mit tatkräftiger Unterstützung der fiskalischen Grubenverwaltung in die Hände der millionenreichen Kohlenmonopolisten gegeben und muß ihnen nun steigenden Tribut zahlen.

Nun aber weiter!

Vor einem Jahre noch bestritt unsere bürgerliche Presse ernsthaft, daß die Absicht bestehe, an den neuen Reichstag mit neuen Flottenforderungen heranzutreten. Die sozialdemokratische Presse freilich ließ sich durch solch dreiste Vertuschung nicht verblüffen, sondern stellte fest, daß die ganzen früheren Marinegesetze und Novellen darauf zugeschnitten gewesen seien, ein neue Flottenvorlage notwendig erscheinen zu lassen. Und die sozialdemokratischen Prophezeiungen haben ja bekanntlich recht behalten. Außer den diversen hundert Millionen Mehrforderung für die Verstärkung des Landheeres hat der im Januar gewählte Reichstag ja auch eine neue Flottenvorlage bewilligen müssen, die für die nächsten fünf Jahre zirka 180 Millionen Mark Mehrausgaben beansprucht. Der Bau von drei Linienschiffen, zwei kleinen Kreuzern und 54 Unterseebooten wurde gefordert und bewilligt. Dazu trat die Schaffung eines dritten Geschwaders, die durch weitestgehende Indienststellungen ermöglicht wurde.

Man sollte meinen, daß diese erneuten Opfer für den Marinismus, die noch vor Jahresfrist in amtlichen Organen bestritten wurden, eine mehr als reichliche Abschlagszahlung darstellten, die wenigstens für die ersten paar Jahre ausreichte. Aber ganz das Gegenteil ist der Fall! Unseren Marineinteressenten ist beim Essen erst der Appetit gekommen. Das leichte Spiel, das die Regierung diesmal mit den bürgerlichen Parteien, und zwar allen bürgerlichen Parteien, gehabt hat, die längst militär- und marinefromm geworden sind, ist für unsere Flottentreiber und Panzerplatteninteressenten nur ein Anreiz mehr geworden, nun erst recht für den weiteren „Ausbau" unserer Flotte einzutreten. Das bewies die Hauptversammlung des deutschen Flottenvereins, die am 9. Juni in Weimar tagte. Dort brachten es die leitenden Persönlichkeiten fertig, für weitere, noch kostspieligere Flottenrüstungsprojekte Stimmung zu machen durch den Hinweis auf das Flottenrüsten in — England und Frankreich! Dabei weiß jedes politische Kind, daß die englische Regierung nicht nur im vorigen Jahre den ernstlichen Versuch gemacht hat, zwischen England und Deutschland ein Einvernehmen über das Tempo des Rüstens herbeizuführen, sondern daß auch in diesem Jahre wieder die englische Regierung ihren Vertreter nach Deutschland gesandt hat, um eine Rüstungsverständigung auf marinistischem Gebiete zwischen den Hauptrivalen England und Deutschland auf der Grundlage der beiderseitigen Interessen herbeizuführen. Leider ist keinerlei Verständigung zustande gekommen! Deutschland hat die englische Regierung einfach abblitzen lassen. Deutschland hat trotz der seinerzeitigen Versicherung, daß mit dem verflossenen Jahre der Höchststand des deutschen Flottenrüstens eingetreten wäre, die neue Flottenvorlage im Reichstag eingebracht und durchgedrückt! Und daß nun England und Frankreich aus dem forcierten, trotz aller internationalen Vorstellungen unentwegt sich steigernden Flottenrüsten Deutschlands die Notwendigkeit abgeleitet haben, Deutschlands erneute Rüstung mit einer Gegenrüstung zu beantworten, das gibt wieder den demagogischen Machern des Deutschen Flottenvereins den hochwillkommenen Vorwand, ihrerseits auf die ausländischen Rüstungen hinzuweisen, um neue deutsche Flottenrüstungen zu postulieren!

Sowohl der Vorsitzende des Flottenvereins, Großadmiral von Köster, als der Kontreadmiral Weber als Referent, und auch der altenburgische Staatsminister Borries betonten die Notwendigkeit, Deutschlands Flottenrüstungen noch beträchtlich über den Rahmen des vom Reichstag Beschlossenen hinaus zu verstärken. Kontreadmiral Weber erklärte die vom Reichstag beschlossenen Rüstungsvermehrungen für absolut unzureichend und verlangte, daß zur Durchführung des Flottengesetzes bis 1917 noch fünf Panzerkreuzer (à 40 bis 50 Millionen Mark) mehr und dazu noch die Mehreinstellung von 5000 Mann aktiven Flottenpersonals notwendig sei!

Daß diese Forderungen die stürmische Zustimmung der versammelten Flottenfexe auslöste und bei den Diskussionsrednern die energischste Unterstützung fanden, versteht sich von selbst. Und ebenso versteht sich von selbst, daß von dem höchst einflußreichen Flottenverein, der ja längst ein offizielles Instrument geworden ist, die Flottenagitation auch in die breiteste Oeffentlichkeit hinausgetragen werden wird. Man braucht sich also auch gar nicht zu wundern, wenn im nächsten oder übernächsten Jahre dem an solche Ueberraschungen ja längst gewöhnten Reichstag abermals eine Flottenvorlage zugehen wird, die wiederum Hunderte von Millionen beansprucht! Und das Bürgertum, von der äußersten Rechten bis zur äußersten bürgerlichen Linken, würde dann einem solchen Ansinnen ebensowenig

den geringsten Widerstand entgegensetzen, wie es sich diesmal zum leisesten Protest gegen die Flottenforderungen der verflossenen Session aufzuraffen vermochte!

Der Flottenwahnsinn ist ebenso wie die Ideosynkrasie unseres gesamten Bürgertums geworden. Gegen das wahnsinnige Wettrüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft steht einzig noch die Sozialdemokratie ihren Mann! Alles, was die Kulturideale der Menschheit, die Ideale der Völkerverbrüderung, die ehedem auch die vornehmste Aufgabe des bürgerlichen Radikalismus bildeten, aufrecht erhält, kann nur noch in den Reihen der Sozialdemokratie auf Vertretung und Erfüllung seiner Kulturbestrebungen rechnen!

Der Streik im Londoner Hafen.

Ein nationaler Transportarbeiterstreik?

London, 8. Juni. (Eig. Ber.) Die zwischen der Regierung, den Transportarbeitern und den Unternehmern stattfindenden Verhandlungen stehen vor dem Abbruch. Wenn sich die Arbeitgeber bis Montag nicht entschieden haben, das von der Regierung vorgeschlagene und von den Arbeitern angenommene Einigungsamt anzunehmen, wird Montagabend der Streik in allen Häfen Großbritanniens erklärt werden. Der Nationale Rat der Transportarbeiter hätte den Generalstreik schon früher erklärt; denn die Lage erheischt schnelles und entschlossenes Handeln; die Unternehmer versuchen, die Angelegenheit in die Länge zu ziehen, wodurch sie den Zusammenbruch des Streiks herbeizuführen hoffen. Aber die Regierung hat die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes überredet, mit der Erklärung des Generalstreiks noch bis Montag zu warten, da ihr die Arbeitgeber bis dahin eine bestimmte Antwort auf ihre Vorschläge versprochen hätten. Es handelt sich bei diesem Generalstreik keineswegs um eine leere Drohung. Die Mitglieder des Nationalen Rats, der obersten Behörde des Transportarbeiterverbandes, sind sich einig, daß der Anschlag der Unternehmer auf das Leben der Londoner Transportarbeiterorganisationen nur unter Aufbietung aller Kräfte vereitelt werden kann. Viele kamen als heftige Gegner des nationalen Streiks nach der Londoner Konferenz und kehren jetzt als überzeugte Anhänger dieser Taktik in ihre Heimat zurück, um die nötigen Vorbereitungen für den Ausbruch des Generalstreiks zu treffen.

Die Regierung hat in ihrem Entwurf zu einem Einigungsamte für den Londoner Hafen in Anregung gebracht, das Einigungsverfahren von dem bekannten Brooklandsvertrag zu übernehmen, nach dem Arbeiter und Arbeitgeber in der Baumwollspinnerei ihre Differenzen regeln. Die Transportarbeiter haben diesen Vorschlag angenommen. Nach diesem Vertrag kann kein Streik und keine Aussperrung erklärt werden, ehe nicht der Gegenstand des Streits der Gegenpartei schriftlich mitgeteilt worden ist. Wenn dann die strittigen Punkte innerhalb der nächsten sieben Tage nicht geregelt worden sind, hat die klagende Partei das Recht, die Angelegenheit dem gemeinschaftlichen Komitee der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zu unterbreiten. Kommt dann in den folgenden 7 Tagen keine Einigung zustande, so kann jede Partei die Schritte tun, die sie für gut hält. Eine weitere Anregung der Regierung, die ebenfalls die Billigung des Transportarbeiterverbandes gefunden hat, besteht darin, daß sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeiter Kaution stellen sollen. Beide Parteien würden danach eine Summe Geld bei einer Bank deponieren, aus der bei Vertragsbruch Konventionalstrafen zu zahlen wären. Eine ähnliche Bestimmung befindet sich in dem Vertrag zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Schuhindustrie. Dort wird bestimmt, daß die schuldige Partei dem Gegner aus der hinterlegten Summe eine Strafe zu zahlen hat, wenn die Arbeiter vier Tage nach der Erklärung des Streiks oder der Aussperrung nicht den Befehl erhalten, zur Arbeit zurückzukehren. Die Gewerkschaftsbeamten, mit denen ich über diesen Punkt gesprochen habe, stehen dieser Neuerung sehr kritisch gegenüber. Auf alle Fälle beweist aber die Bereitwilligkeit, mit der die Transportarbeiter die Vorschläge der Regierung angenommen haben, daß sie es nicht sind, die dem Abschluß eines ehrenvollen Friedens im Wege stehen. Leider ist es nur zu wahrscheinlich, daß die Unternehmer die Friedensbedingungen Montag ablehnen werden und daß sie es vorziehen werden, dem Lande durch einen Generalstreik ungeheure Verluste zuzufügen.

Die liberale Regierung hat in diesem wirtschaftlichen Kampfe einen äußerst schwierigen Stand. Auf der einen Seite gehören viele der größten Schiffsbesitzer zu den Stützen der liberalen Partei; auf der anderen Seite werden einige der liberalen Minister, unter anderen besonders der Handelsminister von den Transportarbeitern ins Parlament gewählt. Sie kann daher nicht offen gegen die Arbeiterschaft Partei ergreifen, was sie immer tun mag, um den Unternehmern den Kampf zu erleichtern. In reaktionären Kreisen regt man sich augenblicklich sehr über eine Rede des Ministers des Innern auf; man fordert den Kopf Mc Kennas, weil er sich als ungetreuer Kommis der Arbeitgeber erwiesen haben soll. Das Verbrechen Mc Kennas ist, daß er eine sehr vernünftige Rede gehalten hat. Wenn man überall so vernünftig redete und handelte wie der Minister Mc Kenna, so würde man von Streikunruhen nicht viel hören. Der Minister verteidigte im Parlament letzten Donnerstag sein Verhalten in bezug auf das Streikbrecherschiff Lady Jocelyn, in dem die Unternehmer Streikbrecher behausen. Er hatte sich geweigert, diesen Streikbrechern besonderen Polizeischutz angedeihen zu lassen. Die wichtigsten Stellen seiner Rede sind nach dem Berichte der „Times" folgende: „Es ist die Pflicht der Regierung, den Frieden zu wahren; aber wenn man zu Handlungen greift, von denen man weiß, daß sie provokatorisch sind (Beifall bei der Arbeiterpartei), dann ist es zu viel verlangt, daß Polizei von außen importiert werden soll, um den Weg zu dieser provokatorischen Handlungsweise zu ebnen. (Zurufe der Opposition: Welche provokatorische Handlungsweise?) Hier handelte es sich nicht darum Leute zu beschützen, die gewöhnlich in Purfleet beschäftigt werden, hier handelte es sich darum, Leute zu beschützen, die ausgezeichnete Gelegenheit hatten, in Newport zu arbeiten, aber als Streikbrecher besonders hergebracht worden waren. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Wenn diese Leute gearbeitet hätten und Unruhen wären entstanden, dann wäre es die Pflicht der Polizei gewesen, die Ordnung wiederherzustellen; aber es kann nicht die Pflicht der Polizei sein, bei jeder Gelegenheit Arbeitgebern in Handlungsweisen beizustehen, die in erster Linie darauf hinzielen (Zurufe: O! o!) — ich will nicht sagen in diesem Fall — aber die in vielen Fällen in erster Linie darauf hinzielen, Unruhen zu provozieren. (Zurufe: Nein!) In London wird gegenwärtig, wie Sie alle wissen, viel Arbeit beim Löschen von Schiffen verrichtet, und es sind praktisch keine Unruhen vorgekommen. Die Arbeiter haben sich mit großer Selbstbeherrschung aufgeführt, obwohl sie — ob nun mit Recht oder Unrecht — fühlten, daß ihnen in dem Kampf um das, was sie als ihr Recht betrachten, großes Unrecht geschehe, wenn sie durch die in dem Hafen zur Anwendung gebrachten Maßnahmen geschlagen werden würden. Sie haben nichts unternommen, um Unruhen zu provozieren, aber wenn man ein Schiff hereinbringt, das besonders dazu bestimmt ist, Streikbrecher zu beherbergen, muß es zu Unruhen kommen. Die in London angewandten Methoden sollten in anderen Distrikten nachgeahmt werden. Wenn Arbeitgeber dazu angespornt werden, Methoden zu benützen, von denen sie sowohl wissen wie ich, daß sie Unruhen provozieren werden, dann muß ein Unglück passieren. Ich appelliere an die ehrenwerten Mitglieder, mich in dem Versuch, die Arbeitgeber daran zu verhindern, provozierend vorzugehen, zu unterstützen. Dies sind Schiffe, die mit Streikbrechern gefüllt speziell hereingebracht werden. Die ehrenwerten Mitglieder des Hauses werden der Allgemeinheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie die Arbeitgeber zu solchen Taten ermutigen." (Zurufe: O! und Hört! hört!)

Kein Wunder, wenn die Scharfmacher jetzt den Kopf Mc Kennas fordern. Es wird dem Leser nicht entgangen sein, daß der Ausdruck „Streikbrecher" (Strikebreaker) in den parlamentarischen Sprachschatz englischer Minister übergegangen ist.

Der Krieg.

Eine merkwürdige Geschichte.

Rom, 8. Juni. (Eig. Ber.) In spaltenlangen Berichten wurden vor einigen Monaten die abenteuerlichsten Geschichten breitgetreten, die von Betrügereien der Nahrungsmittellieferanten für das im Kriege stehende Heer berichteten. Die Ochsen sollten mager und verhungert in Tripolis ankommen, obwohl sie bei der Uebergabe schweres Gewicht aufwiesen, sollten vom Wasser ganz aufgebläht sein, Blei in den Eingeweiden zeigen und solche Dinge mehr. Widerrufen wurden diese Beschuldigungen in der Presse nie. Mit um so größerer Verwunderung erfährt man heute, daß das Verfahren gegen die Lieferanten in der Voruntersuchung eingestellt wurde. Wie mag dann nur die Legende von den Ochsen aufgekommen sein, die dem Preise nach so fett und beim Konsum so mager waren?

Ein Vorstoß der Italiener in Tripolis.

Nach monatelanger Pause haben die Italiener in Tripolis wieder einmal eine größere militärische Aktion gewagt, sie haben sich der zirka 15 Kilometer westlich von der Stadt Tripolis liegenden Oase Zanzur bemächtigt. Die offiziösen Siegesdepeschen melden darüber:

Tripolis, 9. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani.) Um den Italienern die Beherrschung der Oase Zanzur zu sichern, machte gestern eine Abteilung, bestehend aus 14 Bataillonen Infanterie, einigen Bataillonen Artillerie und einer Kavalleriebrigade einen Vorstoß in westlicher Richtung. Das Ziel waren die Anhöhen südlich von Marsa und Sidi Abdel Gili.

Der Vorstoß erfolgte in zwei Kolonnen, deren erste, die Brigade Giardina (6. und 40. Infanterie-Regiment) an dem Meere entlang vorrückte, während die zweite Kolonne (Brigade Rainaldi, 82. und 84. Infanterie-Regiment) links von Tripolis auf Zanzur vorrückte. Der gut verschanzte Feind wurde um 5 Uhr früh zuerst von der Kolonne Giardina angegriffen und nach heftigem Artillerie- und Infanteriekampf geworfen. Desgleichen gelang es der Brigade Rainaldi, den Feind nach heftigem Artillerie- und Infanteriekampf aus seinen verschanzten Stellungen zu vertreiben. Der Feind hatte starke Verluste. Gegen Mittag wurden die feindlichen Truppen auch aus den festen Stellungen geworfen, auf die sie sich bei Zanzur zurückgezogen hatten, und mehrere Kilometer weit verfolgt. Der Gegner befand sich in voller Auflösung, und die Verluste der Feinde beziffern sich nach Maßgabe der aufgefundenen Leichen auf mehr als tausend Tote. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt. Auf seiten der Italiener fielen ein Offizier, 19 Soldaten und 10 Askaris, acht Offiziere und 182 Soldaten und 70 Askaris wurden verwundet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni 1912.

Freiherr v. Erffa gestorben.

Freiherr von Erffa, dessen Zustand nach vorübergehender Besserung sich wiederum verschlechtert hatte, ist am Montag mittag den Folgen seines letzten Schlaganfalles erlegen. Herr von Erffa, der ein Alter von 68 Jahren erreichte, gehörte bereits seit vielen Jahren dem preußischen Abgeordnetenhause an, ohne dabei besonders hervorgetreten zu sein. Er war mehr ein Mann der unauffälligen reaktionären Minierarbeit, als dreister reaktionärer Vorstöße, und seine Haupttätigkeit lag deshalb nicht im Plenum des Junkerparlaments, wo draufgängerische Junkernaturen Regierung und Oeffentlichkeit gegenüber die preußischen Junkertraditionen vertreten, sondern vielmehr in den Kommissionen, wo er sich als zuverlässigste und zielbewußteste Stütze konservativ-agrarischer Politik wirksam betätigte.

Daß man Herrn von Erffa von reaktionärer Seite an Stelle des Herrn von Kröcher, der zwar den starken Mann so oft gefordert und als Präses des Preußenparlaments gegen die Sozialdemokratie auch so oft gemimt, aber in seiner Rolle doch schließlich ein Haar gefunden und deshalb sein Präsidentenamt niedergelegt hatte, zum Präsidenten vorgeschlagen hatte, lag allerdings nicht daran, daß man der Sozialdemokratie gegenüber ein konzilianteres Verfahren einzuschlagen beabsichtigte, sondern war vielmehr der Absicht zuzuschreiben, unter der Maske scheinbarer Loyalität ein Präsidium zu schaffen, das den Aufreizungen der Rechten womöglich noch williger Folge leistete, als das Präsidium des Urjunkers Jordan von Kröcher. Und es zeigte sich denn auch bald, daß die Junker sich bei ihrer Kalkulation nicht verrechnet hatten. Zwar bemühte sich Herr von Erffa anfangs, bei den unvermeidlichen Zusammenstößen zwischen den Volksvertretern und den Geldsack-Erwählten wenigstens eine formale Objektivität zu wahren, aber gar bald zeigte sich, daß er mehr und mehr den Scharfmachereien und Aufputschungsversuchen der Reaktion und speziell seiner engeren Parteifreunde erlag. So kam es denn, daß der von Haus aus keineswegs aggressive Herr von Erffa dem Drängen seiner reaktionären Umgebung nachgab und schließlich bei der allerunpassendsten Gelegenheit jene skandalöse Polizeiaktion heraufbeschwor, die sein robusterer Vorgänger von Kröcher zwar hatte vorbereiten helfen, die aber selbst durchzuführen selbst er die begründetsten Bedenken getragen hatte!

Wenn unsere Junker ihre reaktionäre Trutz- und Gewaltpolitik im Dreiklassenhause fortzusetzen beabsichtigen, sollten sie künftig wenigstens den Mut haben, auch diejenigen Leute vorzuschicken, die es nach Konflikten mit der Sozialdemokratie gelüstet. Mögen doch die Konservativen etwa Herrn von Pappenheim oder Herrn von Brandenstein, Herrn Kreth oder Herrn von Richthofen vorschlagen oder gar den braven Januschauer in höchsteigener Person! Denn jedenfalls ist es nicht ritterlich, dritte Personen, die sowohl ihrem Temperament als ihren Jahren nach den Ansprüchen des händel- und vergewaltigungssüchtigen Junkertums nicht gewachsen sind, Aufregungen auszusetzen, wie sie ihnen von den Kampfhähnen des Scharfmachertums zugemutet werden, die sich dabei in bequemer Deckung zu halten lieben!

Gebete für den — Papst!

Nach der „Post" und der „Rhein.-Westf. Ztg." ergreift auch die „Kreuz-Ztg." mit wahrem Feuereifer Partei für die christlichen Gewerkschaften, die den erbittertsten Feinden der Sozialpolitik, den unverschämtesten Scharfmachern, nun einmal seit dem großen Streikbruch ans Herz gewachsen sind. Deshalb greift die „Kreuz-Ztg." scharf den Vatikan an, der in Ueberspannung seiner Autorität die deutschen Katholiken so arg bedrängt. Sodann veröffentlicht die „Kreuz-Ztg." folgende Erklärung eines deutschen Katholiken, von dem sie versichert, daß dieser Herr durch seine ganze öffentliche und publizistische Wirksamkeit sich als getreuer, gehorsamer, mit jeder Faser an der katholischen Kirche hängender Mann erwiesen habe:

> Wir haben es satt. Wir fallen nicht ab — das weiß Rom, und darum bietet es uns, was man menschlich nicht mehr, sondern nur mit der göttlichen Gnade ertragen kann. Wir verbitten uns, daß man in Rom neun Zehntel der deutschen Katholiken als Ketzer behandelt. Sollen wir dafür alle unsere Kraft und Mittel aufwenden?! Wir wollen uns nicht als die rechtlosen Heloten und Parias der katholischen Kirche behandeln lassen, wo wir als Katholiken das Recht haben, unsere weltlichen Angelegenheiten ständig und mit den protestantischen Volksangehörigen zusammen zu regeln. Es ist Zeit, daß man den wohlmeinenden Papst befreit von den falschen und lügnerischen, verantwortlichen und unverantwortlichen Ratgebern. Mehr als ein frommer katholischer Priester und Laie betet in dem Sinne das Gebet für den Papst: „Herr, übergib ihn nicht in den Willen seiner Feinde."

Also, die Katholiken müssen für den Papst beten! Und sie müssen sich an die orthodox-protestantische „Kreuz-Zeitung" um Hilfe wenden! Die „Germania" hat da wirklich alle Veranlassung, über mangelnde Ehrfurcht vor dem Oberhaupt der Kirche zu sprechen.

Ueber Gegensätze in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

fabuliert die „Germania" in einer Notiz, die von Anfang bis zu Ende glatt erfunden ist. Danach sei „Scheidemanns bekannte Kraftrede von einem großen Teile der Fraktion mißbilligt worden und die letzte Rede dieses Genossen in der Schlußsitzung als eine Art Entschuldigung gedacht gewesen, Eindruck habe sie freilich nicht gemacht. Im Wahlkreise Scheidemanns, in Solingen, werde die Rede Scheidemanns gleichwohl in Form einer Agitationsbroschüre verbreitet, jedoch nur in denjenigen Orten, von denen man nicht zu befürchten brauche, daß sie dort mehr schaden als nutzen werde".

So viele Behauptungen, so viel Lügen. Die Fraktion hat sich mit Scheidemanns erster Rede nie befaßt, geschweige sie mißbilligt, und seine zweite war eine improvisierte Gelegenheitsrede, die durch Herrn v. Bethmann Hollweg — nicht zu dessen Vorteil — provoziert worden war. Sie war ohne jede Vorbereitung gehalten und konnte schon deshalb nicht als „Entschuldigung" wirken, weil sie weder eine gewesen ist, noch als solche beabsichtigt war. Und um die Verbreitung der Rede braucht sich die „Germania" erst recht keine Sorgen zu machen. Wir können ihr versichern, daß die Nachfrage danach auch außerhalb Solingens sehr rege ist.

Klerikale Polemik.

Die „Kölner Korresp.", das Organ der unbedingten Katholiken, führt die Polemik gegen die Bachemiten seit der päpstlichen Kundgebung noch schärfer als zuvor. Nachdem sie festgestellt hat, daß der Papst sich sehr wohl informiert gezeigt und selbst erklärt habe, daß er die Gewerkschaftsfrage kenne, fährt die „Korresp." fort:

> „Und nun kommen diese „Köln-Gladbacher" Blätter und erklären mit der souveränen Ueberlegenheit, die sie charakterisiert: der Papst ist über die wichtigste und weittragendste religiöse Angelegenheit Deutschlands nicht zutreffend unterrichtet; er spricht über Dinge, von denen er nichts versteht; wir appellieren an den besser zu informierenden Papst und wir werden ihm klar machen, welche Stellungnahme er in Zukunft einzunehmen hat! Es sollte uns nicht wundern, wenn diese Blätter wegen ihrer bodenlosen Frechheit eine gehörige Lektion bekämen. . . .
>
> **Wenn ein Katholik eine katholische Idee ausspricht, die den „Köln-Gladbachern" nicht in den Kram paßt, dann hauen sie ihn nieder.** Dem Papst gegenüber können sie ein gleiches nicht wagen. Da begnügen sie sich, ihr Bedauern auszusprechen. Diese kleinen Menschen! Julius Bachem bedauert päpstliche Enzykliken, die badische Zentrumsfraktion bedauert das jüngste Motuproprio, die „Köln-Gladbacher" bedauern, daß der Papst von den deutschen Verhältnissen nichts versteht und deshalb die häretische „Christliche Weltanschauung" der sogenannten Christlichen Gewerkschaften verurteilt. Pius X. muß überhaupt in den Augen jener kleinen Herren ein sehr bedauernswerter Mann sein.

Einige katholische Blätter nehmen noch deutlicher Stellung gegen den Papst. Die „Hildesheimer Zeitung" (Nr. 125 vom 30. Mai) gibt einem „Gefühl lebhafter Enttäuschung" Ausdruck und ihr drängen sich angesichts der päpstlichen Kundgebungen „bittere Gedanken" auf. Die Gewerkschaftsblätter erklären rundweg, daß ihnen die päpstlichen Verlautbarungen Luft sind, da sie sich nicht daran stören wollen.

Katholischer Augustinusverein, was sagst Du zu solchen Verhöhnungen des Papstes? — Der Aermste, er kauert zu den Füßen Bachems und wartet ängstlich auf die Parole, die sein Gebieter ihm geben wird."

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff.

Der „Stadt-Anzeiger" der „Kölnischen Zeitung" veröffentlicht das Erlebnis eines Kölner Bürgers, den man morgens um 6 Uhr aus dem Bette heraus verhaftet, ins Gefängnis geführt und dort bis andern Tags mittags festgehalten hat. Der Mann hatte vor zwei Jahren eine Geldstrafe zudiktiert bekommen, und da diese nicht pünktlich bezahlt wurde, erging der übliche Haftbefehl, der indes nicht vollstreckt wurde, weil die Strafe im Januar 1911, also vor fast eineinhalb Jahren, bezahlt worden ist. Dieser Tage hatte der Bürger sich an die Polizei gewendet, da er zu seiner Verheiratung gewisser Bescheinigungen bedurfte. Bei der Gelegenheit fand man in den Personalpapieren den alten, längst hinfällig gewordenen Haftbefehl. Statt sich bei der Staatsanwaltschaft nach der Gültigkeit des Scheines zu erkundigen, hatte man nichts eiliger zu tun, als den Mann aus dem Bette heraus ins Gefängnis zu bringen, trotz dessen lebhaftester Beteuerungen, daß die Sache längst erledigt sei. Daß er nach so langer Zeit die Quittung über die Erlegung der Strafe nicht mehr vorweisen konnte, ist begreiflich. Auf dem Polizei-

kommissariat fand der Mann kein Entgegenkommen, und im Gefängnis lehnte man es ab, an die zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft zu telephonieren, die die Sache sofort hätte aufklären können. — Es wird abzuwarten sein, was die Behörden „erklären" werden und wie sie den unglaublichen Fall zu entschuldigen versuchen werden. Und wie will man den Schaden, den man dem malträtierten Bürger an seiner Ehre, seiner Gesundheit und seinem Beruf verursacht hat, gut machen?

Zum Streit zwischen Köln und Rom.

Aus unterrichteten Kreisen wird der „Kölnischen Zeitung" mitgeteilt, daß unter den Führern der 23 christlichen Gewerkschaften Deutschlands eine unverbindliche Besprechung stattgefunden habe, ob demnächst ein Gewerkschaftskongreß einberufen werden solle, der sich mit den vielerörterten Erklärungen des Papstes beschäftigen würde; über unverbindliche Besprechungen sei man indessen bisher nicht hinausgekommen. Sollten demnächst keine die höchst beunruhigten Gewerkschaftskreise befriedigenden Erklärungen aus Rom, vielleicht durch Veröffentlichungen im „Osservatore romano", erfolgen, so würde man allerdings einen Kongreß einberufen, der sich die Frage vorlegen müßte, was geschehen muß, um für die Zukunft solche Zwischenfälle zu verhüten. Damit solle unter keinen Umständen eine Aktion gegen den Papst verbunden sein, sondern man will nur, schon aus Rücksicht auf die evangelischen Mitglieder der Gewerkschaften, Klarheit schaffen und vermeiden, daß das Gefühl etwaiger Geheimnistuerei aufkomme.

Das päpstliche Leibblatt „Unita cattorica" erklärt nach einer Meldung aus Rom, der Papst wünsche nicht die Auflösung der christlichen Gewerkschaften, er habe sie nur ermahnt, die päpstlichen Lehren und Befehle zu befolgen.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet: Auf die Eingabe einer führenden Persönlichkeit im evangelisch-sozialen Lager an den Reichskanzler wegen der jüngsten Vorgänge im Gewerkschaftsstreit ist aus der Reichskanzlei am 7. Juni folgende Antwort eingegangen:

„Die in Ihrem gefälligen Schreiben berührten Vorgänge werden vom Herrn Reichskanzler mit ernster Aufmerksamkeit verfolgt, wie dies der zunehmenden Bedeutung der christlichnationalen Arbeiterorganisationen für unsere soziale, wirtschaftliche und politische Entwickelung entspricht."

Fleischpreise bei uns und in Dänemark.

Ueber die schier unerschwinglichen Fleischpreise bei uns braucht man nicht mehr zu reden, die fühlt jeder täglich selbst in drückendster Weise. Aber es ist angesichts der deutschen Fleischpreise interessant, was der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Leube-Altona über dänische Fleischpreise an liberale Blätter schreibt:

„Von einer Geschäftsreise heimkehrend, finde ich in den Fleischerläden der dänischen Stadt Hjörring in Jütland in den Schaufenstern Plakate hängen mit folgender Inschrift in wortgetreuer deutscher Uebersetzung:

Infolge der hohen Viehpreise und großen Verluste bei Beschlagnahme von Kühen sehen wir uns genötigt, vom 1. Mai ds. Js. an die Fleischpreise wie folgt zu erhöhen:

Schieres Beefsteakfleisch und Ochsenzungen	65 Oere	=	73	Pf.
Hochrippe und Ochsenbraten	55 „	=	62	„
Suppenfleisch	45–50 „	= 50	56	„
Kalbskeulen	50 „	=	56	„
Kalbsiebern	40 „	=	45	„
Ochsenlebern	25 „	=	28	„

Alles per ½ Kilo oder 500 Gramm.

Hjörring, im April 1912. Sämtliche Schlachter.

Das sind also die erhöhten Preise, die die Fleischer unseres Nachbarstaates Dänemark zu nehmen genötigt sind, und wenn man damit die Preise vergleicht, die bei uns in Deutschland genommen werden müssen, dann hat man erst den richtigen Begriff davon, wie weit es die agrarische Gesetzgebung in den letzten 15 Jahren bei uns gebracht hat. Diese Preise muten fast an wie aus der Zeit vor 50 Jahren bei uns in Deutschland, während diese guten Zeiten heute noch in Dänemark, also eben vor unserer Türe, gelten, und zwar in einem Lande, in dem der Bauernstand auf mindestens ebenso hoher Stufe steht wie bei uns in Deutschland, wo aber durch eine vernünftige Agrargesetzgebung Produzent und Konsument auf ihre Kosten kommen."

Politische Gesinnungsschnüffelei.

Ein Vertreter einer Versicherungsgesellschaft hatte sich an den Amtsvorsteher in Hademarschen gewandt, daß ihm ein polizeiliches Führungsattest ausgestellt werde. In dem Führungsattest, das ihm der Amtsvorsteher Wasner in Hademarschen ausgestellt hat, heißt es: „. . . daß derselbe während seines Aufenthalts in Hademarschen, diesseitigen Amtsbezirks, vom 26. März 1908 bis 28. März 1912 stets einen untadelhaften Lebenswandel geführt und sich nicht an sozialistischen Umtrieben beteiligt und keine Vorstrafen erlitten hat." — Die Worte „an sozialistischen Umtrieben beteiligt" sind mit vorgedruckt, so daß angenommen werden muß, daß die Auskunft darüber, ob jemand sich als Sozialdemokrat betätigt oder nicht, ganz allgemein im Amtsbezirk Hademarschen, vielleicht auch im ganzen Landratsbezirk, mit auf dem Führungsattest vermerkt wird.

Die Ereignisse in Ungarn.

Man meldet uns aus Budapest:

Ministerpräsident von Lukacs ist nach Wien gereist, um dem Kaiser Bericht zu erstatten und gleichzeitig die Vertagungsorder für den Reichstag zu erbitten. Wann die Vertagung eintritt, ist noch ungewiß; man wird sich aber nach Kräften beeilen, denn trotz aller Gewaltmaßnahmen glaubt man nicht, daß sich der jetzige Zustand noch lange aufrechterhalten läßt.

Die Opposition hielt am Sonnabend abend eine neue Sitzung ab, in der über eine Aktion beraten wurde, die der Opposition in stärkerem Maße die Unterstützung der Bevölkerung sichert. Am Sonntag sollten möglichst alle oppositionellen Abgeordneten vor ihren Wählern sprechen. Die Regierung hat die Militärabteilungen und Provinzgendarmen aus den Straßen Budapests zurückgezogen.

Beim Zeugenverhör über die Tat Kovacs wurde festgestellt, daß auch ein Mitglied der Regierungspartei, der Abgeordnete Kicz, einen Schuß aus seinem Revolver abgegeben hat.

Am Montag vormittag um 10 Uhr zogen die oppositionellen Abgeordneten wieder in den Reichstag. Sie verhielten sich ruhig. Kurz vor ½11 Uhr erschien wieder der Polizeiinspektor und wollte die ausgeschlossenen 62 Abgeordneten aus dem Saale weisen. Als kein einziger der Aufforderung folgte, wurde jeder einzelne Abgeordnete, sogar der Führer Justh, von den Polizisten gefaßt und hinausgeschleppt. Dann änderte sich die Situation. An den früheren Tagen ließ man die ausgeschlossenen Abgeordneten ruhig in den Gängen stehen. Am Montag aber war in den Gängen eine große Polizeimacht postiert und die Ausgeschlossenen wurden von dem Polizeiinspektor aus dem Hause gewiesen. Die Abgeordneten protestierten dagegen und nun wiederholte sich die vorige Szene auch auf den Gängen. Jeder einzelne Abgeordnete wurde von den Polizisten aus dem Hause gestoßen.

Die Aufregung unter der Arbeiterschaft ist sehr groß, da die Abonnenten keine Zeitungen erhalten. Die Polizei konfisziert die Zeitungen auch auf den Bahnhöfen, in den Cafehäusern, und erdreistet sich sogar, in Privathäusern einzelne Exemplare wegzunehmen. Nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in anderen linksstehenden Parteien befürchtet man in den nächsten Tagen in den Provinzstädten Ausbrüche des Volksunwillens. Sämtliche Versammlungen, welche am Sonntag einberufen waren, wurden verboten.

Das Befinden des Abgeordneten Julius Kovacz hat sich gebessert; er ist bereits außer Gefahr.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Wiener Kreise mit dem Vorgehen Tiszas einverstanden sind. In ein bis zwei Tagen wird das Oberhaus eine Sitzung abhalten, um die auf ungesetzlichem Wege geschaffene Wehrvorlage zu genehmigen.

Am Montag gab der Oberstadthauptmann einen Bericht über die Vorgänge am 23. und 24. Mai in Budapest. Laut dieser Meldung wurden im ganzen fünf Personen totgeschossen, 161 verwundet, 594 der Staatsanwaltschaft übergeben und 800 polizeilich abgeurteilt. Die Zahl der wegen Aufruhrs bei der Staatsanwaltschaft Angeklagten (Gefangenen) ist bis auf 61 Personen zurückgegangen.

Die Wahlreform in Frankreich.

Paris, 7. Juni. (Eig. Ber.) Der Wahlreformentwurf der Regierung liegt nun in den Hauptbestimmungen vor. Er übernimmt die wesentlichen Punkte des von der Kammer in der ersten Lesung angenommenen Gesetzes: Listenskrutinium mit Minoritätenvertretung und Berechnung des Wahlquotienten auf Grund der Zahl der abgegebenen Stimmen, unterdrückt dagegen das „Apparentement" vollständig und teilt die nicht gemäß dem Wahlquotienten vergebenen Restmandate als Prämie der Partei zu, die die meisten Stimmen — also die relative Mehrheit erlangt hat. Er gruppiert ferner die kleinen Departements zu einem Wahlkreis und berechnet die Zahl der vom Wahlkreis zu besetzenden Mandate nach der Einwohnerzahl statt nach der Wählerziffer. Diese Bestimmung würde den kinderreichen Departements, unter diesen der Bretagne aber mehr als den großindustriellen zugute kommen, da die Zuwendung der wahlberechtigten Arbeiter aus den ländlichen Gegenden ihren politischen Einfluß nicht erhöhen würde. Am meisten würden die heute politisch so begünstigten südlichen Departements einbüßen, und darum wird diese Bestimmung die Radikalsozialisten, die ihre Macht hauptsächlich diesen Gegenden verdanken, der Wahlreform und der Regierung gegenüber kaum versöhnlicher stimmen, um so mehr, als sie bei der Verringerung der Mandate und der Neueinteilung der Wahlkreise — ein Deputierter soll auf 70 000 Einwohner kommen — ohnehin verlieren müssen.

Die Regierung hat den Entwurf direkt der Wahlrechtskommission zugestellt und nicht dem Bureau der Kammer. Dadurch erreicht sie, daß in der Kammer kein Amendement eingebracht werden kann, ehe die Kommission ihren Bericht erstattet hat. Man sieht, die Regierung faßt schon neue Obstruktionsversuche ins Auge.

Ob die Radikalen wirklich diese Taktik beibehalten wollen, wird sich am Sonntag beim Parteibankett in St. Mendé zeigen. Zweifellos ist die moralische Kraft der radikalen Opposition gebrochen, seitdem sich ein so hartnäckiger Gegner des Proporzes wie Bourgeois mit Poincaré solidarisiert hat. Den Bourgeois, Buisson-Dumont haben die radikalen Proporzgegner in der Kammer keine ebenbürtigen Vorkämpfer entgegenzustellen, die vornehmsten Inspiratoren ihres Widerstands sitzen im Senat: Pelletan, der „petit père" Combes, der morgen seinen Zorn über die verderbte republikanische Welt auslassen wird und — Clemenceau, der alte Maulwurf, der nicht stille sein will.

Unterdes hat die radikale Opposition nun schon eine Art Gegenentwurf fertiggebracht, der wie ein Vermittelungsvorschlag aussehen soll, aber nur den einen Zweck hat, die Mehrheit der Radikalrepublikaner darauf zu verpflichten und so das Ministerium zu Fall zu bringen. Der Vorschlag kehrt die Regierungsvorlage um. Nimmt diese — in der Form der Wahlquotienten — den Proporz als Basis, um die Reste nach dem Prinzip des majoritären Listenskrutiniums zu vergeben, so will die Opposition die Listenwahl als Basis. Die absolute Mehrheit soll alle Mandate erhalten, ist keine absolute Mehrheit vorhanden, hat der Proporz mit Apparentement platzzugreifen. Daß dieses für die Anhänger der Wahlreform einfach undiskutierbare Projekt gar nicht ernst gemeint ist, ist unverkennbar, wenn auch die „Lanterne" heute einen Angriff darauf markiert. Unter seinen Anregern sind die Herren Augagneur, Ponsot — der den Wahlquotienten für den „Tod der Republik" erklärt und übrigens seinerzeit das Apparentement zu Fall gebracht hat — und Breton, der Obstruktionsmarschall. Angeblich sollen sie schon über 200 Unterschriften zusammengebracht haben. Das bedeutet freilich noch nicht, daß die Unterzeichner fest bleiben, wenn sie die Verantwortung für das Mißlingen der Wahlreform auf sich nehmen sollen.

Am liebsten wäre es den Reformgegnern freilich, wenn sie die Regierung vorher zur Strecke bringen könnten. Daß ihnen jedes Mittel dazu recht ist, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß einige Radikale im Stillen einen Antrag zugunsten der politischen Amnestie, d. h. in erster Linie der Hervés vorbereiteten. Die Rechnung war nur allzu simpel: Die Regierung würde gegen die Amnestie sein und die Vertrauensfrage stellen, die geeinigten Sozialisten aber müßten in dieser Sache mit den Radikalen stimmen und so Poincaré stürzen helfen. Die saubere Intrige ist indes tot auf die Welt gekommen. Die Fraktion der geeinigten Partei hat gestern beschlossen, die unverzügliche Verhandlung der Wahlreform mit Hintansetzung aller anderen Angelegenheiten zu betreiben. Nach ihrer Erledigung sollen die anderen Probleme, nunmehr vor jeder Verfälschung der Diskussion geschützt, behandelt werden.

Uebrigens hat auch Hervé selbst aus dem Gefängnis einen Brief an Gen. Baillant gerichtet, worin er sagt: Ich hoffe, daß Sie den Proporz nicht mir und den anderen politischen Häftlingen opfern werden, denn soviel Interesse wir auch verdienen mögen, sie verdient ein noch größeres. Von allen derzeit Inhaftierten sitze ich am längsten im Käfig und habe noch die längste Frist vor mir. Ich bitte Sie aber, um unseren Genossen Deputierten das Herz leicht zu machen, ihnen von mir auszurichten, daß ich, der Hauptbeteiligte, eine Amnestie unter den vorgeschlagenen Bedingungen um keinen Preis will und daß ich dagegen stimme."

Italien.

Das gerichtliche Nachspiel der Unruhen von Verbicaro.

Rom, den 8. Juni. (Eig. Ber.) Die Cholerarevolten in Verbicaro in Calabrien, als deren Opfer der Stadtrichter des Ortes einen grausamen Tod fand, haben nunmehr das übliche gerichtliche Nachspiel gehabt, das auf die Schrecken der Verzweiflung die Härte und Grausamkeit der Klassenrache folgen läßt. Von den 76 Angeklagten, die seit dem vorigen Sommer in Untersuchungshaft saßen, sind 31 wegen mangelnden Schuldbeweises freigesprochen worden. Der der Anstiftung angeklagte Priester Ruggiero ist in der Untersuchungshaft verstorben. Ueber die übrigen Angeklagten wurden Strafen von 1 Monat bis zu 3 Jahren verhängt. Das Urteil zeigt, daß eine Gemeindeverwaltung die ihrer Obhut anvertraute Bevölkerung ungestraft in Zeiten der Not hilflos verlassen, ihr das Trinkwasser versagen, ihr Aerzte verweigern und die Cholerakeichen unbegraben lassen kann. Wenn aber die Bevölkerung gewaltsam sich gegen eine Wirtschaft zur Wehr setzt, die alle Lasten den Armen aufbürdet, dann sind natürlich die Gerichte zur Hand, um durch Untersuchungshaft und Strafhaft alle mundtot zu machen. So wird dem Gerechtigkeitsbedürfnis Genüge getan!

Rußland.

Burtzeff geht nach Rußland.

In der letzten Nummer seiner Zeitschrift „Buduschtscheje" verkündet Burtzeff seinen Entschluß, im kommenden Herbst Frankreich zu verlassen und nach Rußland zurückzukehren. Es ist Verzweiflung, die ihn dazu treibt, Verzweiflung darüber, daß seine sämtlichen bisherigen Enthüllungen weder zur Bestrafung der Provokateure noch zur Befreiung der Unschuldigen geführt haben, Verzweiflung darüber, daß die Regierung nicht einmal den Versuch macht, die unheilvolle Provokationswirtschaft aufzugeben, während selbst die Opposition in der Duma seit zwei Jahren keine Gelegenheit findet, um in gebührenden Worten die begangenen Justizverbrechen zu brandmarken.

„Wir wollen — schreibt Burtzeff — offen und unter eigenem Namen nach Rußland kommen und werden dort gegen alles Verbrechertum protestieren, das die russische Regierung im Laufe der letzten Jahre sich hat zuschulden kommen lassen. Wir wissen, daß die Regierung uns mit einem Haftbefehl und darauf mit gerichtlicher Verfolgung antworten wird. Die russische Regierung kann jedoch tun, was sie will; wir werden all das tun, was wir für notwendig und nützlich halten zur Lösung der Aufgaben, welche wir uns in den letzten Jahren gestellt haben. Wir werden der Regierung nur sagen: „Ihr werdet uns nicht einschüchtern!" Bei allem ihrem Streben, unseren Protest zu unterdrücken, wird die Regierung eines nicht vermögen: sie wird nicht imstande sein, uns in allen den Sachen nicht zu verhören, die wir in den Spalten der „Buduschtscheje" behandelt haben. Dann werden wir mit Dokumenten in der Hand ihre angesehensten Vertreter dessen beschuldigen, daß sie die Mörder verhehlt, daß sie Fälschungen begangen und Expropriationen arrangiert haben usw. Wir werden sprechen von den zur Katorga deportierten sozialdemokratischen Mitgliedern der zweiten Duma, von der Ermordung der Volksvertreter Herzenstein, Jollos, Karowajew, deren Mörder offen in Petersburg leben und des Schutzes der höchsten Regierung sich erfreuen; wir werden sodann reden von der langen Schar der Unschuldigen, welche die Kriegsgerichte verurteilt haben — von denen, die, wie Rogalski und die fünf Jekaterinoslawer Sozialdemokraten, gehenkt worden sind, und von denen, die, wie Rappoport, noch in den Katorgagefängnissen schmachten —, und ebenso werden wir von den Affären Aseff, Harting, Jagolkowski, Selesnjew, Petrow, Bogroff und ihren Führern Trussewitsch, Natajeff, Gerassimow, Kuljabke, Makarow, Schtscheglowitow, überhaupt vom ganzen System der Agents-Provokateure sprechen. Vor allen Dingen werden wir verlangen:

1. Die unverzügliche Verhaftung des Lockspitzels Aseff, der nicht zu politischen, sondern zu rein persönlichen Zwecken, also als gewöhnlicher Kriminalverbrecher, an der Organisierung der Ermordung des Ministers des Innern Plehwe, des Großfürsten Sergius sowie an drei (nicht infolge seiner Versehen mißlungenen) Attentaten auf Nikolaus II., an den Attentaten auf den Generalgouverneur Dubassow und zahlreichen anderen teilgenommen hat.

2. Die unverzügliche Anklageerhebung gegen den Senator Trussewitsch, den Geral Gerassimow, den Justizminister Schtscheglowitow, den Minister des Innern Makarow und ihre Helfershelfer — gegen sie alle, die bewußt Aseff und zahlreiche andere Verbrecher als Hehler dem Gericht entziehen."

Im Herbst will Burtzew nach Rußland hinübergehen, nachdem er mit seinen Materialiensammlungen endgültig fertig sein wird. Es ist ein wagehalsiger Schritt, den er tun will. Denn kein Mensch zweifelt daran, daß Burtzeffs Absichten mißlingen werden. Die Herren der gegenwärtigen Situation in Rußland werden froh sein, sich eines so unbequemen Enthüllers ein für allemal zu entledigen. Der Gedanke gar, daß die Verhandlungen in dem „Prozeß Burtzeff" in aller Oeffentlichkeit sich abspielen werden, ist geradezu widersinnig. Wenn erst Butzeff jenseits der Grenzpfähle sein sollte, wird sein Mund für immer verstummen.

Bulgarien.

Ein Sozialist in die Sobranje gewählt.

Sofia, 10. Juni. Bei den gestrigen Ergänzungswahlen für die Sobranje wurde an Stelle eines Ministeriellen in Sofia der Führer der Sozialisten, Jakizoff, gewählt. Die Sozialisten waren bisher in der Kammer nicht vertreten. Der andere erledigte Sitz fiel wieder den Ministeriellen zu.

Marokko.

Ruhe in Fez.

Fez, 10. Juni. Es herrscht weiterhin Ruhe. General Gouraud will die Umgegend von Fez vollständig von Feinden säubern. Der Generalresident Lhautey beabsichtigt, mit einer starken Kolonne nach Sefru zu marschieren. Der Sultan verlieh General Gouraud das Großkreuz des hafidischen Ordens.

Die Vorgänge im Susgebiete.

London, 10. Juni. Die „Morningpost" meldet aus Mogador, daß die erste Abteilung des Thronprätendenten El Haida am 2. Juni Tisnit verlassen hat. Zwei Abteilungen sollen folgen. Die Truppen gehen in nördlicher Richtung vor. Der Plan ist vermutlich, Tarudant zu besetzen und weiter auf Marrakesch vorzurücken. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß Agadir die Herrschaft El Haidas anerkannt habe. Dieser habe dem Gauverneur von Tarudant Befehl erteilt, alle Christen bis zur Wiederherstellung der Ordnung in Sicherheit zu bringen. El Haida soll entschlossen sein, keine Christen in seinem Machtbereich zu dulden, bis die Mächte ihn als Sultan des Susgebiets anerkannt haben.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Eine kraftvolle Aufwärtsbewegung und ständig sich vermehrende Machtentfaltung der deutschen Gewerkschaften kommt wieder in den Ergebnissen der soeben von der Generalkommission herausgegebenen Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftskartelle zum Ausdruck. Bringt sie auch nur einen Teil der gewerkschaftlichen Wirksamkeit zur Darstellung, so läßt diese doch schon die auch im Jahre 1911 eingetretene günstige Entwickelung der freien Gewerkschaften erkennen. Es kann schon heute aus den Ergebnissen der sichere Schluß gezogen werden, daß die Zentralverbände innerhalb des Jahres 1911 mindestens eine Viertel Million neuer Streiter gewonnen haben.

Auch eine weitere Vermehrung der Kartelle ist eingetreten. Und diese Erscheinung ist deshalb so erfreulich, weil sie Zeugnis ablegt von der Ausdehnungsfähigkeit der freien Gewerkschaften, die ihre Vorposten immer weiter auf das Land hinausschieben und sich bemühen, die errungenen Positionen durch örtlichen Zusammenschluß der Zweigvereine zu festigen.

Es bestanden am Schlusse des Berichtsjahres 707 Kartelle, 1910 betrug ihre Zahl 684. An der Statistik beteiligten sich 691 Kartelle, an die 9261 Gewerkschaften mit 2 160 728 Mitgliedern angeschlossen sind. Es ist eine Vermehrung von 268 247 Mitgliedern eingetreten. Mehr als 25 000 Mitglieder haben die Kartelle: Berlin (296 812), Bremen (30 553), Breslau (30 476), Chemnitz (40 088), Köln (26 711), Dresden (85 911), Frankfurt a. M. (40 890), Hamburg (130 383), Hannover (38 664), Leipzig (72 367), Magdeburg (38 065), München (68 756), Nürnberg (56 513), Stuttgart (42 815). Köln ist zu diesen Kartellen neu hinzugekommen, 1910 zählte es 22 201 Mitglieder.

Ist die Tätigkeit der Kartelle auch örtlich begrenzt, so haben sie doch auf ihrem Gebiete eine reiche Fülle von Arbeit zu leisten. Ihre Haupttätigkeit ist die Betreibung der Agitation. 2324 allgemeine und 1107 Versammlungen für einzelne Berufe wurden von ihnen abgehalten. Von 41 Kartellen wurden eigene Versammlungsräume unterhalten. 82 Kartelle haben Arbeiterinnen-Agitationskommissionen oder weibliche Vertrauenspersonen.

Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter erfahren durch die Kartelle eine gute Förderung. Im Berichtsjahre hatten 547 Kartelle (1910: 496) gemeinsame Bibliotheken und 87 Kartelle (1910: 71) Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen in 362 Orten (1910: 292) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 346 (1910: 293). Erwähnenswert ist ferner noch die Tätigkeit der Kartelle zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Es bestanden 1911 zu diesem Zwecke: 135 Beschwerdekommissionen für Gewerbeinspektionssachen und 285 Bauarbeiterschutzkommissionen. An 46 Orten werden Kommissionen zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber unterhalten.

Gewerkschaftshäuser bestehen 67 (1910 53). Im Bericht der Generalkommission wird wieder davor gewarnt, ohne die notwendigen Unterlagen und mit ungenügenden Mitteln an solche Gründungen heranzugehen; sie entwickelten sich häufig zu wahren Schmerzenskindern.

Dem Herbergswesen wenden die Kartelle erfreulicherweise besondere Aufmerksamkeit zu. Herbergen in eigener Regie unterhalten 31 Kartelle, in 322 Orten haben die Kartelle mit Herbergswirten besondere Abmachungen getroffen und haben sie sich das Recht der Kontrolle gesichert.

An 102 Orten bestehen Arbeitersekretariate und an 198 Orten Rechtsauskunftsstellen, 18 Kartelle besitzen Bureaus mit Angestellten.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben liegen von 675 Kartellen vor, diese hatten eine Einnahme von 1 797 248 M. und eine Ausgabe von 1 600 435 M. Für Streiks wurden 283 855 M. gesammelt und 309 046 M. verausgabt.

Von den Kartellen der gegnerischen Gewerkschaften liegen absolut zuverlässige Angaben nicht vor. Das christliche Zentralblatt gab 250 Kartelle an. Nach den Angaben der Kartellfunktionäre der freien Gewerkschaften bestanden in 171 Orten christliche Ortsverbände und in 173 Orten solche der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. In 32 Orten befinden sich Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretariate oder Rechtsauskunftsbureaus, und in 122 Orten bestehen christliche Sekretariate oder Volksbureaus. — Auch in dieser Gegenüberstellung kommt das tatkräftige Wirken der Kartelle unserer Gewerkschaften für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiter anschaulich zum Ausdrum. Neben den Zentralverbänden erfüllen sie die ihnen verbleibenden Pflichten in stets zunehmendem, regem Maße zum Schutze unserer Gewerkschaftsmitglieder und zum Trutze unserer zahlreichen Feinde.

Berlin und Umgegend.

Die Eisenkonstruktionsarbeiter hatten am 28. April Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschlossen, die den Unternehmern mit dem Ersuchen um Verhandlungen eingereicht worden sind. Infolgedessen haben Vertreter der Unternehmer und des Metallarbeiterverbandes in zwei Sitzungen miteinander verhandelt, aber ein endgültiges Ergebnis ist noch nicht erzielt worden. Die Unternehmer haben zwar in einigen Punkten ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, aber hinsichtlich der Hauptforderungen: Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Löhne haben sie bisher keine Zugeständnisse gemacht. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht beendet, sondern sie sollen am nächsten Mittwoch, auch hinsichtlich der noch strittigen Punkte, fortgesetzt werden. Die Verhandlungskommission hat sich dahin geeinigt, daß bis zur endgültigen Erledigung der Verhandlungen von keiner Seite etwas gegen die andere Seite unternommen wird. — In einer sehr stark besuchten Versammlung, die am Sonntag den großen Saal der Brauerei Friedrichshain füllte, machte Maus als Vertreter des Metallarbeiterverbandes von diesem Stande der Angelegenheit Mitteilung und empfahl, der Vereinbarung gemäß, den völligen Abschluß der Verhandlungen abzuwarten. — Die Versammlung war sehr ungehalten darüber, daß die Bewegung noch nicht weiter gediehen ist. In der Diskussion wurde unter großem Beifall ausgeführt: Nachdem die Unternehmer erklärt hatten, sie könnten eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligen, hätten die Arbeitervertreter sofort die Verhandlungen abbrechen sollen. Die Arbeiter seien entschlossen zum Kampf und würden sich nicht mit nebensächlichen Zugeständnissen abspeisen lassen, wenn ihnen nicht in der Hauptsache: Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Mindestlohnes bzw. Einstellungslohnes, ein befriedigendes Entgegenkommen gezeigt werde. An diesen Forderungen müsse die Kommission unbedingt festhalten. Es wurde verlangt, daß am Donnerstag wieder eine Versammlung abgehalten werde, die zu dem Ergebnis der am Mittwoch zu führenden Verhandlungen Stellung nehmen und erforderlichen Falles den sofortigen Streik zu beschließen habe. Die Redner, welche dieses Verlangen stellten, fanden ungeteilten Beifall. Schließlich wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

> „Die Versammlung der in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter erwartet von den weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern, daß die letzteren die Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen, da es nach Meinung der Versammlung nur unter diesen Umständen zu einer Einigung kommen kann. Ferner erwarten die Versammelten, daß die Einstellungslöhne erhöht werden, und zwar sollen sie betragen: für gelernte Arbeiter 50 Pf., für ungelernte Arbeiter 45 Pf. pro Stunde."

Der Antrag, am Donnerstag wieder eine neue Versammlung abzuhalten, wurde der Kommission überwiesen.

Der früher gefaßte Beschluß, bis zur Beendigung der Lohnbewegung keine Ueberstunden zu machen, wurde aufs neue bestätigt. Den Anlaß dazu bot das Vorgehen der Firma Belte und Schneevogel, welche jetzt verlangt, daß die Arbeiter Ueberstunden machen oder, wenn dies verweigert wird, in Wechselschichten arbeiten. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß auch bei Belte und Schneevogel die Ueberstunden zu verweigern sind, selbst wenn deswegen Wechselschichten eingeführt werden sollten.

Differenzen in der Wäschebranche Groß-Berlins.

Die organisierten Wäschearbeiter und -arbeiterinnen Berlins und Umgegend erhoben in einer gut besuchten Versammlung am Freitag voriger Woche Protest wegen Nichterfüllung des Tarifvertrages seitens der Wäschefabrikanten. Der Bevollmächtigte Eue führte aus, der im Jahre 1911 abgeschlossene Tarifvertrag werde in einigen wesentlichen Punkten nicht erfüllt. Eine Regelung der Lehrlingsfrage, die vertraglich bis 1. April 1912 vorgesehen sei, ist seitens der Wäschefabrikanten unter nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt worden. Die noch ausstehende Einlieferung der am Jahresschluß 1911 gezahlten Wochenlöhne ist nicht erfolgt. Nach lebhafter Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, das Einigungsamt des Gewerbegerichts als Schiedsgericht anzurufen. Mehrere strittige Fälle bei einzelnen Firmen sollen durch die beiderseitigen Organisationsvorsitzenden auf gütlichem Wege erledigt werden. Gelingt dies nicht, so sollen sie gleichfalls dem Gewerbegericht als Schiedsgericht überwiesen werden. Gleichzeitig sind Lohndifferenzen in der Schnittmusterabteilung der „Berliner Morgenpost", Ullstein u. Co., ausgebrochen. Sämtliche dort noch arbeitenden 6 Maschinenzuschneider haben zum 15. Juni ihre Kündigung eingereicht. Der Betrieb gilt als gesperrt für alle Zuschneider.

Zum Fleischerboykott in Neukölln.

Der Ausschuß, der mit den Fleischermeistern, welche nicht bewilligt haben, einen Tarifvertrag abgeschlossen haben will, ist den Neuköllner Fleischergesellen völlig unbekannt. Die übergroße Mehrzahl derselben gehört zum Verband der Fleischer und weist es entschieden zurück, daß sich irgendein Ausschuß in ihrem Namen an das kaufende Publikum wendet. Das ganze Täuschungsmanöver ist offenbar vom Innungsvorstand und einigen Gelben ausgeheckt worden und das Königliche Polizeipräsidium hat seinen Segen dazu gegeben. An dem kaufenden Publikum, besonders an den Frauen, liegt es nun, dafür zu sorgen, daß den nichtbewilligenden Fleischermeistern mit samt dem „Ausschuß" dieses Manöver mißglückt. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau muß weitgehendste Solidarität üben!

Der Fleischermeister C. Rüssel, Hermannstr. 64, der sich ebenfalls weigert, den Tarif zu unterschreiben, bringt es sogar fertig, Fleischergesellen, die keine Boykottzettel verteilt haben, zu denunzieren und deren Verhaftung zu verlangen.

In der Gastwirtschaft Kottbuser Damm 23 werden nach wie vor Wurstwaren aus einem boykottierten Geschäft in Neukölln bezogen, obgleich der Inhaber schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden ist.

Wir richten nochmals an das Publikum die Bitte, ihre Fleisch- und Wurstwaren nur in den im „Vorwärts" veröffentlichten Geschäften zu kaufen.

Zentralverband der Fleischer, Berlin, Elisabethstr. 11, Teleph. Königstadt 3024.

Deutsches Reich.

Ausländische Arbeitswillige als Revolverhelden!

In Köln streiken an mehreren Forts die Erdarbeiter, weil der Unternehmer Besser die Zahlung tariflicher Löhne verweigert. Der Unternehmer sucht Ersatz durch Heranziehung von Kroaten, Slavoniern, Galiziern und Italienern. Eine Anzahl Ausländer kampiert auf einem der Forts in Baracken. Als dieser Tage zwei Streikende zwei der ausländischen Arbeitswilligen baten, einmal herauszukommen, um sich über die Verhältnisse und den Grund des Streiks aufklären zu lassen, zog einer der Arbeitswilligen einen Revolver und schoß ohne jede Veranlassung auf die Streikenden, glücklicherweise ohne jemand zu treffen. Was wäre geschehen, wenn die in Lebensgefahr schwebenden Streikenden in der gleichen „Sprache" zu ihrer Verteidigung geantwortet hätten!

In Preußen-Deutschland führen die Unternehmer fiskalische Arbeiten aus, zu deren Kosten die Arbeiter als Steuerzahler in nicht geringem Maße mit beitragen müssen. Sind die Arbeiter gezwungen, um eine anständige Bezahlung ihrer schweren Arbeit herbeizuführen, zum letzten Mittel zu greifen und die Arbeit niederzulegen, dann darf das „nationale" Unternehmertum mit staatlicher Erlaubnis aus halbwilden Gebieten Lohndrücker herbeiholen, die unzweifelhaft eine Gefahr in sozialer, kultureller und krimineller Beziehung bilden. Im Kölner Gebiet haben seinerzeit kroatische Lohndrücker zwei alte Bauersleute überfallen, beraubt und in bestialischer Weise ermordet (Durbuscher Mordprozeß). Und andere Schandtaten allerlei Art sind auf Konto der kulturell tiefstehenden Eingewanderten zu setzen. Solche Elemente werden (mit behördlicher Genehmigung?) bei Lohnkämpfen mit Revolvern und sonstigen Mordwerkzeugen ausgerüstet und auf die organisierten Arbeiter losgelassen. Für die Folgen, die sich aus solchen Verhältnissen ergeben, sind nicht diese ungebildeten Arbeitswilligen, sondern ihre Begünstiger verantwortlich zu machen, die diese Arbeitswilligen ins Land hereinholen, um sie gegen die um menschenwürdige Daseinsbedingungen ringenden Arbeiter ins Feld zu führen.

Warnung vor Zuzug!

Bodenbach, 10. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts".) In den Bergmannwerken zu Bodenbach ist ein Streik ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Beendete Aussperrung in der Fürther Spiegelindustrie.

Bekanntlich hatten die Glasarbeiter, die Metallarbeiter und Holzarbeiter bei der Firma Offenbacher in Fürth (Bayern) Forderungen gestellt, und als diese nicht bewilligt wurden, stellten die gesamten Arbeiter des Betriebes die Arbeit ein. Die Industriellen hatten nichts Eiligeres zu tun, als eine Unternehmerorganisation zu gründen, die sofort beschloß, eine Aussperrung vorzunehmen. Da sich die Verhandlungen zerschlugen, wurden am 30. Mai die Arbeiter fast aller Betriebe in Fürth ausgesperrt. Die dann erneut aufgenommenen Verhandlungen führten zu einer Einigung und für die Arbeiter zu einem befriedigenden Resultat. Die Glasarbeiter der Firma Offenbacher erreichten eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Auch für die Holzarbeiter und Metallarbeiter wurden in fast allen Betrieben wesentliche Zugeständnisse erreicht. Die Arbeitszeit wurde schon am 1. April 1912 von 56 auf 55 Stunden herabgesetzt. Die Industriellen erklärten daher jetzt, daß von einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zurzeit nicht die Rede sein könne. Erreicht wurde aber doch, daß am 1. Juli 1913 die 54stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Die Arbeiter gehen aus diesem Kampf mit einem annehmbaren Resultat hervor. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am 10. Juni.

Ausland.

Unter den Matrosen und Dockarbeitern Antwerpens macht sich eine Streikbewegung bemerkbar. Es heißt, daß ein Generalstreik bevorstehe, dieser soll jedoch keinen politischen Hintergrund besitzen. Die Decker verlangen eine Lohnerhöhung, während die Matrosen die Anerkennung ihres Syndikates verlangen. Auf 4 Dampfern weigerten sich die Matrosen einschreiben zu lassen. Man hofft jedoch, daß dieser Streik in einigen Tagen beigelegt sein wird.

Seemannsstreik in Frankreich.

In dem Augenblick, als der Ozeandampfer „France" nach New York abfahren wollte, forderten 550 Heizer, Kohlenträger und Matrosen eine Lohnerhöhung um 30 Frank monatlich für Heizer und 20 Frank für Kohlenträger und Matrosen. Als ihre Forderung abgelehnt wurde, gingen alle an Land, so daß die Abfahrt der „France" verschoben werden mußte. Ungefähr 1000 organisierte Seeleute haben sich mit den Maschinisten, Heizern und Kohlenträgern des Ozeandampfers „France" solidarisch erklärt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich aus der Affäre ein allgemeiner Seemannsstreik entwickelt.

Streik der norwegischen Schiffsmaschinisten.

In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend ist im Schiffahrtswesen Norwegens ein Streik ausgebrochen, der außerordentlich lähmend auf das Wirtschaftsleben einwirkt und auch den Touristenverkehr aufs schwerste schädigen muß. Es sind über 600 Maschinisten, die die Arbeit niedergelegt haben oder in den Streik treten werden, sobald ihr Schiff den Heimathafen erreicht hat. Der Streik erstreckt sich auf 423 Fracht- und Passagierdampfer der regelmäßigen Küsten- und Seeschiffahrt. Die Maschinisten haben, ehe sie sich zur Arbeitsniederlegung entschlossen, alles aufgeboten, um auf gütlichem Wege zu der notwendigen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen, aber die langwierigen Verhandlungen mit den Reedern und Schiffahrtskapitalisten führten zu keinem annehmbaren Ergebnis. Die norwegische Regierung hat, statt energisch und als unparteiischer Vermittler für eine Einigung der Parteien zu sorgen, 12 der vom Streik betroffenen Dampfer leihweise übernommen, um unter militärischem Kommando auf bestimmten Routen den Verkehr aufrecht zu erhalten, und zwar mit Hilfe von Maschinisten der Kriegsmarine. Die Marinemaschinisten, die auch dem Maschinistenverband angehören, weigern sich, ihren streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen, selbst auf die Gefahr, vor die Kriegsgerichte gestellt zu werden. Der Maschinistenverband ist jedoch nach gründlicher Prüfung der Sachlage zu der Ueberzeugung gekommen, daß keine Einwendung gegen die Aufrechterhaltung der betreffenden Routen erhoben werden soll, sofern die Veranstaltungen nicht direkt in den Konflikt eingreifen oder zur Verlängerung des Kampfes dienen, und daß demgemäß die Marinemaschinisten nicht als Streikbrecher zu betrachten sind, solange sie ausschließlich für Rechnung des Staates und unter militärischem Kommando tätig sind.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnenschutz und Polizeipraktiken.

Wie leicht unter Umständen Interessen von Arbeiterinnen preisgegeben werden aus Rücksicht auf das Wohlbefinden bessergestellter Kreise, zeigt folgender Vorgang, der sich nach dem Bericht des Gewerbeinspektors für Köslin in seinem Bezirk ereignet hat:

In Stolpmünde bestehen Fischräuchereien. Diesen war in Rücksicht auf das Seebad durch Polizeiverfügung das Räuchern am Tage verboten worden. Da nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Januar 1910 ab die Beschäftigung von Arbeiterinnen der Fischräuchereien auch nachts dann erlaubt ist, wenn es sich um das Räuchern von Seefischen handelt, die von den Fischern aus ihren Booten direkt an die Räuchereien geliefert werden, in diesen Betrieben aber meist Arbeiterinnen beschäftigt werden, so waren diese eben jetzt zur Nachtarbeit verurteilt.

Was kümmert der hochwohllöblichen Polizei die Gesundheit der Arbeiterinnen, wenn nur durch Nachtarbeit die Belästigung der Besucher des Seebades durch Rauch während der Tagesstunden beseitigt werden konnte. Diese muß übrigens nicht besonders groß gewesen sein, denn die Gewerbeinspektion, welche die Aufhebung der Verordnung veranlaßte, hielt die geringe Rauchbelästigung nicht für ausreichend, um eine derartige Verfügung genügend zu begründen und außerdem eine solche Vermehrung der Frauennachtarbeit durch behördlichen Zwang nicht für wünschenswert. Ungesetzlich ist sie aber nicht.

Abgesehen nun von der wenig rücksichtsvollen Art, in der hier durch die Polizei Interessen von Arbeiterinnen preisgegeben wurden, zeigt der Vorgang aber auch in aller Deutlichkeit, wie lückenhaft die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung ist. Was mühsam der Regierung an Schutzbestimmungen abgerungen wurde, wird durch Ausnahmebestimmungen wieder illusorisch gemacht.

Der besondere Erlaß für Fischkonservenfabriken hebt den gesetzlichen Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiterinnen und das Verbot der Nachtarbeit, Vorschriften, die seit 1891 bestehen, nahezu vollständig wieder auf. Und wer kontrolliert denn, ob auch wirklich alle Vorbedingungen für die zulässigen Ausnahmen erfüllt sind und wer sorgt dafür, daß der noch übrigbleibende minimale Schutz auch wirklich zur Anwendung kommt? Bis jetzt sind gesetzliche Garantien hierfür noch nicht geschaffen.

Wohl wird auf Weltausstellungen und bei sonstigen Gelegenheiten der deutsche Arbeiterschutz als mustergültig hingestellt und werden seine Wirkungen in allen Tonarten gepriesen. Die Arbeiterschaft aber kennt seine Lücken und weiß, daß ihr allein unter den gegebenen Verhältnissen die praktische Durchführung der papiernen Bestimmungen überlassen bleibt.

Letzte Nachrichten.

Die Wöllersdorfer Pulverexplosion vor dem Parlament.

Wien, 10. Juni. (W. T. B.) Der Minister für Landesverteidigung erstattete Bericht über die Pulverexplosion am 7. und 9. d. M. und sicherte rascheste und strengste Untersuchung zu, deren Ergebnisse er mit rückhaltloser Offenheit dem Hause mitteilen werde. Alle in der Oeffentlichkeit über die Ursache der Explosionen angestellten Vermutungen seien vorläufig mehr oder weniger wahrscheinliche Hypothesen. Bei der Explosion, die am 9. Juni erfolgte, lägen Anzeichen eines verbrecherischen Anschlages vor. Für die Familien der Verunglückten werde in ausreichendem Maße gesorgt werden.

Fernflug Berlin—Wien.

Wien, 10. Juni. (W. C.) Oberleutnant Blaschke ist mit seinem Passagier wohlbehalten bei Gänserndorf gelandet. Der Flieger war infolge der Dunkelheit gezwungen, um 8 Uhr 55 Min. eine Notlandung vorzunehmen. Sein Apparat sowie er und sein Passagier sind wohlbehalten angekommen. Die Landungsstelle befindet sich 20 Kilometer vom Ziel entfernt.

Der neue englische Kriegsminister.

London, 10. Juni. (W. T. B.) Der Parlaments-Untersekretär im Kriegsamt, Oberst Seely, wird der Nachfolger Lord Haldanes werden.

Die englischen Reeder gegen die Regierung.

London, 10. Juni. (W. T. B.) Bei der heute nachmittag stattgehabten Konferenz haben die Reeder die Vorschläge der Regierung zurückgewiesen. **Für morgen wird die Proklamation des Generalstreiks der Transportarbeiter erwartet.**

Die Unruhen auf Kuba.

Washington, 10. Juni. (W. T. B.) Der Kreuzer „Washington" und das Schlachtschiff „Rhode Island" sind heute früh nach Havanna abgegangen. Jedes Schiff hat neben der regulären Mannschaft von 55 Seesoldaten noch 125 Mann an Bord, die nur im Notfalle in Havanna gelandet werden sollen; für diesen Fall stehen auch die Matrosen der beiden Schiffe zur Verfügung. Der Admiral Osterhaus, der Befehlshaber der Atlantischen Flotte, ist an Bord der „Washington".

Durch ungenügende Bausicherung in den Tod.

Köln, 10. Juni. (W. T. B.) Heute nachmittag stürzte das Baugerüst eines Neubaues am Reichsplatz in Köln-Deutz ein. Ein Zimmergeselle wurde getötet, ein Arbeiter ist schwer und ein zweiter leichtverletzt worden.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zum Fall „Göppingen".

In der Angelegenheit der Göppinger Volkszeitung ist u. a. der Leipziger „Volkszeitung" und der „Bremer Bürgerzeitung" ein längerer Artikel gegen unsere Erklärungen vom 4. und 6. Juni veröffentlicht worden, dessen Inhalt, obwohl er „Tatsachen über den Fall Göppingen" betitelt ist, zum erheblichen Teil den Tatsachen direkt widerspricht. Das zwingt uns, kurz auf diese Veröffentlichung einzugehen. Es heißt in dem Artikel:

„Es soll ohne weiteres zugestanden werden, daß der Parteivorstand eine Verschmelzung mit Ulm in keinem seiner offiziellen Schriftstücke bedingungslos gefordert hat."

Diese Behauptung, die den Glauben erwecken soll, als habe der Parteivorstand im Widerspruch mit dem Inhalt seiner offiziellen Briefe eine Verschmelzung wenigstens bedingungsweise gefordert, muß als dreiste Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden. Wenn es weiter in dem Artikel heißt:

„. . . es ist nicht wahr, was der Parteivorstand behauptet, daß sich die Göppinger in keiner bedrängten Lage befanden, da er ihnen Geld angewiesen hat. Die Göppinger hatten das Geld am Sonnabend zu zahlen, Freitag erst kam die Anweisung vom Parteivorstand, aber die entscheidenden Sitzungen fanden schon Dienstag und Donnerstag statt. Und auch das Freitag ihnen angewiesene Geld bekamen die Göppinger nicht direkt, sondern es wurde der Gesellschaft „Schwäbische Tagwacht" überwiesen, die noch Sonnabend die Aushändigung des Geldes von der Verschmelzung abhängig machte,"

so muß wiederholt festgestellt werden, daß der Parteivorstand dem Göppinger Geschäft zur Befriedigung der drängenden Gläubiger ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt hat. Wir haben dem Verlag der Göppinger „Freien Volkszeitung" am 23. Mai folgendes geschrieben:

„Werte Genossen! Der Genosse Heinrich hat uns berichtet über den Stand des dortigen Unternehmens. Daraus ergibt sich, daß die Verhältnisse doch erheblich schlechter liegen, als nach den bisherigen Berichten anzunehmen war.

Wir haben auch Kenntnis genommen von den uns unterbreiteten Vorschlägen zur Sanierung und künftigen Verwaltung des Unternehmens. Dabei vermissen wir jedoch jegliche Erklärung über das Ergebnis der Verhandlung mit den Ulmer Genossen wegen Uebernahme des Druckes ihres Blattes. Nach unseren Abmachungen in Stuttgart sollte diese Frage ernstlich erwogen werden und bei den großen Zuschüssen, die nach dem vorliegenden Bericht das Göppinger Unternehmen künftig erfordert, ist die Regelung dieser Angelegenheit für uns von großer Bedeutung.

Wir haben deshalb unsere endgültige Entscheidung über die gemachten Vorschläge ausgesetzt, bis uns Bericht über die Regelung der Ulmer Angelegenheit vorliegt.

Bis dahin sind wir aber bereit, für die notwendig werdenden Zahlungen die erforderlichen Beträge vorzustrecken."

Wir haben durch Vermittlung des Stuttgarter Geschäfts gezahlt, um durch die Uebersendung des Geldes nicht Zeit zu verlieren, sondern die Göppinger auf dem schnellsten Wege in den Besitz des Geldes zu setzen. Es ist also eine Unaufrichtigkeit, wenn angesichts dieser Tatsachen nach wie vor der Anschein erweckt werden soll, dem Göppinger Geschäft seien die zur Schuldentilgung erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt worden.

Unwahr ist auch, wie bei den Verhandlungen in Stuttgart festgestellt wurde, daß die Stuttgarter Geschäftsleitung die Auszahlung des Geldes, die sie nur als Bankier des Parteivorstandes zu bewirken hatte, von der Verschmelzung des Göppinger Blattes mit dem Ulmer abhängig gemacht habe.

Unsern Vorwurf, daß die Göppinger Genossen den Parteivorstand über den Verlauf ihrer Verhandlungen mit Ulm vor ihrer Entscheidung nicht unterrichtet hätten, versucht der Artikelschreiber mit folgenden Worten zu entkräften:

„Aber die Göppinger hörten immer, der Landesvorstand berichte nach Berlin."

Mit dieser allgemeinen Bemerkung ist nichts anzufangen. Wer sind „die Göppinger", die das „hörten", wann und von wem hörten sie das?

Infolge der von Thalheimer veröffentlichten Erklärung haben inzwischen in Göppingen von neuem Verhandlungen stattgefunden, an denen teilgenommen haben: der Aufsichtsrat und Vorstand des Göppinger Geschäfts, die Göppinger Parteiinstanzen, als Vertreter der Redaktion die Genossen Radek und Thalheimer, als Vertreter des Landesvorstandes die Genossen Hildenbrand und Wagner, für den Parteivorstand die Genossen Ebert und Braun. Hier kam es zunächst darauf an, über die bisher gepflogenen Verhandlungen Klarheit zu schaffen. Dabei ergab sich, daß Genosse Radek bereits in einer Sitzung, die der Beschlußfassung über die Vereinbarung mit dem Landesvorstand und den Ulmer Genossen vorausgegangen war, erklärt hatte, er sei von Genossen Thalheimer ermächtigt worden, zu erklären, daß Thalheimer aus seiner Stellung ausscheide, wenn der Landesvorstand den in der Vereinbarung vorgesehenen Einfluß auf das Blatt erhalte. Wie später festgestellt worden ist und von Radek auch zugegeben werden mußte, hat ihn Thalheimer zu dieser Erklärung nicht ermächtigt; er hat sie vielmehr ohne dessen Wissen und Willen abgegeben. Genosse Thalheimer hat sie aber erst in der Göppinger Parteiversammlung zu der seinigen gemacht. Im Laufe der Beratungen nahm er zweimal einen Teil der in seiner veröffentlichten Erklärung enthaltenen Behauptungen als unhaltbar zurück, um sie freilich nach Besprechung mit Radek wieder Wort für Wort aufrecht zu halten!

Als das Ergebnis der siebenstündigen Verhandlungen in einer von den Göppinger Partei- und Geschäftsinstanzen abzugebenden Erklärung zusammengefaßt werden sollte, kam es infolge des Verhaltens des Genossen Radek, das näher zu charakterisieren wir uns hier versagen müssen, zum Abbruch der Verhandlungen.

Auf Wunsch der Göppinger Geschäftsleitung fanden in Stuttgart am folgenden Tage weitere Verhandlungen statt, zu denen die Mitglieder der Göppinger Parteiinstanzen eingeladen und, soweit sie nicht dringend verhindert, auch erschienen waren. Von den Göppinger Genossen wurde die am Tage vorher besprochene Erklärung vollinhaltlich akzeptiert und unterzeichnet. Die Zustimmung der abwesenden Genossen sollte eingeholt und dann die von allen Zustimmenden unterschriebene Erklärung dem Parteivorstand zur Veröffentlichung übergeben werden. Das ist nunmehr geschehen. Die Erklärung lautet:

„Nach eingehender Aussprache mit den Vertretern des Parteivorstandes, des Landesvorstandes und der Ulmer Genossen erklären wir folgendes:

Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung der Göppinger „Freien Volkszeitung" weder deren Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt, noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht. Er hat vielmehr nur gewünscht, daß versucht werden sollte, den Druck des Ulmer Blattes der Göppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähiger zu gestalten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sollte ihm berichtet werden, dann wollte er über seine Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des sozialdemokratischen Vereins in Göppingen ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nicht berichtet worden, obwohl er schriftlich die Leitung des Göppinger Geschäfts darum ersucht hatte. Es kann daher auch dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden.

Es ist unrichtig, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer erpreßt worden ist. Seine Rücktrittserklärung ist vielmehr bereits vor der Versammlung in Göppingen ohne sein Wissen von seinem Vertreter abgegeben und später in der Versammlung von ihm wiederholt worden. Der Parteivorstand hat ausdrücklich erklärt, daß seine Mithilfe bei der Sanierung des Göppinger Blattes dessen Redaktionsführung auf keinen Fall beeinflussen dürfe, insbesondere hat er dafür nicht die Entlassung des Genossen Dr. Thalheimer zur Bedingung gemacht. Das letztere kann auch dem Landesvorstand und den Ulmer Genossen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Allerdings hat der Landesvorstand erklärt, daß bei Schaffung einer einheitlichen Redaktion für beide Blätter aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur beschäftigt werden könne, auch hat er gegen die Forderung der Ulmer Genossen, dem Genossen Roßmann die Leitung der Redaktion zu übertragen, nicht ausdrücklich Einspruch erhoben, ohne sie dadurch zu der seinigen zu machen.

Die Göppinger Parteiinstanzen haben sich bei ihren Entschließungen zum Teil von irrigen Voraussetzungen und Schlußfolgerungen leiten lassen."

Ortsverein Göppingen; Kreisvorstand des 10. württembergischen Kreises; Verlag und Geschäftsleitung der „Freien Volkszeitung".

(Es folgen die sämtlichen Namen.)

In dem Begleitschreiben, mit dem uns die Erklärung übersandt wurde, heißt es u. a.:

„Wir teilen hierdurch dem Parteivorstand mit, daß die heutige kombinierte Sitzung des Kreisausschusses, Ausschuß des Ortsvereins Göppingen, sowie Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft, der in Stuttgart vereinbarten Resolution einstimmig zugestimmt hat, was durch die Unterschriften bescheinigt ist. Ebenso ist der Kreisvorsitzende Schepperle durch Unterschrift der Resolution beigetreten."

Da also diese einmütige Erklärung in Abwesenheit der Vertreter des Parteivorstandes und des Landesvorstandes, wie allerdings auch des Genossen Radek, der sich an diesem Tage nicht in Göppingen befand, abgegeben worden ist, so kann sie gewiß nicht als eine beeinflußte bemängelt werden.

Bezeichnend für die bedenkliche Rolle, die einzelne Genossen in dieser unerquicklichen Angelegenheit spielen, ist ein als „streng vertraulich" bezeichnetes längeres Schreiben, das mit den Namen Westmeyer, Radek und Thalheimer unterzeichnet und an die Redaktionen der Parteiblätter in Leipzig, Halle, Bremen, Essen, Elberfeld, Düsseldorf und Solingen, sowie an zehn einzelne Parteigenossen versandt worden ist.

In diesem Schreiben wird von den oben erwähnten Beratungen in Göppingen ein völlig entstelltes, zum Teil direkt wahrheitswidriges Bild gegeben und dadurch versucht, die Erklärung der Göppinger vor der Veröffentlichung durch den Parteivorstand bereits zu diskreditieren. Wir begründen uns damit, dieses Treiben niedriger zu hängen und zweifeln nicht daran, daß die Adressaten, wie auch die Gesamtpartei es entsprechend würdigen werden. Da dieses „streng vertrauliche" Schreiben auch uns direkt zugesandt worden ist, wahrscheinlich in der Absicht, uns einzuschüchtern, wie aus anderen uns zugegangenen Drohnoten gefolgert werden muß, so erschien ein Hinweis darauf geboten.

Wie verfahren die Verhältnisse in Göppingen sind und wie dort von einzelnen Genossen gehandelt wird, erhellt aus dem nachstehenden Schreiben an uns vom 9. d. M., das wir soeben empfangen haben:

„In einer auf gestern abend einberufenen Sitzung des Kreisvorstandes, des Vorstandes und Aufsichtsrats unserer Genossenschaft und der Göppinger Parteileitung unterschrieb ich die Ihnen zugesandte Erklärung, ohne jedoch mit deren Inhalt voll einverstanden zu sein.

Ich stehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer ein erzwungener war.

Um aber die weiteren Verhandlungen in der Sache nicht zu erschweren, wird die Kreisgeneralversammlung am 16. Juni meinerseits Gelegenheit erhalten, eine Lösung zu treffen, die den Partei- und Landesvorstand nicht länger davon hindert, seine Parteipflicht zu erfüllen.

Mit Parteigruß
Chr. Schepperle, Oestl. Ringstr. 80a.

Die Sanierung des Göppinger Geschäfts, das infolge leichtfertiger Begründung in große Bedrängnis geraten ist, wird ungemein erschwert, wenn Genossen, die zum Teil den Göppinger Verhältnissen fernstehen, durch wahrheitswidrige Sachdarstellungen einen Parteistreit inszenieren, anstatt die Schwierigkeiten mit aus dem Wege zu räumen.

Der Parteivorstand hat beschlossen, seine Beteiligung an einer Sanierung auf der Grundlage der vom Landesvorstand, den Ulmer und den Göppinger Genossen getroffenen Vereinbarung über die Verschmelzung des Göppinger und des Ulmer Blattes abzulehnen. Er kann es aber auch der Gesamtpartei gegenüber nicht verantworten, für ein Unternehmen, dessen Unrentabilität von vornherein feststand, über 100 000 M. zu opfern. Wohl aber wird er sofort Schritte unternehmen, das Göppinger Zeitungsunternehmen so zu gestalten, daß die finanziell beteiligten Genossen nach Möglichkeit schadlos gehalten werden, daß die Parteibewegung in Göppingen vor weiterem Schaden bewahrt wird; und er wird dabei bemüht sein, den Göppinger Genossen ein Blatt zu sichern, das ihrer grundsätzlichen Auffassung entspricht.

Der Parteivorstand.

Kleines Feuilleton

Aus der Geschichte der Unterseeboote. Die Entwickelung der modernsten Seewaffe, des Unterseebootes, hat ihren Weg über ein Feld von Leichen genommen, und obwohl diese Waffe im männermordenden Kampfe ihre Eignung überhaupt noch nicht hat bewähren können, haben trotzdem schon viele brave Seeleute durch sie ein schauerliches Grab in den Wellen gefunden.

An dem Problem des Unterwasserschiffes hat die Menschheit ähnlich wie an dem des Luftfahrzeuges Jahrhunderte gearbeitet. Ein Engländer war es, Cornelius van Drebbel, der im Jahre 1624 auf der Themse bei London ein Boot vorführte, das unterzutauchen vermochte. Schon damals hatte der Erfinder den für jene Zeit überaus geistreichen Gedanken in die Tat umgesetzt, die von der Besatzung des Bootes ausgeatmete Luft chemisch zu reinigen, um so die Leute vor der Gefahr des Erstickens zu bewahren. Noch heute wird die ausgeatmete Kohlensäure durch besondere Apparate innerhalb des Bootsraumes chemisch gebunden, während komprimierter Sauerstoff, der in großen Behältern mitgeführt wird, der Besatzung für mehrere Stunden die zum Atmen nötige reine Luft liefert. Die Erfindung Drebbels wurde aber nicht weiter verfolgt; es dauerte genau 150 Jahre, bis wieder ein Engländer, namens Day, einen Versuch mit einem Unterseeboot anstellte. Er fuhr auf die Reede von Plymouth hinaus und tauchte draußen auch unter. Aber es wurde nie wieder etwas von ihm und seinem Schiffe gesehen. Sein Mißerfolg hielt Robert Fulton, den Erfinder des Dampfschiffes, von eigenen Versuchen dieser Art nicht ab. Im Jahre 1797 baute er ein Unterwasserboot, mit dem er auf der Seine Versuchsfahrten machte. Es gelang ihm auch, vier Stunden lang in einer Tiefe von acht Metern unter dem Wasserspiegel auszuhalten. Er hatte bei seinen Versuchen auch bereits die Verwendungsmöglichkeit seines Fahrzeuges für den Seekrieg im Auge. Fulton erlebte aber den völligen Ausbau seiner Erfindung nicht mehr, und nach seinem Tode gab man die Versuche, die sich bereits auf die Verwendung der Preßluft bezogen, auf. Wieder verging ein halbes Jahrhundert. Dann machte, im Jahre 1851, ein bayerischer Unteroffizier namens Bauer neue Versuche mit einem Schiff, das die Fähigkeit haben sollte, unter Wasser zu fahren. Aber bei der ersten Probefahrt im Kieler Hafen ging das Fahrzeug unter. Als 1887 große Baggerungen stattfanden, fand man den Schiffsrumpf in tiefem Sande eingebettet. Die Ueberreste des Wracks wurden dem Berliner Museum für Meereskunde überwiesen. Während des amerikanischen Sezessionskrieges wurde von den Konstrukteuren Clintock und Howgate ein Unterseeboot gebaut, das zwar mit Hilfe eines Torpedos ein kleines Kriegsschiff zum Untergang brachte, aber selbst dabei zugrunde ging. Weitere Versuche stellte vor etwa 50 Jahren Nordenfelt an. Er suchte ein Boot, das leichter war als das von ihm verdrängte Wasser, mit Hilfe von Schrauben unter die Oberfläche zu bringen. Beim Stillstand der Schrauben mußte natürlich das Boot unbedingt wieder zur Oberfläche emporsteigen. Die Probefahrten zeitigten ein ganz gutes Resultat, aber man verfolgte die Erfindung nicht weiter.

Die ersten Konstrukteure, denen der Bau seetüchtiger Unterseeboote gelangen, waren die Franzosen Gustave Zédé und Goubet. Sie schufen 1889 einen Typ, bei dem zum ersten Male das Periskop zur Anwendung gelangte. Dieses Instrument dient zur Orientierung unter Wasser und besteht aus einem Rohr, das über der Wasseroberfläche hinausragt. An seinem oberen Ende ist ein Spiegel befestigt, der sich nach allen Richtungen drehen läßt und so die Möglichkeit bietet, vom Innern des Bootes aus den ganzen Horizont zu überblicken. Sieben Jahre später begann die französische Regierung ernsthaft mit dem Bau solcher Boote. Doch erst die Konstruktion des amerikanischen Ingenieurs J. P. Holland gab der Unterseeboottechnik größeren Impuls, da die Mächte sich nun für dieses neue Vernichtungsinstrument interessierten. Holland hatte 1896 für die Flotte der Vereinigten Staaten für 150 000 Dollar ein Tauchboot auf einer Werft in Baltimore erbaut, das vorbildlich wurde für alle späteren Typs. Ein Menschenalter hindurch hatte sich dieser Konstrukteur der Aufgabe gewidmet, ein durchaus seetüchtiges und kriegsbrauchbares Tauchboot zu schaffen, und er war dabei schließlich wieder bei dem ältesten und einfachsten Hilfsmittel, dem Einlassen und Wiederauspumpen von Wasser zum Zwecke des Senkens und Hebens zurückgekehrt. Von dem großen Enthusiasmus, mit dem man anfänglich die Tauchboote begrüßte, ist man heute allerdings freilich weit entfernt.

Minna Kautsky, die ausgezeichnete Volksschriftstellerin, vollendet am 11. Juni das 75. Lebensjahr. Unter den zeitgenössischen Schriftstellern zählte sie zu den ersten, die aus der Welt des proletarischen Klassenkampfes die Anregungen zu ihrer künstlerischen Betätigung schöpften. Ihre lebensvollen sozialen Romane und Erzählungen „Stefan vom Grillenhof", „Victorie", „Die Alten und die Neuen", „Helene" haben in früheren Jahren durch unsere Parteizeitungen weite Verbreitung gefunden. Trotz körperlicher Leiden schafft Minna Kautsky in den letzten Jahren eifrig an der Niederschrift ihrer Memoiren. Sie will sie freilich nur dem großen Kreise ihrer Kinder, Enkel und Urenkel bestimmt wissen. Allein sie hat in einem reichen, mannigfach bewegten Leben soviel des Interessanten durchlebt und erfahren, daß sie den Schatz ihrer Erinnerungen den weitesten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zugänglich machen sollte. Möge sie das begonnene Werk in rüstiger Geisteskraft zu Ende führen!

Eine Reform der Arbeiterbibliotheken Wiens wird jetzt energisch betrieben. Nach Referaten der Genossen Josef Luitpold Stern und Abg. Winarsky stimmte eine von 240 Organisationsvertretern und Bibliothekaren besuchte Konferenz fast einhellig einem Programm zu, das die Errichtung einer dem Unterrichtsausschuß anzugliedernden Zentralstelle für das Bibliothekswesen verlangt. Die Zentralstelle soll Besprechungen der Bücherwarte veranstalten. Ratschläge für die Zusammenstellung der Bibliotheken und für die planmäßige Ergänzung der Bücherbestände geben und ein planmäßiges Zusammenwirken zwischen Vortragstätigkeit und Bibliotheksarbeit herbeiführen. Im Herbst soll zum ersten Male ein Kurs zur Heranbildung tüchtiger Bibliothekare der Arbeiterorganisationen abgehalten werden.

Tötet die Fliegen! Es gibt noch immer Leute, die einer Fliege kein Haar krümmen können, und das Tierchen, wenn es ihnen in den Kaffee gefallen ist, sorgfältig herausfischen und auf Löschpapier oder auf die Serviette legen, damit es sich trocknen und weiterfliegen kann. Wahrlich eine unangebrachte Tierliebe! Man kann es vielmehr verstehen, daß ein englischer Pädagoge verlangt, jedes Kind solle abends sich die Frage vorlegen: „Wieviel Fliegen habe ich heute getötet?" und die Kinder sollten gewissermaßen in Wettbewerb treten, denn es sei ein verdienstliches Werk, möglichst viele dieser kleinen Tierchen fortzuschaffen.

In der Tat muß jetzt bei Beginn des Sommers, wo auch die Fliegenplage wieder einzusetzen droht, ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Fliege einer der gefährlichsten Feinde der Menschheit ist, und zwar nicht bloß die große Stechfliege, sondern gerade die kleine, harmlos aussehende Musca domestica. Schon unsere Vorväter sind mit der Fliegenklatsche gegen sie zu Felde gezogen, aber wenn man bedenkt, daß eine Fliege, die im Juni herausgekommen ist, bis zum Ende des Sommers Mutter und Großmutter von etwa 25 Millionen Fliegen geworden ist, muß man zugeben, daß die Fliegenklatsche allein nicht genügt, und man muß versuchen, an den Fliegen Massenmord zu üben. Denn diese Fliege ist nicht mehr und nicht weniger als der tatsächliche Verbreiter aller der Bazillen und Bakterien, die nur im Magen des Menschen schädlich wirken. An den kleinen, feinen Beinchen der Fliege, die sich auf alles niederläßt, auf das Ekelhafteste wie auf das Köstlichste, haften bei jedem Niedersetzen diejenigen Bazillen, die die Materie enthält, und auf den nächsten Gegenstand, also auf Obst, Brot, Zucker usw. überträgt die Fliege die an ihren Füßen sitzenden Bazillen, die auf diese Weise in die Blutbahn des Menschen gelangen. Die tödlichsten Bakterien können so verbreitet werden, der Cholerabazillus wie der Typhusbazillus, die Pest und die Tuberkulose. Es ist daher ein sehr guter Vorschlag, in allen öffentlichen Lokalen, besonders in solchen, in denen Nahrungsmittel verkauft oder verabreicht werden, Plakate anzubringen mit der Inschrift: „Tötet die Fliegen!"

Notizen.

— **Wandernde Volkskonzerte**, die nach der Art der Wandertheater kleinen Städten zunächst der Mark Kunst vermitteln sollen, beabsichtigt man in den Kreisen der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ins Leben zu rufen.

— **Meistbietend versteigerter Patriotismus.** Der Gerichtsvollzieher Zimmermann in Potsdam gibt öffentlich bekannt, daß er Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr, unter anderem folgende Bücher an den Meistbietenden versteigert:

Zirka 1980 Expl. Liman, Hohenzollern,
„ 478 „ Liman, Revolution,
„ 3000 „ Liman, „
„ 900 „ Liman, Der Kaiser,
„ 575 „ Peters, England und die Engländer,
„ 500 „ Paasche, Deutsch-Ostafrika,
„ 2000 „ Peters, Gründung von Deutsch-Ostafrika.

Sollten sich gerade in Potsdam keine Interessenten für solche Literatur finden, die ihr die öffentliche Feilbietung ersparen? oder sind sie von der letzten Reichstagswahl als unnützer Ballast zurückgeblieben?

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, den 8. Juni.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag Düsseldorf dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen, beim Reichstag eine Petition einzureichen, die die Abschaffung des Befähigungsnachweises zur selbständigen Ausübung des Hufbeschlagegewerbes verlangt. Dann erstattete der 2. Vorsitzende Kamps den Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen und vom vorjährigen Verbandstag des dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes, denen Kamps als Vertreter der deutschen Schmiedeorganisation beiwohnte. Der Verbandstag erklärte sich ohne Diskussion mit den Berichten einverstanden. Siering-Berlin gab den Bericht vom 6. Internationalen Metallarbeiterkongreß in Birmingham, zu dem Siering und der Zentralvorsitzende der Organisation als Delegierte des Schmiedeverbandes entsandt waren. Auf dem Kongreß waren 13 Länder und 771 800 organisierte Metallarbeiter vertreten. Siering legte vor allem dar, wie der ganze Kongreß beherrscht war von dem Gegensatz zwischen den englischen und den kontinentalen Organisationen. Beide Redner, Siering wie Kamps, vertraten den Standpunkt, daß die internationalen Tagungen durchaus notwendig seien zur Verständigung und Verbrüderung der Arbeiter der einzelnen Nationen. — Auch der Sieringsche Bericht wurde ohne Diskussion gutgeheißen. Danach gab Peter-Elbing den Bericht vom Dresdener Gewerkschaftskongreß, der ebenfalls ohne Diskussion angenommen wurde.

Beim Punkt **Wahlen** wurde auf Vorschlag von Basner-Berlin einstimmig beschlossen, den jetzt bestehenden Vorstand und Ausschuß bis zum Tage der Verschmelzung in ihren Funktionen zu belassen. Dann wurde beschlossen, bei etwa noch folgenden Verhandlungen mit dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes wegen des Uebertritts den Kollegen Basner-Berlin hinzuzuziehen. Es wurde dann ein Antrag der Filiale Stolpe auf Erlaß von Filialschulden angenommen und die gleichen Anträge einer Reihe anderer Filialen dem Vorstand zur Prüfung und Erledigung in dem Sinne überwiesen, daß Schulden der Filialen beim Uebertritt nicht nachbleiben. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Nach herzlichen Abschiedsworten des Kollegen Sigl-Wien sprachen Schlicke (Metallarbeiter) und der Verbandsvorsitzende Lange ein packendes Schlußwort. Sie gingen von dem Gedanken aus, daß die Verschmelzung perfekt werden würde und daß durch ein harmonisches Zusammenarbeiten in der Einheitsorganisation die großen Fragen, die man bis jetzt infolge der Zersplitterung nur mangelhaft lösen konnte, besser im Sinne der Arbeiterschaft gelöst würden. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

Sechster Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München, den 8. Juni.

Die Debatte über die Beitrags- und Unterstützungsfrage nahm die ganze Abendsitzung in Anspruch. Nach lebhafter Debatte wurden mit 48 gegen 39 Stimmen die von der Kommission empfohlenen Vorstandsanträge angenommen. Danach beträgt in Zukunft der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis inkl. 16 M.: 25 Pf., bis inkl. 21 M.: 40 Pf., über 21 M. wie bisher 50 Pf. Für weibliche und jugendliche Mitglieder 25 Pf.

Die Unterstützungssätze bei Erwerbslosigkeit wurden in der höchsten Klasse um 1,50 M., in der 2. Klasse um 2 M. erhöht.

In der Sonnabendsitzung wurde hierauf mit der Statutenberatung fortgefahren. Bei der Streikunterstützung wurde beschlossen, daß diese solange gewährt wird, bis die Streik- bzw. Aussperrungsbeendigung vom Verbandsvorstande erklärt ist. Auf welche Dauer nach Beendigung des Streiks bzw. Aussperrung noch weitere Unterstützung gezahlt wird, entscheidet der Verbandsvorstand. — Für alle Mitglieder, welche dem Verbande noch kein Vierteljahr (13 Beitragswochen) angehören, wird nur die Hälfte der Unterstützungssätze gewährt. — Bei Beteiligung an Streiks anderer Verbände können die von diesen gezahlten Unterstützungssätze in Anwendung gebracht werden. — Die Umzugsunterstützung wurde von 30 auf 50 M. erhöht. Von den Beiträgen erhalten die Verwaltungsstellen zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben 25 Proz., doch wurde besonders bestimmt, daß die Filialen von diesen 25 Proz. auch die Ausgaben für Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung zu bestreiten haben.

Ein Antrag Stuttgart, wonach der Redakteur aus dem Vorstand auszuscheiden hat, wurde angenommen. Ein Antrag, den Vorstand zu erweitern, wurde abgelehnt. Mit 44 gegen 36 Stimmen wurde ein Antrag Mohs angenommen, wonach an Stelle des Redakteurs ein Sekretär in den Vorstand eintritt. — Der Verbandstag beschloß, die Preßkommission aufzuheben. — Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1912 in Kraft.

Als Sitz des Ausschusses wurde Stuttgart bestimmt. Die Gehälter der Angestellten wurden wie folgt geregelt: Das Gehalt der Hilfsarbeiter beträgt für das Probevierteljahr 500 M., nach erfolgter Anstellung 2200 M. Jahresgehalt, steigend jährlich um 100 M. bis zum Höchstgehalt von 2600 M. Das Gehalt der Filialangestellten soll mindestens ebenso hoch sein. Ein weiterer Antrag der Hilfsarbeiter im Hauptbureau, allen Verbandsangestellten eine jährliche Ferienzulage von 50 M. zu gewähren, wurde vom Verbandsvorsitzenden Mohs warm befürwortet, von Wutzky namens der Kommission bekämpft.

Zum Punkt:

Wahl der Verwaltungskörper

steht ein Antrag des Vorstandes und des Ausschusses zur Debatte, an Stelle von Mohs Wutzky-Berlin als 1. Vorsitzenden zu wählen. Der Antrag wurde von Schönberg-Hamburg in 1½stündiger Rede begründet. Die Quintessenz seiner Anklagen ging dahin: die Leistungen Mohs seien unbefriedigend, er sei publizistisch und rednerisch zu schwach. Der Redner begründete dies eingehend und meinte, daß von Böswilligkeit nicht ohne weiteres gesprochen werden könne, wenn sämtliche Vorstands- und Ausschußmitglieder hinter dem Antrag stehen. Wie die Dinge liegen, könnten die übrigen Vorstandsmitglieder nicht mehr weiter mit Mohs zusammenarbeiten. Der Antrag wolle nur das Beste für die Organisation; möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle. — Diesen Ausführungen folgte eine einstündige Rede des unbesoldeten Vorstandsmitgliedes Becker, der in einigen Punkten die Ausführungen des Vorredners ergänzte. Er wies die Behauptung Mohs, daß ihm im Vorstand das Leben sauer gemacht worden sei, zurück. Von einer Maßregelung oder Abwimmelung könne nicht gesprochen werden, bei allen Maßnahmen hatten die übrigen Vorstandsmitglieder nur das Wohl der Organisation im Auge. Einen ihm angetragenen Gauleiterposten ohne Kürzung des Gehalts habe Mohs abgelehnt. — Nach einer zweistündigen Pause wurde die Debatte in einer Abendsitzung fortgesetzt.

Als erster Redner in der Abendsitzung verteidigte sich Mohs gegen die Angriffe Schönbergs. Der Verbandstag möge entscheiden, ob er seinem Posten gewachsen sei oder nicht. Die übrigen Vorstandsmitglieder hätten systematisch gegen ihn gearbeitet; sie haben Sitzungen abgehalten, von denen er nicht unterrichtet war. Dittmer habe nach dem Grundsatz gegen ihn gearbeitet: „Gehe weg, auf daß ich mich setze." Zum Schlusse seiner längeren Ausführungen betonte Mohs, er habe für die Organisation getan, was in seinen Kräften stand. Wenn der Verbandstag glaube, einen anderen Vorsitzenden wählen zu müssen, dann möge er es tun. „Lassen Sie sich nicht von Mitleid, sondern von Gerechtigkeit leiten." (Beifall.)

Die weitere Debatte wurde auf beiden Seiten mit großer Leidenschaft geführt. Gauleiter Ehret-Brandenburg erklärte, die Gauleiter, die längere Zeit im Hauptbureau gearbeitet hätten und die jetzigen Hilfsarbeiter ständen auf Seite Mohs. — Heckmann-Mannheim und Sebald-München traten in längerer Rede für die Wahl Wutzky ein. — Der zweite Vorsitzende Riedel erklärte, daß, wenn Mohs wiedergewählt werde, die übrigen angestellten Vorstandsmitglieder eine Wiederwahl nicht annehmen werden. Bei der hierauf durch geheime Abstimmung vorgenommenen Wahl eines ersten Vorsitzenden fielen auf den seitherigen Vorsitzenden Mohs 43, auf Wutzky-Berlin 42 Stimmen; zwei Zettel waren leer. Damit wäre Mohs mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

Wieder setzte eine längere Geschäftsordnungsdebatte ein, da der Vorsitzende Heckmann erkläre, daß das Bureau der Auffassung sei, daß diese Wahl ungültig und ein weiterer Wahlgang notwendig sei. Nach langer Diskussion konstatierte schließlich ein Delegierter an der Hand des Statuts, daß bei den Wahlen zum Vorstand die einfache Mehrheit genüge. Darauf erklärte Heckmann, daß das Bureau seine Zweifel fallen lasse und die Wahl Mohs als gültig anerkenne. Mohs gab hierauf die Erklärung ab, daß er, so schwer es ihm unter den gegebenen Verhältnissen falle, die Wahl annehme.

Der Verbandstag kam hierauf in eine unangenehme Situation, da die seitherigen besoldeten Vorstandsmitglieder erklärten, daß sie eine Wiederwahl ablehnen. Daran knüpfte sich neuerdings eine längere Diskussion, in der der Vertreter der Generalkommission, Genosse Kube, und andere Redner in eindringlichen Worten an die seitherigen Vorstandsmitglieder den Appell richteten, im Interesse des Verbandes diesen Standpunkt aufzugeben. — Nach einer kurzen Beratung der Vorstandsmitglieder gaben diese die Erklärung ab, daß sie eine eventuelle Wiederwahl annehmen würden. Hierauf wurden die seitherigen Vorstandsmitglieder sowie als Redakteur Dittmer einstimmig per Akklamation wiedergewählt. — Aus der Wahl eines Sekretärs ging Maroke-Frankfurt a. M. hervor.

Zum internationalen Kongreß in Wien wurden Sebald-München, Wutzky- und Dittmer-Berlin, zur internationalen Konferenz der Gemeindearbeiter Wutzky-Berlin, Ihle-Hamburg, Petzold-Nürnberg, Heinz-Düsseldorf und Weigl-Augsburg delegiert. Hierauf wurden noch die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß (15 Delegierte und 3 Vorstandsmitglieder) vorgenommen.

Der nächste Verbandstag findet in Hamburg statt.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag.

Unser nächster Parteitag wird vom 15. September ab in Chemnitz

stattfinden. Der Parteivorstand hat folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Parteitags (Eröffnungsrede: Genosse Bebel). Endgültige Feststellung der Tagesordnung.
2. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Referent: Genosse Ebert;
   b) Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Kaden.
4. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.
5. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.
6. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.
7. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.
8. Die Maifeier. Referent: Genosse Pfannkuch.
9. Der Internationale Kongreß in Wien. Referent: Genosse Molkenbuhr.
10. Anträge.
11. Wahl des Parteivorstandes, des Partei-Ausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Der Parteivorstand hat davon abgesehen, die Steuerfrage auf die Tagesordnung zu setzen, weil es ihm wünschenswert erscheint, daß diese bedeutsame Frage vor einer Erörterung auf dem Parteitage in der Presse eingehender behandelt wird, als das bisher geschehen ist. Die Wahlrechtsfrage wird den bedeutsamsten Punkt der Tagesordnung des Parteitages für Preußen bilden, der nur kurze Zeit nach dem deutschen Parteitage stattfinden wird. Aus diesem Grunde wurde davon abgesehen, dem Chemnitzer Parteitage die Behandlung derselben Frage zu empfehlen.

Eine Konferenz der Bildungsausschüsse Thüringens,

die der Vorbereitungsarbeit für den kommenden Winter diente, tagte am Sonntag in Weimar. Es waren 44 Vertreter von 26 Orten anwesend, ferner die Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses, die Parteisekretäre Leber und Baudert und als Vertreter des Zentralbildungsausschusses Genosse Pieck. An den Bericht des Bezirksbildungsausschusses über die verflossene Geschäftsperiode schloß sich ein interessanter und ausgedehnter Meinungsaustausch, der mit der Annahme einer Resolution endete, nach der die Konferenz zur Bekämpfung der Schundkinematographie auffordert, ferner sich gegen das Dilettantenwesen in der darstellenden Kunst ausspricht und die Arbeiterorganisationen und sportlichen und geselligen Arbeitervereine auffordert, ihre Vereinsfestlichkeiten möglichst einzuschränken und ihre Mitglieder mehr als bisher zum Besuch der belehrenden und künstlerischen Veranstaltungen anzuhalten. Daran anschließend wurden die für das kommende Winterhalbjahr gemeinsam zu treffenden Bildungsarbeiten besprochen und der Bezirksbildungsausschuß mit deren Organisation beauftragt. Die Konferenz zeugte von dem ernsten Willen aller Bildungsausschüsse, in Zukunft mehr noch als bisher planmäßige und systematische Bildungsarbeit zu leisten.

Kreiskonferenz in Meiningen II.

Die Parteiorganisation im Wahlkreise Meiningen II (Sonneberg-Saalfeld) hielt am Sonntag, den 9. Juni ihre diesjährige Kreiskonferenz in Stockheim bei Sonneberg ab. Es wurde über den Bericht der Kreisleitung, die Reichstagswahl sowie über die neuen Statuten der Partei im Reiche und im Kreise verhandelt. — Der Kreis zählt 2900 Genossen und 800 Genossinnen. Als Sitz der Kreisleitung wurde wieder Saalfeld bestimmt.

Aus Industrie und Handel.

Preußische Staats-Aktiengesellschaften.

Im Juni 1911 wurde bekannt, daß der preußische Kohlenfiskus, richtiger die Verwaltung der preußischen Staatskohlenzechen zu Recklinghausen, Besitzer der Mehrheit des Aktienkapitals der Rhein- und Seeschiffahrts-A.-G. zu Köln geworden sei. Die Entwickelungsgeschichte dieser Unternehmung, die jetzt mit ihren Tochtergesellschaften, die ebenfalls durch den preußischen Fiskus beherrscht werden, den ersten Jahresabschluß veröffentlicht, ist außerordentlich interessant. Sie ist wie so viele andere Vorgänge gerade in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten ein charakteristisches Beispiel für die völlige Umbildung der heutigen Wirtschaftstechnik.

Die „reinen" Betriebe, die nur Erz förderten, verhütteten, oder Stahl herstellten, mit ihrer Kohle zu Markte gingen oder nur Koks produzierten sind längst Formen der Vergangenheit geworden. Bei dem gewaltig ausschreitenden Entwickelungsprozeß zu „gemischten" Werken, welche alle Produktionsstufen in sich vereinigen und erst mit den völlig fertigen Waren auf den Markt kommen, ist seit etlichen Jahren auch immer mehr das Transportgewerbe in Mitleidenschaft gezogen worden. Die ehemals selbständigen Rheinfrachtenschiffer sind heute notleidende Kleinbetriebler geworden, denen die Großschiffahrts-Aktiengesellschaften und die Kohlenkontore, die Verfrachtungsorganisation des Kohlensyndikats das Brot vor der Nase wegnehmen.

Die großen Kohlen- und Erzgrubenkonzerne, die Hüttengruppen und sonstigen rheinisch-westfälischen Industriesippen arbeiten seit langem planmäßig auf Unabhängigmachung von der selbständigen Rheinschiffahrt hin. Auf dem Rhein verkehren die Schleppzüge der Firma Hugo Matthias Stinnes, andere Boote tragen den Namen der Haniels, die im Kohlenbergbau eine große Rolle spielen. Schon 1904 erwarb die Harpener Bergbau-A.-G. die Gesellschaft Kannengießer, Mühlheim a. d. Ruhr. Heute hat dieses Reedereiunternehmen von Harpen einen Laderaum von rund 75 000 Tonnen zur Verfügung. Schon 1905 hat Harpen sich auch noch die Aktienmehrheit der Mainkette-A.-G. erworben. Ueberdies ging auch von dieser Seite die Gründung der Rheinischen Kohlen-Handels- und Reederei-G. m. b. H. — das Kohlenkontor des Kohlensyndikats! — aus. Gelsenkirchen transportiert heute vielleicht 8—9 Millionen Tonnen Fracht auf dem Rhein. Dazu dient die Firma Raab, Karcher u. Co., G. m. b. H., die 1905 durch Gelsenkirchen verschluckt wurde. Die A.-G. Friedrich Krupp verfügt gleichfalls über eine Reederei, ihre Schiffe dienen mehr dem Erztransport. Durch seine A.-G. für Hüttenbetrieb in Meiderich ließ Thyssen auf die Transportgesellschaft Vulkan in Rotterdam Einfluß nehmen. Neben alten Schlepplinien geriet überdies auch die Westfälische Transport-A.-G. in Dortmund in Botmäßigkeit von Stinnes. Dies geschah anläßlich der Fusion der Union mit Deutsch-Luxemburg, wo die letztere überdies auch in den Besitz einer Rheinschiffswerft kam. Im Eigentum der Westfälischen Transport-A.-G. befindet sich die Majorität der Schleppschiffahrt-Dortmund-Ems-G. m. b. H. Zur Erweiterung dieser Macht hat Stinnes überdies schon wieder neue Schritte getan.

Stinnes war es auch, der sich bemühte, in die Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft hineinzukommen. Dieses Unternehmen, das heute fiskalische Aktiengesellschaft ist, stellt für sich wieder ein ganzes Konglomerat von Schiffahrtsunternehmen dar.

Es verschluckte die Badische Schrauben-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Mannheim; die Amstel-Rhein-Main-Gesellschaft, Amsterdam; die Firma Thomae u. Stenz, Mainz, und die Kölnische Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft. Ende 1909 zog sie die Mannheimer Lagerhaus-A.-G. an sich. Damit hatte sie auch auf den Lagerplätzen Straßburgs ein Interessengebiet. Nachher hat sie noch die Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft in sich aufgenommen. Es wird auch davon gesprochen, daß sie Einfluß auf die Rheinschiffahrts-A.-G. vorm. Fendel besitzt. Hinter diesem Unternehmen steht die große Händlerfirma Stromeyer-Konstanz. Stromeyer ist wohl der größte Kohlenabnehmer des preußischen Kohlenfiskus. Außer dem genannten Unternehmen kommen noch einige in Betracht, die ebenso in mehr oder weniger verhüllter Abhängigkeit vom kgl. preußischen Rheinschiffahrtskonzern stehen.

Die Rhein- und Seeschiffahrt-Gesellschaft zu Köln kam so sehr in die Macht des preußischen Fiskus zu Recklinghausen, daß erstmals ein Frachtvertrag für sieben Jahre abgeschlossen wurde, wobei ausbedungen war, daß jederzeit die Hälfte der Aktien zuzüglich einer — um die absolute Regierungsmehrheit im Unternehmen zu sichern — übernommen werden könnte. Dies geschah dann am 24. Juni 1911, also vor rund einem Jahre. Damals glaubten die Partikulierschiffer der Rheinwasserstraße und seiner Nebenläufe noch an die gewaltige preußische Regierungshilfe. Jetzt haben sie nicht einmal mehr den Trost, die fiskalischen Kohlenzechen im Gegensatz zum Kohlensyndikat und damit auch mehr oder weniger zum Kohlenkontor zu sehen. Preußen ist Mitglied des Syndikates geworden. Dafür haben die Partikulierschiffer allerdings den zweifelhaften Vorteil, das Binnenwasserstraßengesetz gleich einem Damoklesschwert über ihrem Haupte schweben zu sehen. Originellerweise war das „Berliner Tageblatt" noch vor einem Jahre der Meinung, der preußische Staat habe nur deswegen auf die Rheinschiffahrt Einfluß genommen um, in Verbindung mit einer Zentralstelle der Partikulierschiffer, einem zu gründenden Frachtenkontor, den Kleinbetrieblern die Steuer leichter zu machen, als sie jetzt bei den gedrückten Frachten zu ertragen möglich wäre! In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt gekommen. Die preußische Regierung wurde Binnenschiffahrtsaktionär, weil sie ihre Kohle nicht mehr ab Zeche verkaufen will, sondern sie nach den günstigen Absatzgebieten selbst verschiffen möchte. Preußen ist Mitglied im preiswuchernden Kohlensyndikat geworden. Preußen hat den Partikulierschiffern nicht geholfen, Preußen hat im Gegenteil das eifrigste Bestreben an den Tag gelegt, die Binnenschiffahrt zu besteuern, was bis jetzt im besonderen nur am holländischen Widerstand noch gescheitert ist. Der Sieg der sich großkapitalistisch ausreckenden preußischen Reaktion ist sicher nur noch eine Frage der Zeit.

Einstweilen hat der Schiffahrtskonzern des Königs von Preußen angefangen, Dividende zu verteilen. Bis dato, im besonderen die letztvergangenen Jahre, haben nämlich die drei großen Unternehmungen, die den Kern der fiskalischen Rheinschiffahrtsgesellschaften bilden, kein Prozent Gewinn verteilt. Nachdem der fiskalische Kaufmann ins Geschäft gekommen ist, wurde bei dem Mutterunternehmen eine Dividende von 5 Proz. herausgewirtschaftet. Wichtiger ist noch, daß die drei Unternehmen des Konzerns jetzt durch Vermögensübernahme in die Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln direkt verschwinden sollen. Also auch hier ist das Fusionsinteresse das Prinzip der Verwaltungsvereinfachung durch Konzentration.

Die preußische Regierung treibt in den rheinisch-westfälischen Kohlengebieten durchaus hochkapitalistische Politik, sie marschiert im Schlepptau der Syndikate der Krupp, Stinnes und Thyssen. Die Mittelständler im Rheintransportverkehr werden noch lange auf die Hilfe „ihrer" Regierung warten müssen!

Soziales.

Ein Rabattsparverein zur Bedrückung von Arbeiterlöhnen.

Die Schädlichkeit der Rabattsparvereine ist allgemein bekannt. Die Rabattsparvereine sind Organisationen der Händler; sie wirken profitfördernd. Nicht mit Unrecht kann man die Rabattsparvereine als Ringe zur Verteuerung der Lebensmittel bezeichnen. Durch die Rabattmarke erhalten die Frauen auch nicht einen Pfennig geschenkt. Tatsächlich werden in der Regel durch die Rabattvereine die Warenpreise um den Rabatt selbst und darüber hinaus verteuert. Das gilt für Rabattvereine, die von Händlern gebildet werden.

Eine weit über diese Nachteile von Rabattsparvereinen hinausgehende Benachteiligung der Käufer erzielt ein kurioser Rabattsparverein oder richtiger Kontrollverein, der sich, wie wir der „Rostocker Zeitung" vom 8. d. M. entnehmen, unter dem Namen „Vereinigung zur Förderung des Mittelstandes" in Grevesmühlen und Umgegend gebildet hat. Danach haben sich unter diesem Namen eine Anzahl vornehmlich ländlicher Arbeitgeber aus der Umgegend von Grevesmühlen, Dassow und Klütz zusammengetan. Die Vereinigung will den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden, bei denen die Arbeiter zu kaufen pflegen, Rabattmarken aushändigen. Die Geschäftsleute sollen die Rabattmarken in Rabattmarkenbücher in Höhe von fünf Prozent jedes Einkaufs einkleben. Dann wollen die Arbeitgeber so großmütig sein, am Schluß des Dienstjahres bis 25 M. für jeden verheirateten und bis 10 M. für jeden unverheirateten Arbeitnehmer von den Rabattmarken zu bezahlen. Das, meint die „Rostocker Zeitung", sei geschehen, um die selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute im Konkurrenzkampf gegen die Warenhäuser und sozialdemokratischen Konsumvereine zu unterstützen. Wie uneigennützig! Glaubt die „Rostocker Zeitung" wirklich, daß es noch Leute gibt, die nicht sofort ersehen, daß es sich hier um eine ganz infame Heuchelei handelt? Es

liegt hier die Anwendung eines verwerflichen Trucksystems vor, um die Arbeitnehmer an die Stelle zu fesseln. Die Vereinigung ist in Wahrheit keine Vereinigung zur Erhaltung und Hebung des Mittelstandes, wie die „Rostocker Zeitung" meint, bei der die Arbeitgeber erhebliche Opfer bringen, sondern eine Vereinigung, die den Versuch macht, durch Trucksystem und Inaussichtstellen von Prämien den Arbeitslohn noch mehr zu senken, einer Erhöhung des Arbeitslohnes, insbesondere der ländlichen Arbeiter, entgegenzutreten und die Arbeiter möglichst an eine Stelle zu binden. Die Arbeiter ersehen aus dem „freiwilligen" Angebot bis zu 10 oder 25 M. jährlich dem Arbeitslohn zulegen zu wollen, falls die Arbeiter Rabattsparmarken in diesem Betrage aufweisen können, daß die Arbeitgeber zugeben, daß sie um mindestens in dieser Höhe zu geringe Löhne zahlen. Die Zahlung des Lohnaufschlags von der Vorzeigung von Rabattsparmarken abhängig zu machen, ist eine dreiste Verhöhnung der guten Sitten. Der Arbeiter soll durch diese Abmachung an die Arbeitsstelle und an bestimmte Verkaufsstellen gebunden werden. Er wird diese Zumutung als das bewerten, was sie ist. Sie sollte die Arbeiter noch mehr als bisher veranlassen, den den Mecklenburgischen Junkern so erhaßten „sozialdemokratischen Konsumvereinen" beizutreten. Durch den Beitritt ersparen sie für ihren Haushalt weit mehr als der für den Schluß des Dienstjahres ihnen in Aussicht gestellte Teil der Kontroll- — pardon der Rabatt- — Marken beträgt.

Hungerlöhne für Landarbeiter gerichtlich festgestellt.

Im Reichstagswahlkreise Rothenburg-Hoyerswerda hatte während der Wahl der später gewählte freikonservative Landrat Dr. Hegenscheid-Hoyerswerda im Wahlkampf oft erklärt: „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert". Der Leiter der freisinnigen Agitation, Redakteur **Gustav Richter**, bezeichnete diesen Ausspruch, soweit er als Wahlparole der Konservativen gelten solle, als eitel Heuchelei, da gerade die Herren Rittergutsbesitzer, von denen der Herr Landrat auf den Schild erhoben war, die schlechtesten, ja **menschenunwürdige Löhne** zahlten. **Stundenlöhne von 20 bis zu 18 Pfennig** seien bei ihnen Regel. Ueber einen Rittergutsbesitzer sei ihm von glaubwürdiger Seite versichert worden, daß er, aus Furcht, die Industrie der Umgebung könne ihm seine Arbeitskräfte entziehen, versucht habe, seine Arbeiter zum Abschluß eines langfristigen Vertrages zu sogar **15 Pfennig Stundenlohn** zu bewegen. Auf stürmische konservative Zwischenrufe wie „Schwindel", „Lüge", „Namen nennen!" und durch einen reaktionären Diskussionsredner veranlaßt, hatte er den Namen des betreffenden Rittergutsbesitzers, **Generalleutnant z. D. von Altrock auf Zinpel** preisgegeben. Die Folge war eine Privatklage gegen den Redakteur, die der Staatsanwalt **im öffentlichen Interesse** übernahm!

Das **Amtsgericht Weißwasser** verurteilte am 24. April unter zufälliger Mitwirkung zweier Amtsvorsteher als Schöffen wegen öffentlicher Beleidigung zu **100 Mark Geldstrafe.** Und das, wiewohl in der Beweisaufnahme **von Altrock** zwar darlegte, langfristige Verträge habe er nicht geschlossen, aber eidlich erklärte, **die Stundenlöhne der Arbeiter betragen 16, bei weiblichen Arbeitern sogar nur 10 Pf.**

In der **Berufungsinstanz** am Sonnabend **vor dem Landgericht in Görlitz** erklärte der Angeklagte, die nebensächliche Bemerkung wegen der Langfristigkeit der Verträge halte er nicht aufrecht, müsse aber seine Freisprechung beantragen.

Das Gericht hob das Urteil des Schöffengerichts **Weißwasser vom 24. April auf und sprach den Angeklagten frei.** Formell habe sich der Angeklagte in keiner Weise vergangen. **Ihm sei es auf die Sache, nicht auf die Person angekommen.** Erst auf Drängen der Gegner habe er den Namen v. Altrock genannt. Er mußte dies, um dem Vorwurf, er lüge, zu begegnen. Dies habe er aber auch getan in seiner Eigenschaft als Zugehöriger **eines Wahlkomitees.** Deshalb stehe ihm **der** § 193 zwiefach zur Seite. Inhaltlich sei im **wesentlichen der Wahrheitsbeweis** erbracht, denn der Angeklagte habe hauptsächlich feststellen wollen, daß mit den Stundenlöhnen, wie sie Rittergutsbesitzer seines Wahlkreises zahlen, **die Arbeiter hungern** müßten.

Verschleppungstaktik.

In Nr. 101 des „Vorwärts" hatten wird das eigenartige Gebaren der Firma **„Thanatesia" Max Kupfer,** Fabrik für Sterbewäsche und Trauerfuhrrequisiten, Michaelkirchstr. 24, dargestellt, welche einer Klage der Stickerin H. durch eine eigenartige Verschleppungstaktik zu entgehen suchte. Zuerst hatte der Vertreter der Beklagten eingewandt, daß nicht Herr Max Kupfer, gegen den sich die Klage richtete, der Inhaber des Geschäfts sei, sondern dessen Ehefrau Gertrud Kupfer. Daraufhin klagte die Klägerin gegen die letztere. Nunmehr behauptete der Prozeßgegner, daß zur Zeit des in Frage stehenden Arbeitsverhältnisses Frau Gertrud Kupfer noch nicht Inhaberin des Geschäfts gewesen sei, sondern damals noch Herr Max Kupfer. Die Klägerin wurde deshalb mit ihrer Klage gegen Gertrud Kupfer abgewiesen, nahm aber die noch nicht zurückgenommene Klage gegen Max Kupfer wieder auf. Die Sache verfiel dann zweimaliger Vertagung, weil der Vertreter des Beklagten mit Mangelhaftigkeit der von der Klägerin gelieferten Arbeit ins Feld rückte. Darüber sollten im gestrigen Termin noch Zeugen vernommen werden. Dazu kam es aber nicht mehr, da eine vom Beklagten angegebene Zeugin zu spät zum Termin erschien, während Frau Kupfer, welche von der Klägerin als Zeugin benannt worden war, ihre Aussage verweigerte.

Das Gewerbegericht verurteilte die Beklagte, an die Klägerin den geforderten Restlohn von 27 M. zu zahlen.

Um eine verhältnismäßig einfache Klage **zu Ende zu bringen,** mußte also infolge der Verschleppungstaktik das Gericht **nicht weniger als 7** Termine anberaumen.

Gemeindesteuerzuschläge in Preußen.

Die Zeitschrift des preußischen statistischen Landesamts enthält eine von Dr. Oskar Teplaff bearbeitete Aufstellung über die Steuern und Schulden der preußischen Städte und größeren (über 10 000 Einwohner zählenden) Landgemeinden im Rechnungsjahr 1910, sowie über die von ihnen im Rechnungsjahre 1911 erhobenen Zuschläge zu den staatlich veranlagten direkten Steuern. Der sehr interessanten umfangreichen Arbeit entnehmen wir folgende Daten über die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer.

Ohne Zuschläge zur Staatseinkommensteuer **kamen im Jahre 1911** nur aus: Usedom, Sulmirschütz, Mizstadt, Naumburg i. Hessen und Niedenstein.

25 Kleinstädte und eine größere Landgemeinde kamen mit Zuschlägen unter 100 Proz. aus. Diese Gemeinden verteilen sich auf folgende Provinzen (die Zahlen in den Klammern geben die Höhe der Zuschläge in Prozentsätzen zur Staatssteuer an):

Brandenburg: Bärwalde i. Neum. (50), **Reetz** (90); **Posen:** Jutroschin (65), Betsche (75), Sarne (95); **Schlesien:** Sprottau (85), Habelschwerdt (50), Münsterberg (75); **Sachsen:** Wanzleben (90), Kemberg (75), Gebesee (70), Schildau (90), Thamsbrück (75); **Westfalen:** Winterberg (50); **Hessen-Nassau:** Königstein a. Taunus (95), Wolfhagen (60), Steinau a. Kinzig (80), Gudensberg (60), Nastätten (95), Neukirchen, Kr. Ziegenhain (90), Salmünster (38), Zierenberg (80), Felsberg (75), Schwarzenborn (75); **Rheinprovinz:** Linnich (95) und Godesberg (90 Proz.). **Bei den posenschen Gemeinden ist wiederum zu beachten, daß neben der kommunalen Einkommensteuer auch noch von den Schulsozietäten Zuschläge zur Staatseinkommensteuer erhoben wurden.**

In 51 Städten und 7 größeren Landgemeinden betrugen die Gemeindezuschläge zur Staatseinkommensteuer 100 Proz. Zu dieser Gruppe gehörten die **Reichshauptstadt** mit ihren Nachbarorten Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Steglitz, Friedenau, Treptow, Tempelhof, Zehlendorf und Marienfelde, ferner die **brandenburgischen** Städte Templin, Woldenberg, Müncheberg sowie Wiesenthal. Die Provinz **Pommern** war durch die Städte Pollnow, Ratzebuhr, Neuwarp, desgleichen **Posen** durch Görchen und Ostrowo vertreten. Weiter gehörten zu der Gruppe die **schlesischen** Städte Bunzlau, Patschkau, Reinerz, Pitschen, Liebenthal, desgleichen aus der Provinz **Sachsen** Egeln, Gräfenhainichen, Schmiedeberg, Schweinitz, Hadmersleben, aus **Westfalen** Brilon, Schmallenberg, Nieheim, Hallenberg und Obermarsberg. Nächst Brandenburg lieferte die Provinz **Hessen-Nassau** die größte Anzahl von Gemeinden zu dieser Gruppe, nämlich Wiesbaden, Eltville, Hofheim, Hochheim, Treysa, Fritzlar, Kronberg, Hünfeld, Hessisch-Lichtenau, Westerburg, Wetter, Soden, Borken, Frankenau, Rosenthal und Liebenau a. Diemel. Schließlich war auch die **Rheinprovinz** vertreten und zwar durch die Städte Uerdingen, Brühl, Jülich, Münstereifel, Sankt Goar sowie durch die Landgemeinde Vilich.

89 Gemeinden hatten mithin Zuschläge von **nicht mehr als** 100 Prozent. Bei 269 Gemeinden schwankten die Zuschläge zwischen 100 und 150 Proz. Ueber 150 bis einschließlich 200 Proz. der Staatseinkommensteuer erhoben nicht weniger als 545 Städte und 30 größere Landgemeinden. Ueber den Prozentsatz von 200 Proz. gingen noch 402 Städte und 46 Landgemeinden hinaus. **Bei 104 Städten und 5 größeren Landgemeinden gingen die Zuschläge über 250 Proz. hinaus.** Heilsberg, Angerburg, Preußisch-Holland, Nikolaiken, Liebstadt, Marienburg i. Westpr., Preußisch-Stargard, Neuenburg i. Westpr., Neuteich und Rehden **erhoben** 300, Bischofsburg und Schwetz 305, Rössel, Briesen, Zempelburg, Gra 310 Proz. In Dierschau und Schönebeck betrugen die Zuschläge 320, in Pillkallen, Strasburg i. Westpr. und Lautenburg 325 Proz. Die höchsten Zuschläge zeigten mit 330, 336, 340, 355, 365, 370, 390, **450 Proz.** die Städte Märkisch-Friedland und Mewe (330), Berent, Christburg, Tolkemit, Pillau, Stuhm und Gorzno. **Das westpreußische Städtchen Gorzno hat den zweifelhaften Ruhm, die höchsten Einkommensteuerzuschläge in Preußen zu erheben.**

Ueber 250 Proz. erhoben in der Provinz **Brandenburg zwei** Städte: Rathenow (272) und Strasburg i. Uckerm. (300).

Arbeiterinnenausbeutung.

Nette Praktiken in der Art der Ausbeutung von weiblichen Arbeiterinnen kamen in einer Schöffengerichtssitzung in Stolp i. P. zum Vorschein. Der Inhaber des Konfektionsgeschäfts Eisenstädt u. Co. hatte sich wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß Eisenstädt in der Zeit vom Mai bis September seine Putzmacherinnen über die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit beschäftigt hat, und zwar **bis 11 Uhr nachts.** Er hatte einen fensterlosen Raum zur Arbeitsstube eingerichtet, die elektrische Beleuchtung erhielt. Damit kein Unberufener hinzukam, schloß er selbst die Arbeiterinnen in diesen Raum ein. Als die Direktrice ihn auf das Ungesetzliche aufmerksam machte, erklärte er, für alles aufzukommen. Die Ueberstunden bezahlte er nicht. Und das Urteil für die „gewinnbringende" Ausbeutungsweise? Rund **30 M. Geldstrafe!** Das Geschäft bringt doch **was** ein!

Gerichts-Zeitung.

Kann ein Streikposten durch schnelles Laufen groben Unfug begehen?

Eine sonderbare Frage, deren Verneinung sich eigentlich von selbst versteht. Und doch bedurfte es der Verhandlung durch drei Instanzen, um die Freisprechung des Delinquenten zu erzielen. **In der Fabrik von Schwerdtfeger in Berlin** wurde im vergangenen Jahre gestreikt. Da sich öfter kleine Gruppen vor der Fabrik bildeten, die nach Annahme der Behörde auf Zusammenstöße Streikender mit Arbeitswilligen warteten, so hatten die Beamten der Polizei Auftrag, dies zu verhindern. Eines Tages hatten sich zur Zeit des Fabrikschlusses wieder eine Anzahl Leute dort eingefunden. Als die ersten Arbeitswilligen die Fabrik verließen, **rannte Koppermann,** der ebenfalls vor dem einen Ausgange stand, schnell nach dem anderen Ausgange. Ein Polizeibeamter und viele Leute folgten ihm schnell. Es sammelten sich etwa 300 Personen an, die die Polizei dann zerstreute. Koppermann erhielt eine **Anklage** und wurde in zweiter Instanz wegen groben **Unfugs verurteilt.** Begründend führte das Gericht aus:

Dem Angeklagten sei es nicht entgangen gewesen, daß sich Gruppen ansammelten, um auf Zusammenstöße zu warten. Er habe sich sagen müssen, daß eine auffällige Handlung seinerseits, die zu dem Schluß führen könnte, er werde andere belästigen, zu einem Zusammenlauf führen könnte und geeignet wäre, den äußern Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden. Trotzdem habe er die nötige Vorsicht außer acht gelassen und sei sehr schnell nach dem hinteren Ausgange gelaufen, **als die ersten Arbeiter aus der Fabrik gekommen** seien. Der Erfolg sei gewesen, daß eine große Menschenmenge sich in Trab setzte und hinterher lief. Zugegeben werden möge, daß ein Polizeibeamter durch sein Nachlaufen den Auflauf noch vergrößerte.

Das Kammergericht hob dies absonderliche Urteil am Freitag auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung **frei:** Das Landgericht stelle in der Sache nur fest, daß Angeklagter von einem Ausgange der Fabrik nach dem anderen Ausgange hingeeilt sei und daß dem Voraneilenden außer dem Polizeibeamten andere Leute sich angeschlossen hätten. Das Landgericht nehme nun groben Unfug an, weil Angeklagter einen derartigen Auflauf hätte voraussehen müssen. Das Landgericht habe aber übersehen, daß zur Annahme des groben Unfugs vor allen Dingen gehöre, daß objektiv eine Handlung begangen werde, die sich als Ungebührlichkeit darstelle. Eine derartige Handlung sei aber nicht festgestellt. Das Laufen, das den Auflauf herbeigeführt habe, könne als ungebührliche Handlung an sich, die gegen den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung gerichtet sei, nicht angesehen werden. Somit sei auf Freisprechung zu erkennen.

Ein Adoptionsbureau.

In die **Geschäftspraktiken der sogenannten „Adoptionsbureaus"** gestattete eine Verhandlung sehr interessante und lehrreiche Einblicke, welche gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I begann. Angeklagt wegen Betruges in zahlreichen Fällen sind: der Kaufmann Joseph **Zwiener,** der 24jährige Zeitungsverleger Rudolf **Radeck** und der Kaufmann Alois **Zwiener.** Mitangeklagt wegen Beihilfe sind ferner der Kaufmann Emil **Hermenau** und der Kaufmann Werner **Rüterbusch.** Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichtsdirektor **Splettstößer.** Der Angeklagte Radeck, der als spiritus rector des ganzen Unternehmens angesehen wird, betrieb als 20jähriger junger Mensch in Breslau ein kleines Zigarrengeschäft, welches ihm von seiner Mutter eingerichtet worden war. Wie R. behauptet, habe er von einer Hebamme erfahren, daß sich durch die Vermittelung von Pflegestellen für Kinder „diskreter" Geburt sehr viel Geld verdienen lasse. „Ein Arzt" in Stallupönen habe sich auf diese Weise ein Vermögen verdient. — Radeck gründete im Jahre 1908 in Breslau einen „Adoptions- und Pflegestellennachweis", den er dann schon nach kurzer Zeit nach Berlin verlegte und hier ein „Adoptions- und Pflegestellennachweisbureau Berlin-Breslau" in der Potsdamer Straße 44 eröffnete. In dieses trat noch später der Angeklagte Joseph Zwiener als Angestellter ein. Letzterer machte sich Ende 1910 selbständig und eröffnete Prenzlauer Allee 2 ein Adoptionsbureau, in welches sein Bruder Alois Z. dann als helfende Kraft eintrat. Mitte des Jahres 1911 gründete Radeck, der sich deshalb Zeitungsverleger nennt, in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Alois Zwiener eine für Zimmervermieterinnen bestimmte Zeitschrift mit dem Titel: „Der Zimmervermieter". Dieses Unternehmen reüssierte jedoch nicht, so daß beide Geld zusetzen mußten. Wie die Anklage behauptet, sollen die Angeklagten Zwiener und Radeck, um ihre Verluste wieder aufzubringen, in ihrem Adoptionsbureau folgende betrügerische Methode angewandt haben, um in den Besitz von Geld zu kommen: Sie erließen Inserate, in denen sie ein Kind **„vornehmer, diskreter Geburt" gegen eine einmalige Abfindung** von 4000 M. anboten. Auf dieses Inserat hin meldeten sich zahlreiche Personen, wie Radeck angibt, über 600. Den Personen, die sich gemeldet hatten, wurde dann von den Angeklagten ein Zirkular zugesandt, in welchem mitgeteilt wurde, daß die Zueignung des fraglichen Kindes von dem Ausfall der einzuziehenden Auskunft abhängig gemacht werden müsse. Die Auskunftsgebühren, die im voraus einzusenden seien, betrügen 6 M. Wie später festgestellt wurde, gingen mitunter an einem Tage bei den Angeklagten 50 **Postanweisungen** und mehr ein, so daß diese damit ein ganz gutes Geschäft machten. Die Anklage behauptet nun, daß es den Angeklagten lediglich auf die Erlangung dieser Auskunftsgebühren angekommen sei. Vielfach sollen die ausgebotenen Kinder auch überhaupt nicht existiert haben.

Dieses Geschäftsgebaren der Angeklagten wurde endlich im September v. J., nachdem der „Vorwärts" auf dasselbe häufig hingewiesen hatte, infolge der **Veröffentlichungen der früheren Stuttgarter Polizeiassistentin Henriette Arndt strafrechtlich geprüft.**

Vor Gericht hielt der **Angeklagte Radeck** einen Vortrag über die Ziele, die er sich bei Gründung des Adoptionsbureaus gesteckt habe. Er betonte, daß er von hohen sittlichen Motiven geleitet worden sei, um dem eigentlichen Kinderschacher ein Ende zu bereiten. Er habe die Kinder, die zum Teil von Dienstmädchen, Kammerzofen und vielfach auch von sehr hohen Persönlichkeiten stammten, vor dem Schicksal bewahren wollen, in die Hände von gewissenlosen Ziehmüttern zu fallen, denen es nur auf die Abfindung ankomme, während die Kinder selbst dann langsam verkommen. — **Vom Landgerichtsdirektor Splettstößer** wurde darauf hingewiesen, daß dieses Ziel ja sehr schöner und idealer Natur sei, wenn es in reeller Weise verfolgt werde. Die Anklage behaupte doch aber nun, daß dies gerade nicht der Fall gewesen sei. — Bei der Vernehmung der Angeklagten kam u. a. zur Sprache, daß Radeck und Zwiener längere Zeit mit einem einzigen Kinde operiert haben sollen. Dieses Kind, welches einem Fräulein R. gehörte, ist insofern zu einem **„Kind der Firma"** Zwiener u. Radeck gemacht worden, daß die Angeklagten sich durch die hierbei erlassenen Inserate eine glänzende Einnahmequelle verschafften. — Aus welchen Motiven heraus mitunter Leute ein Kind „mit Abfindung" annehmen wollen, bewies ein an die Angeklagten gerichteter Mahnbrief, in welchem ein Ehepaar in einer Provinzstadt um „Uebersendung" des Kindes und des Geldes baten, **„damit sie endlich bauen könnten".** — Da die Angeklagten jede betrügerische Handlung bestreiten, ist von der Verteidigung auf das Zeugnis zahlreicher Zeugen zum Beweise dafür Bezug genommen, daß die beiden Zwiener und Radeck zahlreiche Kinder bei anständigen und ehrenwerten Leuten untergebracht haben.

Das **Urteil** lautete gegen **Joseph Zwiener** auf **5 Monate Gefängnis,** gegen Rudolf **Radeck** auf **sechs Monate Gefängnis,** gegen **Alois Zwiener** auf **drei Monate Gefängnis.** Diesen drei Angeklagten wurde die ganze Strafe auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten **Hermenau** und Werner **Rüterbusch** wurden **freigesprochen.**

Zum Entmündigungsprozeß Ehrenfried.

Der Entmündigungsbeschluß gegen Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried ist durch Urteil aufgehoben. Die 22. Zivilkammer des Landgerichts I hatte bekanntlich den gegen Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried vom Amtsgericht Berlin-Mitte erlassenen Entmündigungsbeschluß bereits drei Tage nach dessen Zustellung Ende Februar d. J. durch einstweilige Verfügung zur Abwendung wesentlicher Nachteile außer Kraft gesetzt, nachdem Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried auch glaubhaft gemacht hatte, daß die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen einer Entmündigung fehlen. Auf die von Dr. Ehrenfried erhobene Anfechtungsklage hat die 22. Zivilkammer des Landgerichts I am gestrigen Tage den Entmündigungsbeschluß auch durch Endurteil aufgehoben. Das Gericht ordnete gleichzeitig an, daß die einstweilige Verfügung des Prozeßgerichts bis zur Rechtskraft des Urteils in Kraft bleibt.

Abgelehnter Anspruch auf Nachzahlung einer Lehrergehaltszulage.

Durch das Preußische Gesetz vom 26. Mai 1909 ist eine Neuregelung der Gehälter der Lehrer an den höheren staatlichen Schulen angeordnet, und zwar legt der § 56 des Gesetzes den Gehaltserhöhungen **rückwirkende Kraft** ab 1. April 1908 bei. Im Anschluß an dieses Gesetz haben die meisten Städte eine Erhöhung der Gehälter ihrer Lehrer an den **städtischen höheren Schulen** beschlossen, indessen **ohne rückwirkende Kraft,** so daß die Gehaltserhöhung erst ab 1. April 1909 gezahlt wird. Die Lehrer glauben nun einen **Rechtsanspruch** darauf zu haben, mit den staatlichen Lehrern **gleichgestellt** zu werden. Es sind, wie bekannt, aus diesem Anlaß schon verschiedene Prozesse angestrengt worden; zwei derartige Rechtsstreitigkeiten haben vor einiger Zeit auch das **Reichsgericht** beschäftigt und sind von diesem **zugunsten der Lehrer entschieden** worden. Das Reichsgericht hat ausgesprochen, daß **aus den Umständen des Falles** eine **stillschweigende Verpflichtung der Stadtgemeinden** zur Gleichstellung ihrer Lehrer mit den staatlichen Lehrern auch dann gefolgert werden kann, wenn die Anstellungsurkunden darüber nichts ergeben. Eine solche stillschweigende Verpflichtung ist in dem Falle der **Stettiner Gymnasiallehrer** und in dem Falle der **Erfurter Mittelschullehrer** aus den Willenserklärungen der städtischen Behörden festgestellt worden. Kürzlich lag dem Reichsgericht wiederum ein ähnlicher Rechtsstreit zur Entscheidung vor, der jedoch zuungunsten der beteiligten Lehrer endete.

Der an einer städtischen höheren Schule angestellte Oberlehrer G. klagt für sich und aus abgetretenen Rechten von vier Kollegen gegen die **Stadtgemeinde Hannover** auf Nachzahlung der Gehaltserhöhung für das Jahr vom 1. April 1908 bis 1. April 1909. Das **Landgericht Hannover** und **Oberlandesgericht Celle** haben die Klage **abgewiesen.** Das Oberlandesgericht führt aus, daß sich aus den Anstellungsbedingungen der beteiligten fünf Oberlehrer nichts für den Klageanspruch ergebe. Aber auch aus den sonstigen Umständen des Falles folgt nicht, daß den Lehrern ein Rechtsanspruch auf die Gehaltsnachzahlung zusteht. Die erfolgte Ausschreibung der Stellen, allgemeine Erwägungen kommunaltechnischer Natur und die historische Entwickelung der fraglichen Verhältnisse in Hannover lassen keine Schlüsse zugunsten des Klägers zu. Die gelegentlichen Aeußerungen des Stadtdirektors und des Stadtsyndikus hält das Oberlandesgericht für unverbindliche Bemerkungen, die einen Rechtsanspruch nicht begründen können.

Das vom Kläger angerufene **Reichsgericht hat die Revision am Freitag zurückgewiesen.**

Aus aller Welt.

Zum Fernflug Berlin–Wien

fand am Sonntag früh in Johannisthal der Start statt. Wiederum hatten sich Hunderttausende eingefunden, trotzdem der Start zu Fernflügen viel uninteressanter ist als ein Durchschnittstag einer Flugwoche. Obendrein verschuldete schon der dichte Nebel, der in den ersten Tagesstunden die Erdoberfläche verhüllte, einen sich träge über mehrere Stunden hinschleppenden Start der **wenigen Flieger, die wirklich ernstlich in den Wettbewerb eintraten.**

Die 19 Teilnehmer waren bis zum Starttag bereits auf 11 herabgesunken. Davon starteten aber im Laufe des Sonntags wiederum nur 8, 4 Oesterreicher und 4 Reichsdeutsche. Von den vier deutschen Fliegern kam nur einer, der Favorit Hirth, nach Breslau, von wo er am Montagmorgen als einziger nach Wien weiterflog, wo er glatt landete und damit den Sieg davontrug. Ein zweiter deutscher Flieger, Leutnant Thüna, beschädigte bereits beim Start seinen Apparat schwer; ein dritter, Thelen, kam nur bis Grünau, von wo er zurückkehrte, um eventuell später erneut zu starten; und der vierte, Krieger, mußte nach etwa 150 Kilometer niedergehen, um gleichfalls später einen erneuten Startversuch zu machen.

Die vier Oesterreicher schnitten besser ab, denn ihrer zwei, Oberleutnant Blaschke und Oberleutnant Miller, gelangten glatt nach Breslau (309 Kilometer); ein dritter, Stanger, vom Gewittersturm verschlagen, erlitt nach Zurücklegung von immerhin 300 Kilometern bei Hirschberg Havarie; und nur der vierte, der eigentliche österreichische Favorit, Bier, versagte offenbar, weil er einen ihm noch nicht vertrauten Apparat neuen Systems flog.

Die Situation ist danach die: die Oesterreicher Blaschke und Miller wollen noch von Breslau aus und die Deutschen Krieger und Thelen von Guben resp. Berlin aus die Fahrt vollführen. Die Chancen der Oesterreicher sind dabei die weitaus günstigeren.

Der unbefriedigende Ausgang des Wettbewerbes lehrt zweierlei: erstens, daß die deutschen Flieger hinter denen des Auslandes tatsächlich zurückstehen. Nur der sieggewohnte Hirth läßt sich mit den „Kanonen" des Auslandes vergleichen — die ihm ebenbürtigen Schendel, Pietschker und Witte sind leider ein Opfer ihres Wagemutes geworden. Und von den anderen immerhin guten deutschen Fliegern war eine Anzahl — z. B. Lindpaintner, Büchner und König — zu dieser Hauptprobe aviatischen Könnens überhaupt nicht gemeldet, oder aber sie mußten wie Vollmöller, Suvelak und Hoffmann, auf den Start verzichten, weil ihre Apparate noch nicht eingeflogen waren. Dann war es aber zum mindesten ein grober Unfug, unerprobte Systeme und Apparate reklamesüchtig zu solchen Flügen überhaupt anzumelden resp. zuzulassen!

Charakteristisch ist dafür, daß die gemeldeten drei Eindecker der L. V. G. aus dem Gefecht ausscheiden mußten, weil sie noch nicht genügend ausgeprobt waren. Dabei waren sie von dem ehemaligen Chefkonstrukteur der Nieuport-Werke dem Nieuport-Typ nachgebildet, dem erfolgreichsten System also, daß Frankreich zurzeit besitzt. Wenn jetzt die französischen Luftchauvinisten triumphieren: „Ihr Deutschen könnt uns zwar unsere Modelle stehlen, aber nicht unsere Flieger nachmachen," so haben sie dafür immerhin einen Vorwand.

In Wahrheit liegt Deutschlands Rückständigkeit lediglich auf dem Gebiete einer allzu fieberhaften kapitalistischen Rivalitätssucht, die sich keine Zeit zum ruhigen Ausproben ihrer Produkte gönnt und die Flieger zu den frivolsten Experimenten anspornt, die dann schließlich doch fehlschlagen.

Darum weniger blinde kapitalistische Raffgier, weniger Luftchauvinismus und mehr solide technische Entwickelung! Und vor allem auch kritischere Auslese bei künftigen Flugveranstaltungen!

Ein braver Arbeiter.

Der „Wiener Reichspost", die sich in der Beschimpfung des auf einer Skitour verunglückten Genossen Silberer ganz besonders hervorgetan hat, ist von einem Arbeiter eine eindringliche Lehre gegeben worden. Das leichenschänderische Blatt hatte neben anderen die Behauptung ausgesprengt, Silberer sei entflohen. In höhnischer Weise hatte das edle Organ einen Preis von 300 Kronen für den Auffinder der Leiche des Toten ausgesetzt. Jetzt nach der Bergung des Abgestürzten empfand das schmutzige Verleumderblatt so etwas wie Scham und sandte die 300 Kronen an den Genossen Tischler Bernhardt, der die Leiche Silberers fand. Dieser hingegen hat das Judasgeld der „Reichspost" mit folgendem Begleitschreiben zurückgesandt:

„An die Redaktion der „Reichspost".

Ich habe gestern um 8 Uhr abends das Geld, welches Sie für die Auffindung des Reichstagabgeordneten Silberer ausgesetzt hatten, vom Gemeindeamt Alm erhalten, und zwar 300 Kronen. Seitdem ich jedoch im Besitz dieses Geldes bin, an das sich alle die monatelangen Beschimpfungen des toten Freundes, welcher der Arbeiterschaft teuer war, knüpfen, habe ich keine Ruhe mehr. Es brennt mich, und mein Herz verbietet mir, von solchem Gelde auch nur einen Kreuzer zu verwenden, trotzdem ich nur ein armer Arbeiter bin. Deshalb schicke ich Ihnen die dreihundert Kronen wieder zurück und danke Gott, daß es wieder aus meinen Händen gekommen ist. Machen Sie damit, was Sie wollen. Ich will mit solchem Gelde nichts zu tun haben, nachdem mir mein ruhiges Gewissen lieber ist.

Johann Bernhardt,
Tischlergehilfe in Saalfelden."

Der Brief Bernhardts spricht für sich. Für uns bleibt nichts weiter, als auszurufen: Hut ab, vor diesem braven Menschen!

Die Wiener Explosionskatastrophe.

In der „Wiener Arbeiterzeitung" hat Genosse Max Winter eingehende Untersuchungen über die gräßliche Explosionskatastrophe des militärischen Pulvermagazins bei Wiener-Neustadt veröffentlicht, die 14 Menschenleben sofort vernichtete und viele andere schwer gefährdet hat. Es ist danach sicher, daß die mit dem Abholen von Pulver beauftragten Arbeiter und die dabei beschäftigten Soldaten das Pulvermagazin statt nur mit den bereitstehenden Gummischuhen mit den genagelten schweren Straßenschuhen betraten, wodurch natürlich mit größter Leichtigkeit kleine lokale Pulverstaubzündungen erfolgen können. Aber die Hauptschuld an dem Unglück trägt die Sorglosigkeit, mit der man das dem Pulvertransport dienende Benzinautomobil in die Einfahrt des Magazins dirigierte, wo jede fehlerhafte Zündung oder Entflammung die furchtbarsten Folgen haben mußte und in der Tat ja auch gehabt hat . . . Beim Militär heißt's eben blind gehorchen. Und wie ein entsetzlicher Hohn übermenschlicher Gewalt ist es, daß man von dem die Verladung leitenden Militärbeamten nichts mehr — als die Kragenaufschläge mit den Rangabzeichen gefunden hat.

* * *

Sonnabendnacht ist auf dem Artilleriezeugdepot in Wöllersdorf abermals eine Pulverexplosion entstanden. Es explodierten tausend Kilogramm aus unbekannter Ursache. Verletzt wurde niemand.

Zu dem Untergang des Unterseebootes „Vendemiaire"

wird noch gemeldet: Die Rettungsarbeiten sind nunmehr aufgegeben worden, da ihre Zwecklosigkeit sich klar ergeben hat. Admiral Marolles beorderte sämtliche Schaluppen und Taucher nach dem Hafen zurück. Das Panzerschiff „St. Louis" wurde sofort nach seiner Rückkehr in den Hafen von Cherbourg von Tauchern über etwaige Schäden im Rumpfe abgesucht. Man entdeckte jedoch keinerlei Beschädigungen. Ein Offizier erklärte, man habe das Boot nicht bemerkt, als man plötzlich von den Wachposten die Meldung bekam, daß ein Unterseeboot in der Kurslinie liege. Es wurde sofort der Befehl gegeben, nach rechts abzubiegen, doch war es bereits zu spät.

Die Boje ist schuld.

Rom, 8. Juni. (Eig. Ber.) Am 12. August vor. Js. lief bei hellem lichten Tage und ruhigem Meer der ganz neue Panzerkreuzer „San Giorgio" im Golf von Pozzuoli auf eine Klippe und sank in wenigen Minuten unter. In der Folge kamen der Kommandant Albenga und der erste Offizier Bordigioni auf die Anklagebank. Am 8. d. Mts. sind nun beide von dem Kriegsgericht in Neapel freigesprochen worden. Der Freispruch wird damit begründet, daß an dem betreffenden Tage die Boje, die die Tiefe anzeigen soll, um 300 Meter nordostwärts verschoben war. Trotzdem ging aus dem Prozeß hervor, daß die Offiziere den Eindruck hatten, sich zu nahe am Lande zu befinden, und daß sie sich dennoch auf die Boje verließen und nicht daran dachten, den genauen Kurs des Schiffes nach festen Punkten der Küste aufzunehmen. Sogar die offizielle „Tribuna" ist von diesem Urteil wenig erbaut. „Wir sind sicher froh darüber", schreibt das Blatt Giolittis, „daß das Urteil einen Offizier, über dessen Charakter und Fähigkeiten seine Vorgesetzten und Kameraden so günstig ausgesagt haben, von jedem Verdacht befreit, aber gleichzeitig müssen wir doch erklären, daß wir mit dieser Lösung einer peinlichen Angelegenheit nicht zufrieden sein können. Und wir können das nicht, weil das Freude darüber bedeuten würde, daß eines unserer Schiffe im Golf von Neapel auflaufen kann, mit der Gefahr, ganz verloren zu gehen, ohne daß eine lange Enquete und ein nachfolgender Prozeß irgend eine Verantwortlichkeit festzustellen vermöchte." Jedenfalls bringt uns das Urteil zum Bewußtsein, daß die großen Panzerkreuzer, die dazu da sind, Tod und Verderben zu speien, im Grunde recht gebrechlich sind und sich schon in heimischen Wässern bei hellem Tage nur mit Lebensgefahr bewegen können.

Kleine Notizen.

Fünf Arbeiter schwer verletzt. Auf dem Werke Keusch a bei Spremberg wurden gestern fünf Arbeiter, die mit Gerüstarbeiten beschäftigt waren, durch herabfallende glühende Aschenmengen schwer verbrannt, drei von ihnen lebensgefährlich. Alle fünf wurden in das Spremberger Krankenhaus gebracht.

Familientragödien. Der 38jährige Arbeiter Kast in Lauffen am Neckar geriet vorgestern mit seiner Tochter in Streit. Das Mädchen flüchtete zu ihrem Onkel, dem Wirt Kast. Als dieser zwischen Vater und Tochter vermitteln wollte, tötete der erstere den Bruder durch einen Schuß. Nach der Tat schlug der Mörder in seiner Wohnung alles kurz und klein und erschoß sich dann selbst. — Der Goldarbeiter Prinnel aus Ibar bei Pforzheim, Vater von vier Kindern, hat Sonntag nachmittag seine 39jährige Ehefrau erschossen. Das Ehepaar war in Streit geraten, wobei die angetrunkene Frau nach ihrem Manne stach. Dieser griff zum Revolver, erschoß sie und stellte sich dann selbst der Polizei.

Fliegerabstürze. Der Flieger Dubreuil stürzte am Sonnabend mit einem Passagier namens Visseur auf dem Flugplatz von Bethöntz bei Reims aus einer Höhe von etwa 60 Meter zur Erde nieder. Das Flugzeug zerschellte am Boden. Visseur ist tot. Dubreuil schwer verletzt. — Der Flieger Kimmerling, der auf einem Eindecker mit einem Passagier am Sonntag in Mourmelon-le-Grand einen Flug ausführte, stürzte hundert Meter Höhe ab. Beide Personen wurden getötet.

Vulkanausbruch. Der Dampfer „Dora" kam am Sonntag in Seward (Alaska) ganz mit Asche bedeckt an. Die Besatzung und die Passagiere haben den Ausbruch des Vulkans Katmai auf den Aleutischen Inseln beobachtet; sie glauben, daß mehrere Fischerdörfer in der Meerenge von Schelikow zerstört worden sind. Nach der furchtbaren Expedition fielen beständig Felsstücke und Asche auf das Land und verdunkelte die Sonne. Obwohl der Dampfer 70 Meilen von dem Orte der Eruption entfernt war, herrschte um 2 Uhr nachmittags vollständige Finsternis; ein Aschenregen ging nieder und die Asche bedeckte in dichten Mengen das Deck des Schiffes. Die Passagiere sind infolge der erstickenden Atmosphäre erkrankt.

Bei Darmkatarrh, Magenverstimmung **Santa Lucia** Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00

Nachahmungen bitte zurückzuweisen.

Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessen-Geschäften.

Um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, trinken die Völker des Südens Wasser nicht ohne Zusatz von Wein. Daß das Volksbewußtsein richtig ist, haben unsere Gelehrten durch Versuche bestätigt. Durch Vermischen gleicher Teile gewöhnlichen Trinkwassers mit Wein wurde die Zahl der Infektionskeime zu ¾ vernichtet, nach kurzer Zeit sogar vollständig, so daß nach dem Bericht des Dr. Mfg. Wasser durch Weinzusatz absolut keimfrei wurde.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bez. 185 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser

Franz Binkowski

Wrangelstr. 64, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstagnachmittag 5 Uhr von der Halle des Michaelis-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
217/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Franz Binkowski

am 6. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes, Mariendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Unser Mitglied, die Arbeiterin

Selma Roß

schied am 7. Juni freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
119/3 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Joseph Woelke

Pallisadenstr. 28, im Alter von 52 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Korbmacher

August Rolle

Gleimstr. 37, im Alter von 38 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Niederschönhausen aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht
84/20 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein letzter Sohn, der Mechaniker

Fritz Schroeder

gestorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße aus statt.

Die trauernde Mutter
Hedwig Schroeder und Töchter,
Uferstr. 14. 20496

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Wilh. Schreckhas

am 8. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Segens-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
129/9 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Filiale Berlin II.

Am 7. d. M. verstarb unser Mitglied, Frau

Elisabeth Strangmann

im Alter von 39 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstagnachmittag 3½ Uhr, von der Halle des Gethsemane-Friedhofes in Nordend aus statt.
257/14 **Die Ortsverwaltung**

Nachruf.

In weiter Ferne, zu Duisburg am Rhein, wurde am Sonnabend unser inniggeliebter, herzensguter Vater, Schwieger- und Großvater, der Arbeitersekretär (ehem. Buchdrucker)

Robert Kunkel

im schönsten Mannesalter (58 Jahre) zur ewigen Ruhe bestattet.

Viel zu früh wurde uns dieser tiefe Schmerz bereitet, und blieb dadurch auch der sehnlichste Wunsch unseres unvergeßlichen Vaters, mit seinen gesunden Weltanschauungen noch als Urgroßvater evtl. das goldene Morgenrot der erhofften besseren Zukunft schauen zu können, unerfüllt. Der Dahingeschiedene wollte viel länger noch ein Sohn des Volkes bleiben. Leider war es uns nicht vergönnt, ihn auf seinem letzten Wege zu begleiten, und so geloben wir an dieser Stelle, daß wir sein Andenken ewig in Ehren halten werden und unsere Liebe zu ihm nimmer aufhören wird.

„Schlaf nun selig und süß,
Schau im Traum 's Paradies!"

Robert und **Otto Kunkel**
und Familien.
Nieder-Schönhausen-Berlin.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Böttchers

Wilhelm Reinhardt

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Chef und den Kollegen der Firma E. Dietert und dem Zentralverband der Böttcher und dem Wahlverein des 4. Reichstagswahlkreises, den Sängern und dem Redner unseren herzlichen Dank.

Johanna Reinhardt
20135 **nebst Kindern.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Bruders und Schwagers

Franz Alwin

sagen wir allen Bekannten sowie dem Buchdruckerverband und den Kollegen und dem Gesangverein „Solidarität" unseren herzlichsten Dank. 60A

Johann Lapawczyk
und Frau geb. **Alwin.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 20M

Witwe **Auguste Nieswandt** und Sohn.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 Pf.): **Salomon-Apotheke,** Charlottenstraße 54. — **Greif-Apotheke,** Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: **Rosen-Apotheke, Würzburg.**

Erben gesucht!

In einer Nachlaßangelegenheit sind die Brüder Fritz und Robert Schmidt (Kinder der Portier-Drechsler-Schmidtschen Eheleute) aus Berlin mit einem Legat bedacht worden. Da ihre Adresse nicht angegeben ist, wollen sich die Betreffenden bei dem Unterzeichneten melden.

Funke, Rechtsanwalt,
Berlin-Pankow, Berliner Str. 13.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummiwaren etc. **Berlin N., Lothringer Str. 60.** Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Haut- u. Harn-
leiden, **Ehrlich-Hata,** Quecksilberschäd. **Spezialärztliche Leitung.** Blutuntersuch., **Fäden** im Harn, etc. **Honorar mäß., Teilzahlung gestattet.**
Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.) **Friedrichstr. 81,** geg. Panopt. Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2

Elegante **Herren-Moden** fertig u. nach Maß von 1 Mark wöchentliche Teilzahlung. **S. Bolluch** Frankfurter Allee 75 Eingang Tilsiter Straße. Kein Waren-Kreditbasar. Kein Waren-Kreditbasar.

Steppdecken Sonderofferte!
Nur diesen Monat!!

Purpur	doppelseitig	2.35,	3,35
Cretonne-Steppdecken		2.85,	3,85
Trikot	doppelseitig	4.35,	5,00
Similiseide	bord., oliv.	3.65,	6,00
Normal-Schlafdecken		1.10 2.50	3.50
Kamelhaardecken		10,–	24,00

Emil Lefèvre
Berlin S. **Oranienstr. 158.**
Spezial-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Kios Cigaretten — Kleine Kios — Kurprinz 3 Pfg. Fürsten 4 „ Welt-Macht 5 „ Auto-Klub 6 „ Aëro-Klub 10 „ — Kleine Berliner Stück 2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden gebeten, am morgigen Zahlabend ihre Partei- und Gewerkschaftsbücher mitzubringen.
Der Vorstand.

Kaulsdorf. Mittwoch, den 12. Juni, abends 8½ Uhr pünktlich, bei Bobey, am Bahnhof: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Bezirksleitung.

Biesdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins Bezirk Biesdorf zur Nachricht, daß unser Zahlabend von jetzt ab mit dem Groß-Berliner auf einen Tag fällt. Der nächste Zahlabend findet am Mittwoch, den 12. Juni, bei Friedrich Haack, Marzahner Str. 31/32, abends 8½ Uhr statt. Die Bezirksleitung.

Nonnendamm. Mittwoch, den 12. Juni cr., abends 8½ Uhr, im Lokal von Müller, Siemensstr. 28, große öffentliche Volksversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht.

Mahlsdorf (Ostbahn). Der nächste Zahlabend findet am Mittwoch, den 12. Juni, im Lokale des Herrn Anders, Bahnhofstraße, statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Juniflor.

Kastanien und Flieder sind verblüht, doch für den verschwundenen Flor bietet sich zehnfacher Ersatz, denn im jungen Sommer treten zahllose neue Blumenscharen in die Breschen, und rasch steigt die Vegetation auf den Höhepunkt, den sie um die Zeit der längsten Tage bei uns zu erreichen pflegt. Der Flor der Bäume zwar ist vorüber, mit der Ausnahme der Robinien, die wir Akazien nennen, mit ihrem ruppig borkigen Stamm und den stacheligen Zweigen, die aber ein zart gefiedertes Laub und hübsche Sträuche aus weißen Schmetterlingsblüten verschönen. In den Sträuchern ist noch viel Blumenleben, voran bei den Schneebällen, vor allem aber bei den Rosen. Unter den Büschen brechen die breiten Farbenflecke der Schwertlilienbeete durch, und ihre blauen, gelben und bunten Fackeln zieren „ohne Unterschied des Standes" den Park wie die Laubenkolonien mit gleicher Liebe. Die Zahl der blühenden Kräuter in Wald und Feld aber ist Legion geworden.

Es lohnt sich, dem neuen Botanischen Garten in Dahlem, der Sonntags, Dienstags, Mittwochs und Freitags von 2 bis 7 Uhr nachmittags dem freien Eintritt geöffnet ist, einen Besuch abzustatten, um den heimischen Flor mit fremdem zu vergleichen. Gleich beim Eingang leuchtet aus Zierbeeten flammend roter Mohn, der sogar die benachbarten Schwertlilien durch seinen herausfordernd schönen Anblick unterdrückt. Mannshoher Garten-Rittersporn und Königskerzen stehen dazwischen. Links der Teich ist kaum als Wasserfläche zu erkennen, denn er ist fast ganz von üppig wuchernden Laichkräutern und auch von Seerosen-Blättern überwuchert. Und während wir die weißen großen Nixenblumen auf diesen Blättern betrachten, geben uns die Frösche, die sich hier wohlfühlen, wie die Ferkel im Schlamm, ein Freikonzert. Von der poesieumwobenen Seerose zum Schlammfrosch ist hier wie anderwärts nur ein Sprung.

Große Büsche mit blühenden Rhododendren umrahmen den Teich. Wir wenden uns weiter, durch die Nadelhölzer-Anlagen, die durch die neuen, hellen Jahressprosse wie gescheckt aussehen, zum sogenannten Alpinum, jener kunstvollen Anlage, die aus Gesteinen verschiedener Art die Gebirge der Erde in Miniaturen nachzuahmen sucht und jedem Teil die für ihn charakteristischsten Pflanzen zuweist. Hier ist in erster Linie in dem Teil, der die griechischen und sonstigen mittelländischen Gebirge und den Kaukasus enthält, ein auffälliger Flor entwickelt. Wieder erfreut uns die Riesenart eines roten Mohnes mit über faustgroßen Blumen. Ginsterbüsche, über und über mit tiefgelben Blüten besetzt, erscheinen in Dichteraugen wie „brennende Büsche". Mannshohe Kräuter und Stauden entwickeln eine Unzahl von Blüten, die teils in Dolden teils in Pyramiden weithin sichtbar sind. Und überall dazwischen auf den Berghängen bald hier bald dort Teppiche aus Alpenblumen, die jedes farbenfrohe Auge begeistern, auch wenn man den Namen nicht kennt, den Wißbegierige ja von den Etiketten ablesen können. Auch die Alpenrosen blühen hier längst, während sie sich im Hochgebirge erst den Schlaf aus den Augen reiben.

Neben dem vielen Fremden finden wir auch viele einheimische Gewächse in Blüte, deren Schönheit manchem hier noch mehr als im Freien auffallen wird, trotz der exotischen Konkurrenz. Das liegt zum Teil an dem gut gepflegten Boden und an der reichlichen Bewässerung, die dem Garten regelmäßig zu Teil wird, wenn die Schleusen des Himmels versagen. Im hinteren Teile des Gartens, gegen Westen dehnen sich grüne Flächen mit dem Flor unserer Wiesen, und überall führt uns der Weg zwischen blühenden Rosensträuchern hindurch, deren Wohlgeruch nicht bloß uns anlockt, sondern auch zahlreiche Bienen zum eifrigen Botanisieren begeistert.

Lange Tage.

Das Jahr hat seine Höhe erstiegen. Lang dehnen sich die Tage, und die Dämmerung des Abends spinnt ihre graue Fäden fast in die Morgendämmerung hinüber. Der reife Frühling will sich mählich zum Sommer wandeln. Und rinnt in den Straßen der Großstadt auch das Leben sommers und winters gleichmäßig fort, draußen vor der Peripherie des Häusermeeres zeigen sich die Unterschiede der Jahreszeiten schon deutlicher. Da bringen die langen Tage auch die lange Arbeitszeit.

Mit steigendem Frührot wird es auf den Aeckern und Feldern lebendig. Mit geschulterten Hacken und Spaten trotten diejenigen, die ein Aeckerlein besitzen, sonst aber in der Großstadt noch einem Berufe nachgehen müssen, auf „ihr Land" hinaus. Die Kartoffeln, die im letzten Winter so überaus hoch im Preise standen, wollen sorgsam gewartet sein, daß nicht eine neue Mißernte der alten folge. Und der Früharbeit folgt die Abendarbeit als Extrazugabe für einen langen, schweren Arbeitstag. Dann geht es in die sinkende Nacht hinein. Wohl sind nun die Bewegungen lässiger und matter, als am Morgen. Aber das Beispiel des einen muntert den anderen auf. Auch die Frauen helfen jetzt mit. Sie jäten das Unkraut und häufeln die Erde an. Eine stille, stumme Arbeit ist es. Nur selten fliegt ein Wort über die Aecker. Mit krummem Rücken stehen sie da und handhaben den Hackenstiel. Oder sie knien in dem hellen, noch von der Tageshitze heißen Sande und rühren emsig die harten, arbeitgewohnten Finger.

Wenn dann die Sonne unter den Horizont gestiegen ist, und die gedämpften Lichter der Dämmerung am Himmel zu spielen beginnen, stehen und liegen sie noch immer auf den Feldern; ihre dunkelen Körper heben sich wie Schatten aus dem Weiß des Sandes und dem Grün des in regelmäßigen Reihen gepflanzten Kartoffelkrautes. Ganz hinten zieht irgendwo ein Wald seine blaugrüne Wand als Abschlußlinie. Und auf der anderen Seite des Horizonts zeichnen sich aus den Dunstnebeln des zur Ruhe gegangenen Sommertages matt die Konturen der Riesenstadt. Sie aber sehen und schauen nichts von der Schönheit der Natur, ganz hingegeben der Arbeit, die sie nützen wollen und müssen in den langen Tagen. . . .

Polizeipräsident und Presse.

Der Polizeipräsident von Jagow hat an die Beamten der 4. Abteilung, also an die Kriminalpolizei, eine Verfügung erlassen, nach der die Weitergabe „vorschriftswidriger" Nachrichten an die Vertreter der Presse in Zukunft disziplinarisch geahndet wird.

Diese Verfügung des Herrn von Jagow läßt sich erst dann vollständig begreifen, wenn bekannt ist, in welchem Umfange und in welcher Weise von Beamten der Kriminalpolizei der Presse Nachrichten übermittelt worden sind. In der Kriminalabteilung besteht die Gewohnheit, bestimmte Nachrichten durch das Wolffsche Telegraphenbureau der Presse zugehen zu lassen, zum anderen wird eine in Privathänden befindliche Korrespondenz von Beamten der Kriminalpolizei mit Nachrichten versorgt. Diese Nachrichten müssen von der Presse bezahlt werden, ein Zustand, wie er eigentlich ganz unmöglich sein sollte. Denn schließlich braucht die Kriminalpolizei die Presse und nicht umgekehrt die Presse die Kriminalpolizei. In der gesamten Presse ist diese Monopolstellung eines privaten Bureaus schon immer als ein geradezu unmöglicher Zustand empfunden und es ist Abhilfe gefordert worden, zumal jeder mit den Dingen Vertraute weiß, wie gerade in diesen polizei-offiziösen Mitteilungen der in einer besonderen Sache regierende und zugleich informierende Kriminalkommissar besonders herausgelobt wird. Aus der Verfügung des Polizeipräsidenten ist nicht klar ersichtlich, ob der jetzt bestehende Mißstand beseitigt werden und eine anders geartete Berichterstattung stattfinden soll.

Daß einzelne Beamte ihre dienstlichen Kenntnisse nicht gegen Geld an Zeitungen verhökern, halten auch wir für vollkommen richtig. Und wenn die Verfügung des Herrn von Jagow diesen Mißstand treffen will, so ist das ganz in der Ordnung. Es frägt sich nur, ob der Jagowsche Erlaß auf alle Beamte zutrifft oder ob die Kommissare davon ausgenommen sind. Es ist bekannt und schon öfter gerügt worden, daß vielfach ganz spezielle Mitteilungen über Verhöre von Verdächtigten und Verhafteten in die Presse gekommen sind, die nach den gesetzlichen Bestimmungen gar nicht bekannt gegeben werden dürfen und strafbar sind. Es wäre erwünscht, wenn der Polizeipräsident endlich einmal reinen Tisch machen und mit der bisherigen Praxis der Presseinformation gründlich brechen wollte, natürlich unter Einführung einer objektiven Berichterstattung, soweit man eine solche von der Polizei erwarten kann.

Lauft keinem Pastor nach!

Ueber eine Störung bei einem Begräbnis, die auf dem Friedhofe der Stadt Berlin an der Seestraße vorgekommen sei, glaubt das „Evangelische Sonntagsblatt der St. Elisabethgemeinde" berichten zu sollen. Das Blättchen, das von zwei Geistlichen der Elisabethgemeinde, dem Pfarrer Horst zusammen mit dem Pfarrer Köhler, herausgegeben wird, bringt in Nr. 22 vom 2. Juni eine durch die Ueberschrift „Heimgegangen sind nach Gottes unerforschlichem Rat" eingeleitete Aufzählung verstorbener Gemeindemitglieder. Im Anschluß an die Nennung eines Schriftsetzers Hoppe wird geklagt: „Bei des letzteren Begräbnis in der Seestraße verursachten, wie uns berichtet wird, gottlose Elemente eine peinliche Störung, indem sie ins Grab nachriefen: Auf Nimmerwiedersehen!" Und dann folgt der vorwurfsvolle Zusatz: „Wem der Glaube nicht mehr heilig ist, dem ist auch die Pietät nicht mehr heilig".

Diese Klage wird nicht verfehlen, auf die gläubigen Leser des Sonntagsblättchens denjenigen Eindruck zu machen, den die Herausgeber wünschen. Wer aber an der Beerdigung teilgenommen hat, wird fragen, ob der Pfarrer Köhler, der am Grabe des Herrn Hoppe sprach, nicht auch bekannt geben will, wie bei der „peinlichen Störung" durch „gottlose Elemente" er selber sich verhalten hat. Da das unter seiner Mitwirkung herausgegebene Blättchen hierüber nichts sagt, so wollen wir die nötigen Ergänzungen hinzufügen und in aller Ruhe den vollständigen Sachverhalt feststellen.

Pfarrer Köhler war von Frau Hoppe gebeten worden, ihrem verstorbenen Gatten die Grabrede zu halten. Zwar hatte Hoppe bei Lebzeiten sich nicht um die Kirche gekümmert, und Pfarrer Köhler kannte ihn gar nicht, aber eine Leichenpredigt ist ja nicht für die Toten, sondern für die Lebenden bestimmt. Was ein Pastor zu der für solche Fälle üblichen Predigt noch von persönlichen Erlebnissen des Verstorbenen beigeben soll, das kann er sich von der Witwe auf dem Wege zum Friedhof erzählen lassen. Auch dem Pfarrer Köhler lieferte Frau Hoppe während der gemeinsamen Fahrt zum Begräbnis die nötigen Zutaten; doch wunderte sie sich nachher, daß er in seiner Rede einiges, was er wohl nicht recht behalten hatte, falsch wiedergab. Sehr viel näher als der Pastor standen selbst der Witwe die Kollegen ihres Gatten, von denen mehrere seit zehn, seit zwanzig, seit ziemlich 25 Jahren neben ihm in derselben Setzerei tätig gewesen waren und gewiß mancher sehr viel treffendere Worte zur Ehre des langjährigen Arbeitsgefährten und zum Trost der tiefgebeugten Witwe ihm ins Grab hätte nachrufen können, als ein ihm fremder Pastor es konnte. Es verstand sich von selber, daß die Kollegen den Verstorbenen zu Grabe geleiten wollten, aber fast wäre es ihnen unmöglich gemacht worden, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Der Herr Pastor hatte nämlich an jenem Tage wenig Zeit, so daß die Beerdigung, die von der Witwe nach einem Wunsch der Kollegen mit Rücksicht auf den Arbeitsschluß zu ½6 Uhr abends angemeldet worden war, ihm unbequem lag. Pfarrer Köhler bestellte die Witwe mit ihrem Wagen so zeitig zu sich, daß beide schon vor ½6 auf dem Friedhofe eintrafen, und er drängte dann, die Beerdigung baldigst vorzunehmen. Als Frau Hoppe unter Hinweis auf die noch zu erwartenden Kollegen das ablehnte, geduldete er sich, doch ließ er nachher so pünktlich beginnen, daß manche Teilnehmer knapp noch zurecht kamen. Von dem einleitenden Liedervortrage eines Gesangvereins wurde eine Strophe abgeschnitten durch die unerwartet einsetzenden Worte des Pastors, der in seinem Eifer nicht bemerkte, wie sehr das die Sänger überraschte.

Das, was in dem Sonntagsblättchen als „peinliche Störung" hingestellt wird, ereignete sich erst nach Schluß der ganzen Feierlichkeit. Nachdem der Pastor seine Rede beendet und Gebet und Segen gesprochen hatte, wurden einige Kränze niedergelegt, und hier sagte einer der Kollegen des Verstorbenen etwa: „Fahr' wohl, lieber Freund, auf Nimmerwiedersehen!" Für die Teilnehmer der Beerdigung wäre daraus keinerlei Störung entstanden, wenn nicht der Pastor, zu der Witwe gewendet, diese Worte als eine Taktlosigkeit, als eine Roheit bezeichnet hätte. Er hatte sogar den Einfall, eine Feststellung der Personalien des betreffenden Kollegen zu versuchen, wozu übrigens dieser ohne weiteres bereit war. Nur auf Bitten der Witwe, die sich ins Mittel legte, wollte der Pastor sich zufrieden geben. Als aber seine Frage, ob die Worte aus Unüberlegtheit oder aus Bosheit gesagt worden seien, von dem Kollegen dahin beantwortet wurde, daß sie seiner Ueberzeugung entsprächen, forderte der Pastor aufs neue eine Feststellung der Personalien. Erneute Bitten der Witwe beruhigten ihn, doch konnte er sich nicht enthalten, mit einer Bemerkung zu schließen, die von Ohrenzeugen, auch von der Witwe, so verstanden wurde: „Die riechen ja nach Schnaps!" Das rief bei den Kollegen große Entrüstung hervor, aber sie hatten Besonnenheit genug, die Ruhe zu bewahren, und begnügten sich, dem Herrn Pastor zu sagen, daß sie sich von ihm beleidigt fühlten.

Zur rechten Würdigung dieser Friedhofsszene sind die hier von uns gegebenen Ergänzungen unentbehrlich. Wir wollen es uns ersparen, einen Kommentar hinzuzufügen; jeder wird selber sich seinen Vers darauf machen können. Wie die Kollegen des Verstorbenen über das Vorgehen des Pfarrers Köhler denken, brauchen wir wohl nicht erst zu sagen. Von Interesse ist aber, auch zu wissen, wie darüber die Witwe denkt. Als wir Frau Hoppe um eine Darstellung des Sachverhalts baten, sagte sie uns ohne weiteres, daß sie nicht die Worte jenes Kollegen, sondern das Verhalten des Pastors als eine „peinliche Störung" empfunden habe. Erstaunt fragte sie, worin denn der Mangel an Pietät bestehen solle, der dem Kollegen ihres verstorbenen Gatten in dem Sonntagsblättchen vorgeworfen wird. Sie, die von der Beerdigung einen ganz anderen Eindruck mit nach Hause genommen hat, dankt den Kollegen für die ihrem Gatten erwiesene Ehrung und sieht in ihr ein Zeichen wohltuender Pietät. Wie sie über die „Störung" denkt, das hätte Pfarrer Köhler schon aus der Danksagungsanzeige ersehen können, die sie nach der Beerdigung im „Vorwärts" (Nr. 122) veröffentlichte. Dem Pastor wurde darin — nicht gedankt.

Die Nutzanwendung aus solchen Vorkommnissen ist immer wieder: „Lauft keinem Pastor nach! Frau Hoppe hat uns entrüstet erklärt, daß sie niemals wieder zu einer Beerdigung einen Pastor holen werde. Die der Kirche dienende Presse zetert zuweilen darüber, daß die Witwen verstorbener Arbeiter gelegentlich von den Arbeitskollegen vor die Wahl gestellt worden seien, entweder auf die Grabrede des Pastors oder auf das Geleit der Arbeitskollegen zu verzichten. Angesichts der Zwischenfälle, die bei Begräbnissen sich aus der Mitwirkung von Pastoren ergeben können, bleibt in der Tat nur übrig, auch da den Pastoren aus dem Wege zu gehen.

Die Baugenossenschaft „Ideal" hat am Sonntag den ersten Komplex ihrer Kleinhausbauten in Britz, der 80 Wohnungen enthält, vermietet. Die Zahl der Bewerber war reichlich doppelt so groß wie die Zahl der zu vermietenden Wohnungen. Es mußte deshalb das Los über den Zuschlag der Wohnungen an die Mieter entscheiden. Außer den Mietslustigen fanden sich viele Genossenschaftsmitglieder und sonstige Interessenten auf dem Bauplatz ein, um die Wohnungen in Augenschein zu nehmen, die allerdings erst im Rohbau vollendet sind, aber doch eine Uebersicht über Größe, Lage und Anordnung der Räume gewähren. Die Vermietung erfolgte schon jetzt, damit diejenigen, denen bei der Verlosung eine Wohnung zugefallen ist, ihre alte Wohnung rechtzeitig kündigen und am 1. Oktober die Siedelung in Britz beziehen können. Der nach den Herstellungskosten kalkulierte Mietspreis beträgt für die in den Einfamilienhäusern liegenden Wohnungen von 2 bezw. 3 Zimmern, Küche, Boden, Keller und Zubehör sowie 50—65 Quadratmeter Garten 39—60 M. monatlich. In den Etagenhäusern, die im Erdgeschoß Läden, im ersten und zweiten Stock Wohnungen enthalten, zahlt man für ein Zimmer nebst Küche, Kloseit und Bad, aber ohne Garten 27,50—31 M. Bei den Wohnungen, denen ein Garten zugeteilt ist, erhöht sich der Mietspreis um ein geringes.

Bei der jetzigen Reisezeit sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch in diesem Jahre von den erwachsenen Zöglingen der städtischen Blindenanstalt eine große Anzahl Hängematten in allen Größen und im Preise von 2,75 M. ab aus bestem Rohstoff angefertigt worden ist. Der Verkauf findet in der Anstalt Oranienstr. 26 werktäglich von 8—4 Uhr statt. Auch an die Stuhlflechterei, welche die Anstalt betreibt, sei bei dieser Gelegenheit erinnert. Die zu flechtenden Stühle werden auf Anzeige (schriftlich oder durch Fernsprecher) aus der Wohnung abgeholt und wieder zugestellt.

Durch Funkspruch haben die auf der Heimreise begriffenen schwedischen Städtevertreter den städtischen Behörden Berlins ihren Dank übermittelt.

Zwei erwachsene Flegel trieben am Sonntag, den 9. Juni, gegen 7 Uhr abends am Badestrand vor Spindlersfeld ihr Unwesen. Sie waren gekommen, nicht etwa um zu baden, sondern um ihre Hunde austoben zu lassen. Nicht angeleint und ohne Maulkorb belästigten die großen Tiere im Umkreise ihrer „Herren" alle Badegäste, ohne von den menschenfeindlichen Hundefreunden daran gehindert zu werden. Der Schreiber dieser Zeilen wurde, als er im Laufschritt aus dem Wasser kam, von einer Bulldogge und einem großen rauhhaarigen Hunde angefallen und ins Wasser zurückgetrieben. Da die Türe sich anschickten ihm nachzuschwimmen, kam er als Nichtschwimmer in eine verzweifelte Situation. Zurufe, die Tiere an sich zu rufen, wurden mit Spott beantwortet. Dieses Spiel wiederholte sich. Das Publikum brach in Schmähruse gegen diese Unverschämtheiten aus. Einer der Flegel war groß und schlank, mittleren Alters und Besitzer der Bulldogge, der andere ein etwa 19jähriges Bürschchen mit verbundenem Kopf, war Führer des Rauhaarigen. Beide festzustellen war unmöglich, denn kein Gendarm war zu finden.

Der gefährliche Kampf mit Berliner Einbrechern, den der Kriminalkommissar Weiland und mehrere Kriminalbeamte in der Nacht zum 2. September v. J. zu bestehen hatten, hatte gestern noch ein Nachspiel vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Fünf Mitglieder dieser Kolonne hatten in jener Nacht einen von langer Hand vorbereiteten Einbruch in die Kontorräume der Bankfirma Kuhn in der Müllerstraße ausgeführt, sie waren aber mitten in der Ausführung der Tat von der Kriminalpolizei überrascht worden. Kriminalkommissar Weiland, der von dem geplanten Verbrechen Kenntnis erhalten hatte, hatte sich mit mehreren Beamten an den Tatort begeben und hielt sich dort verborgen. Als drei Beamte in die Kontorräume eindrangen, konnten zwei der überraschten Einbrecher festgenommen werden, wobei unwillkürlich ein Schuß aus der Browningpistole des einen Beamten losging. Drei Personen waren nach dem hinteren Zimmer zu gelaufen und durch die Scheiben auf den Hof gesprungen. Sie blieben auf Anruf nicht stehen, sondern liefen nach der Ecke des Hofes. Die Kriminalbeamten, die beim Fallen des ersten Schusses in den Kontorräumen der Ansicht waren, die aus den Fenstern springenden Verbrecher hätten auf sie geschossen, gaben nun mehrere Schüsse in der Dunkelheit ab. Dann wurde hin und her geschossen; die Schutzleute gaben im ganzen 14 Schüsse ab, sie behaupten, daß von der Gegenseite ebenso viel Schüsse abgegeben worden seien, doch konnte bei der herrschenden Dunkelheit nicht festgestellt werden, von wem geschossen wurde. Zwei der auf den Hof gesprungenen Verbrecher konnten dingfest gemacht werden; es waren dies der Händler Willi Hupfeld und der Händler Karl Gerlach. Hupfeld war bei der Affäre durch zwei

Schüsse nicht unerheblich verletzt worden, Gerlach hatte zwei Schüsse in den linken Arm erhalten. Auch der letzte des fünfblättrigen Verbrecherkleeblattes konnte festgenommen werden. Alle fünf standen am 27. November v. J. vor der 1. Strafkammer und wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, darunter erhielt Gerlach 5 Jahre, Hupfeld 3 Jahre und Tietzmann 3½ Jahre Zuchthaus. Die drei Letztgenannten wollte der Staatsanwalt außerdem noch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt wissen, das Gericht lehnte aber eine Bestrafung wegen dieses Vergehens ab, da bei der am Tatort in jener Nacht herrschenden Dunkelheit nach dieser Richtung hin die Tatfrage, wer geschossen hat, nicht aufzuklären schien. Auf die von der Staatsanwaltschaft hiergegen eingelegte Revision hob das Reichsgericht das erste Urteil in diesem Punkte auf und ordnete weitere Beweisaufnahme an, die nun gestern erfolgte. Der Staatsanwalt nahm auf Grund derselben für erwiesen an, daß Gerlach Widerstand geleistet habe und beantragte gegen ihn eine Zusatzstrafe von sechs Monaten Zuchthaus. Das Gericht hielt aber auch nach der gestrigen Verhandlung eine Widerstandstätigkeit der sämtlichen drei Angeklagten nicht für zweifelsfrei erwiesen und erkannte abermals in diesem Punkte auf Freisprechung.

Aus Liebeskummer erschossen hat sich am Sonntag der 18jährige Bureaugehilfe Max Philipp aus der Sonnenburger Str. 27. Der junge Mann, der bei der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" beschäftigt war, hatte zu einer Verkäuferin eine tiefe Zuneigung gefaßt, die zunächst auch erwidert wurde. In letzter Zeit aber glaubte P. die Beobachtung gemacht zu haben, daß seine Braut sich mehr einem anderen zuneigte und geriet deshalb in hochgradige Aufregung. Nachdem er Sonntag nachmittag das junge Mädchen nicht zu Hause antraf, holte er sich aus seiner Wohnung einen Revolver und begab sich nach dem Exerzierplatz in der Schönhauser Allee. Hier schoß er sich vor den Augen zahlreicher Passanten eine Kugel in die rechte Schläfe. Philipp wurde in schwerverletztem Zustande nach der nahen Unfallstation in der Gaudystraße gebracht, wo er jedoch unter den Händen des Arztes verstarb. Seine Leiche wurde nach dem Schauhause geschafft.

Zusammenstoß eines Automobils mit einem Geschäftswagen. Gestern gegen 6½ Uhr nachmittags kam eine Autodroschke von der Marschallbrücke am Reichstagsufer entlang. Am Reichstagsplatz kam ihr ein Geschäftswagen entgegen. Da an dieser Stelle die Straße sehr eng ist, so war es dem Kutscher trotz energischen Tutens des Chauffeurs nicht mehr möglich auszuweichen, da an der Biegung noch drei andere Fuhrwerke standen. Die Pferde, welche durch das plötzliche Hupensignal erschreckt waren, rissen die Deichsel herum, so daß der Kutscher vom Bock stürzte und von dem linken Vorderrad seines Wagens erfaßt wurde. Aus Ohren und Mund heftig blutend, blieb er besinnungslos liegen und wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht.

Im Lunapark verunglückt ist am Sonnabend abend die Verkäuferin Konstanza Scepanski aus der Waitzstr. 5 in Charlottenburg. Das junge Mädchen hatte mit einer Freundin die Rodelbahn im Lunapark benutzt und stürzte während der Fahrt aus dem Schlitten. Fräulein S. wurde von einem nachfolgenden Schlitten angefahren und erlitt einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels und Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen. Die Verunglückte fand im Krankenhause Westend Aufnahme.

Zu dem Sittlichkeitsverbrechen auf den Britzer Wiesen am Teltowkanal bittet uns der Vater des in Frage kommenden Kindes um Veröffentlichung der Mitteilung, daß es bei dem Attentat auf seine Tochter bei dem Versuch geblieben sei.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Sonntag an der Ecke der Dorotheen- und Neuen Wilhelmstraße. Dort geriet der Kanzleidiener Emil Kleist, der bei der Französischen Botschaft beschäftigt ist, unter die Räder eines Postwagens. Er erlitt innere und äußere Verletzungen und mußte in der Charité Aufnahme finden. — Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich Sonntag abend gegen 10¼ Uhr vor dem Hause Kottbuser Str. 6. Als die drei Jahre alte Marie Likmann aus der Simon-Dach-Straße mit ihren Eltern den Fahrdamm überschritt, riß sie sich plötzlich los und geriet unter einen Wagen der Pferdeomnibuslinie 22. Sie wurde überfahren und mit schweren Verletzungen nach der Hilfswache in der Adalbertstraße gebracht. Hier starb die Kleine jedoch schon bald nach der Aufnahme.

Zu dem Selbstmord des Bäckerlehrlings Lenz in der Adolfstraße 12b werden wir gebeten mitzuteilen, daß ein Streit zwischen dem Werkführer und dem Lehrling nicht vorgekommen sei. Der junge Mann habe in den letzten Tagen ein sehr niedergeschlagenes Wesen gezeigt, dessen Grund niemand bekannt gewesen sei. Am Sonnabendnachmittag war er plötzlich verschwunden. Nachforschungen nach ihm blieben ohne Erfolg. Als abends das Mädchen vom Boden Wäsche holen wollte, fand es den Lehrling tot dahängen.

Wo steht der Feind! Mit diesem Thema wird sich eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung befassen, die heute Dienstagabend in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 95/96, stattfindet. Zu der Versammlung, die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufen ist, hat der Landtagsabgeordnete Julian Borchardt das Referat übernommen.

Feuer auf dem Ostbahnhof. Gestern früh gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Ostbahnhof in der Fruchtstraße gerufen, wo sich auf einem Waggon Preßkohlen entzündet hatten. Es mußte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden, um den Brand zu löschen. — In der Schererstr. 11 hatte Terpentin Feuer gefangen, wobei eine Frau Martha Volkmann schwere Brandwunden an den Händen erlitt, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Vorort-Nachrichten.

Rahnsdorf.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Straßenbahnprojekt, nach welchem eine Verbindung zwischen Freibad Müggelsee und dem Bahnhof Rahnsdorf geschaffen werden soll. Die geplante Straßenbahn soll auf der einen Seite Anschluß an die Friedrichshagener Straßenbahn finden und auf der anderen Seite durch die Gemeinde Klein-Schönebeck bis Grätzwalde und später eventuell bis Rüdersdorf fortgeführt werden. Daneben wird eine Abzweigung der Straßenbahn durch die Rahnsdorfer Ortsteile bis Erkner beabsichtigt. Die bisherigen Verhandlungen zwischen den Gemeinden Köpenick, Friedrichshagen, Klein-Schönebeck und Rahnsdorf lassen einen baldigen günstigen Abschluß erwarten. Ebenfalls steht die Gründung eines Zweckverbandes der beteiligten Gemeinden zur Durchführung des Straßenbahnprojekts in Aussicht. Beschlossen wurde u. a. noch die Errichtung eines Reklametors am Bahnhof Rahnsdorf, dessen Kosten sich auf 3—4000 M. belaufen werden.

Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindewahl in der dritten Wählerklasse findet, wie nun endlich im Amtsblatt veröffentlicht wird, am Sonntag, den 16. Juni, von 11 bis 5 Uhr und am Montag, den 17. Juni, von 12 bis 6 Uhr, in der Turnhalle der Gemeindeschule, Blankenburger Straße 70/71, statt. Als Kandidat der Sozialdemokratie ist wieder Johannes Hiege aufgestellt. Lasse sich niemand von der Ausübung seines Wahlrechts dadurch abhalten, daß in der amtlichen Bekanntmachung und auf den amtlichen Wählerkarten besonders auf die Ungültigkeitserklärung der am 10. März dieses Jahres stattgefundenen Wahl hingewiesen wird. Wir wollen ausdrücklich betonen, daß die Kandidatur des Genossen Hiege nunmehr allen Anforderungen entspricht, die die Landgemeindeordnung an einen „Angesessenen" stellt. Gleichzeitig sei auf die heute abend im „Liedemitschen Lokal" stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen, in welcher Genosse Stadtv. Groger-Neukölln über das Thema: „Gehört Interessenpolitik in die Gemeindevertretung?" referieren wird. Sorgt für guten Besuch dieser Versammlung.

Reinickendorf.

Die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission, Abteilung Reinickendorf, beschäftigte sich mit den am 21. d. M. stattfindenden Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen. Es wurden aufgestellt für den 1. Bezirk (Reinickendorf-West) die Genossen Monkowski und Müller, für den 2. Bezirk (Reinickendorf-Ost) die Genossen Höpfner und Grebing.

Gewerkschaftsmitglieder! Parteigenossen von Reinickendorf! Macht von Euren wenigen Rechten Gebrauch und wählt am 21. d. M. unsere Kandidaten.

Für den Besuch der vom 16. bis 30. Juni tagenden konsumgenossenschaftlichen Ausstellung sind Billetts a 10 Pf. bei dem Genossen Karl Randel, Reinickendorf-West, Birkenstr. 66, II, zu haben.

Nowawes.

Das Gewerbegericht hatte sich in der Berichtszeit vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912 mit insgesamt 50 Streitfällen zu beschäftigen. Von den 32 Fällen, in denen es sich für zuständig erklärte, wurden erledigt: Ohne Verhandlung durch Belehrung oder Rücksprache 8 Fälle, durch Vergleich 7 Fälle, durch Nichterscheinen der Parteien 2 Fälle, durch Versäumnisurteil 2 Fälle, durch Endurteil 5 Fälle. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 M. in 11 Fällen, mehr als 20 bis 50 M. in 11 Fällen, mehr als 50 bis 100 M. in einem Falle, und mehr als 100 M. in einem Falle. Der höchste Wert des Streitgegenstandes betrug 112 M., der niedrigste 2 M. An Innungsschiedsgerichte wurden verwiesen 12 Streitsachen, an andere Gewerbegerichte 2 Streitsachen, an ordentliche Gerichte 2 Streitsachen, abgewiesen wurden, da Gesindestreitsachen, die besonderen Verfahren unterstehen 2 Streitsachen, zusammen 18 Streitsachen.

Versammlungen.

Die letzten Vorgänge im Abgeordnetenhause und das polnische Volk.

Die öffentliche Protestversammlung, die unsere Genossen im vierten Wahlkreise am Sonntagnachmittag bei Borgmann in der Andreasstraße veranstaltet hatten, war recht zahlreich besucht und füllte den großen Saal samt den Galerien. Sie entwickelte sich zu einer von Erbitterung glühenden Kundgebung gegen die nationalistische Unterdrückungspolitik der Regierung und ihres Anhanges sowie auch gegen die polnische Fraktion, die ja durch ihr ganzes Verhalten allzu deutlich gezeigt hat, daß sie vielmehr eine Vertretung der Interessen der Besitzenden, als ein Anwalt des polnischen Volkes ist. Die Versammlung verfiel zu guter Letzt der polizeilichen Auflösung. Aber als dies Ereignis eintrat, war die Tagesordnung erledigt, und die Versammlung hatte eigentlich schon ihr Ende erreicht, so daß die Auflösung sich von selbst vollzogen hätte.

Die Versammlung begann mit einem Vortrage des Landtagsabgeordneten Ströbel über: „Die letzten Vorgänge im Abgeordnetenhause und das polnische Volk". Im Verlauf seines Vortrages schilderte Genosse Ströbel, wie die Vertreter der besitzenden Klassen, wie auch das Zentrum und die dieser Partei so nahe verwandte polnische Fraktion, selbst wenn sie sich für das allgemeine gleiche Wahlrecht erklären, jede demokratische Reform des preußischen Wahlrechts zu verhindern suchen. Die Herren von der polnischen Fraktion haben sich gegen eine gerechtere Wahlkreiseinteilung gewandt, weil sie davon hier und da den Verlust eines Mandates befürchteten. Sie handelten damit gegen die Interessen des Volkes und der polnischen Volksgenossen, dessen Unterdrückung und Verfolgung eben nur auf Grund des gänzlich undemokratischen Wahlrechts und der ungerechten Wahlkreiseinteilung möglich ist. Aber diese polnischen Abgeordneten sind eben vor allem Vertreter der besitzenden Klassen, und das ergibt sich schon ganz von selbst aus ihrer sozialen Stellung. Es ist die Sozialdemokratie, die sich mit äußerster Entschiedenheit dagegen gewandt hat, und immer wieder dagegen wenden wird, daß man die Dänen, und daß man die Polen vergewaltigt. Wir wollen, daß die Polen als durchaus gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden, und halten die Vergewaltigungspolitik nicht nur für eine durchaus verwerfliche, sondern auch für eine höchst dumme Politik. Wenn die Polen nicht Preußen sein wollen, kann man ihnen daraus keinen Vorwurf machen, und wenn sie daran denken, wieder einmal ein eigenes Staatswesen zu bilden, so ist der Gedanke ihr gutes Recht. — Der Redner ging dann näher auf die verfassungs- und gesetzwidrigen Maßnahmen ein, auf das Enteignungsgesetz, das Besitzbefestigungsgesetz usw., durch die man das polnische Volk aus seiner Heimat zu verdrängen sucht, und verurteilte diese ganze Politik als ebenso ungerecht wie töricht und zweckwidrig. Daß die Vertreter der Arbeiterklasse im Abgeordnetenhause mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung der Polen und Dänen auftraten, gab der reaktionären Mehrheit bekanntlich Veranlassung zu ihrem brutalen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Polnische Abgeordnete haben dem Sozialdemokraten Borchardt die Hand gedrückt, ihm gedankt für seine Rede, und ebenso ist es dem Redner, dem Genossen Ströbel, selbst schon ergangen, als er bei einer früheren Gelegenheit für die Rechte der Polen eintrat. Um so merkwürdiger ist es, daß nun das Berliner nationalpolnische Blatt vor dem Besuch der Versammlung warnt und der Sozialdemokratie vorwirft, sie wolle nur Bauernfang treiben. — Der Redner zog aus allem den Schluß, daß die polnischen Volksgenossen, als Arbeiter und Proletarier, ihren Interessen und ihrem Volke nicht besser dienen können, als dadurch, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen. — Schon während des Vortrags hatte die Versammlung wiederholt ihren Beifall kundgegeben, und ebenso fanden die Schlußworte begeisterte Zustimmung.

Sodann nahm, von einem Beifallssturm begrüßt, der Abgeordnete Borchardt das Wort. Er machte zunächst die Mitteilung, daß er persönlich die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses zu dieser Versammlung eingeladen und ihrem Führer ausdrücklich gesagt hatte, daß die Versammlung den Zweck habe, der Sozialdemokratie Anhänger unter der polnischen Bevölkerung zu werben und gegen die polnische Fraktion vorzugehen sowie daß den Herren hier doch die beste Gelegenheit geboten werde, ihre Sache vor ihren Volksgenossen zu vertreten. Aber die Antwort war, daß die Herren nicht kommen wollten. Man muß annehmen, daß sie selbst kein Vertrauen in die Wirksamkeit der Gründe setzen, die sie vielfach für ihr Verhalten im Parlament anführen könnten. Wenn die Herren sich immer so benommen hätten, wie es den Interessen des polnischen Volkes entspricht, dann wären sie gekommen. Aber es liegt bei ihnen nicht anders als bei den anderen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien; sie vertreten eben nicht die Interessen des arbeitenden Volkes, sondern die der kleinen Minderheit der Junker und Bourgeoisie. Als ich von der Tribüne des Abgeordnetenhauses für die Rechte des polnischen Volkes gesprochen hatte, streckten sie mir von allen Seiten die Hände entgegen und beglückwünschten mich. Als dann später der Leutnant mit seinen 17 Mann gegen uns vorging, da hätten sie wohl das Verbrechen, das — von meiner Person abgesehen — ebenfalls gegen den Genossen Leinert begangen wurde, verhindern können. Hätten die 15 Mann ihrer Fraktion sich auch um mich geschart, so hätte der Präsident sich wohl doch noch besonnen, einen so ungeheuren Skandal zu provozieren. Uebrigens hatte sich Herr v. Erffa anfänglich ehrlich bemüht, die Geschäfte ordnungsgemäß zu führen; aber man sah ja, wie der Abgeordnete Pappenheim hinter ihm stand und ihn aufhetzte. Ist er nun krank geworden von der Aufregung jenes Tages, so bin gewiß nicht ich daran schuld, wie man in konservativen Blättern behauptet, sondern die konservativen Herren, die ihn zu seinem törichten Vorgehen angereizt haben. — Für die polnische Arbeiterschaft aber erwächst aus dem ganzen Verhalten der polnischen Fraktion die Lehre, daß es nur die Sozialdemokratie ist, die für ihre Interessen und für die Rechte ihres Volkes energisch in die Schranken tritt.

Es folgte eine rege Diskussion, und es waren polnische Genossen, die in starken Worten ihrer Erbitterung über die Vergewaltigungspolitik der Regierung Ausdruck gaben, aber nicht minder erbittert gegen die polnische Fraktion auftraten und ebenso sehr das Verhalten des nationalpolnischen Blattes „Dziennik Berlinski" verurteilten. Jene Fraktion hat das Recht, sich als Vertretung des polnischen Volkes zu bezeichnen, verwirkt — dieser Gedanke klang immer wieder aus den Ausführungen der Redner. Nur die Sozialdemokratie ist es, die unsere Interessen, wie die aller Unterdrückten vertritt. — Es wurde zur Beseitigung der nationalistischen Presse aus den Familien und zum Abonnement auf die „Gazeta Robotnicza" und den „Vorwärts" aufgefordert. — Der Vorsitzende, Genosse Paul Hoffmann, hatte vergeblich etwa anwesende Gegner ersucht, sich zum Wort zu melden, erst nachdem schon ein Antrag auf Schluß der Debatte vorlag, meldeten sich nach und nach zwei Redner, die sich als Gegner fühlten. Was sie vorbrachten, lief in der Hauptsache darauf hinaus, daß die Sozialdemokratie den Leuten die Religion nehmen wolle. Genosse Ströbel, der übrigens schon in seinem Referat dargelegt hatte, wie es ja gerade die Sozialdemokratie ist, die die Grundsätze des Christentums in der Tat zur Geltung bringen will, ging in seinem Schlußwort nochmals auf diese Frage ein. — Als am Schluß der Versammlung einige polnische Genossen die Arbeiter-Marseillaise in ihrer Muttersprache vortragen wollten und eben im besten Zuge waren, erklärte der Polizeileutnant die Versammlung für aufgelöst. Daß das große Empörung hervorrief, ist selbstverständlich. Aber dem Befehl zur Räumung des Saales wurde ebenso selbstverständlich Folge geleistet. Der größte Teil der Versammlung begab sich dann in die nach einem anderen Lokale einberufene polnische Vereinsversammlung, um sich in der Muttersprache noch weiter aussprechen zu können.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Die Ortsverwaltung Berlin nahm am Sonnabend den Bericht vom letzten Verbandstag entgegen. Wilhelm Müller referierte als erster von den Delegierten. Einen größeren Raum in dem Bericht nahmen Differenzen ein, die zwischen dem Berliner Ortsvorstand und der Zentralleitung bestehen. Bezüglich der beschlossenen Beitragserhöhung erklärte der Redner unter starkem Widerspruch der Versammlung, daß diese Maßnahme angesichts der ganzen Situation unumgänglich notwendig gewesen sei. Die überwältigende Mehrzahl der Zahlstellen des Reiches seien für die Erhöhung gewesen. Durch die zustimmende Stellungnahme der Berliner Delegierten habe die Zahlstelle Berlin die Sympathie der anderen Zahlstellen wiedergewonnen. Sie, die Berliner Delegierten, hätten reiflich erwogen, ob sie der Erhöhung der Beiträge zustimmen könnten. Nach Lage der Sache hätten sie nicht anders handeln können. (Beifall und Widerspruch.) An diesen Bericht knüpfte der nächste Delegierte Baer an, der in der Hauptsache die Ergebnisse der Statutenänderung besprach. Des weiteren ging er auf die Gehaltsregelung der Angestellten ein und verteidigte dieselbe gegenüber den kritischen Zurufen aus der Mitte der Versammlung.

Als letzter Redner berichtete Delegierter Holz vom Verbandstag. Auch er bezeichnete die Erhöhung der Beiträge als eine notwendige Maßnahme. Uebrigens mache es das Geld allein auch nicht, die Mitglieder müßten viel mehr zum Idealismus erzogen und das kollegialische Verhalten gestärkt werden. (Großer Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Versammlung ging Vorsitzender Schwittau auf die Angelegenheiten ein, die seine Person bezw. den Zentralvorstand betreffen.

Briefkasten der Redaktion.

B. K. 100. 1. und 2. Strafbar nicht. Die 200 M. kann jedoch Ihr Schwiegervater verlangen. 3. Sie haben nach den Schwiegereltern kein Erbrecht. 4. Der, nach Ihrer Darstellung, begründeten Scheidungsklage muß ein Sühnetermin vorangehen. 5. Nein, wohl aber die Kinder. — **Norden 31.** Handelt von dem Eheverbot zwischen dem geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem Ehebruch begangen ist, falls dies im Scheidungsurteil als Scheidungsgrund angegeben ist. Von diesem Verbot kann Befreiung bewilligt werden. — **R. K. 1000.** Nein. — **D. 74.** ⅓ des Kassenbeitrages können gekürzt werden. — **Wippershain 13.** Ja, falls nicht durch die Versicherungsbedingungen ausgeschlossen. — **O. 1001 Ober-Schöneweide.** Jedes Einkommen der Frau wird demjenigen des Mannes zugerechnet und mit veranlagt. — **B. S. 78.** Stempelung nicht notwendig. Der Ehemann kann, wenn er im Testament nicht bedacht ist, den Pflichtteil fordern. Das Pflichtteil kann im Testament entzogen werden, falls Ihrer Schwester Scheidungsgründe — ausgenommen Geisteskrankheit des Mannes — zur Seite stehen. Die Tatsache des Getrenntlebens ist kein Scheidungsgrund, dagegen kann böswillige Verletzung der Unterhaltungspflicht als solcher angesehen werden. Der Grund der Entziehung des Pflichtteiles muß im Testament angegeben werden. — **H. B. 100.** Die Laube kann vom Eigentümer der Laube abgerissen werden. — **E. L. 100.** Möglich auf Antrag. — **Weißensee 17.** 1. Nein. 2. a) und b) Ja. c) das Gericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat, falls im Statut kein anderes bestimmt ist. — **H. G. 14.** Nein. — **Ida.** Leider nicht. — **A. H. 30.** 1. Kein Lösungsgrund. Die entbehrlichen Sachen können vom Vermieter einbehalten werden. 2. Näheres läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mietsvertrag sagen. 3. Man nimmt das an. — **P. W. Manteuffelstraße.** 1. und 2. Nein.

Marktbericht von Berlin am 8. Juni 1912, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—58,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,60—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,60. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C.=4°R.
Swinemde.	761	NNO	4	bedeckt	15	Haparanda	751	NO	4	halb bd.	14
Hamburg	762	OSO	2	Dunst	14	Petersburg	760	WSW	1	heiter	15
Berlin	760	N	2	bedeckt	15	Scilly	757	WSW	2	wolkig	12
Frankf. a. M.	760	NO	1	wolkig	16	Aberdeen	761	O	1	bedeckt	11
München	760	W	6	bedeckt	14	Paris	761	SW	2	halb bd.	15
Wien	757	WNW	3	bedeckt	19						

Wetterprognose für Dienstag, den 11. Juni 1912.

Zunächst ziemlich kühl, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen nordöstlichen Winden; später langsam aufklarend und wieder etwas wärmer.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 6. cm	seit 8. 6. cm¹)	Wasserstand	am 9. 6. cm	seit 8. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	132	−2	Saale, Grochlitz	64	−1
Pregel, Insterburg	−28	−1	Havel, Spandau²)	25	−3
Weichsel, Thorn	146	−24	" Rathenow²)	16	−3
Oder, Ratibor	122	−5	Spree, Spremberg²)	68	6
" Krossen	128	−13	" Beeskow	81	+1
" Frankfurt	145	−14	Weser, Münden	112	−13
Warthe, Schrimm	10	−6	" Minden	194	+2
" Landsberg	−1	0	Rhein, Maximiliansau	492	+2
Netze, Vordamm	−1	+1	" Kaub	253	−4
Elbe, Leitmeritz	−42	+7	" Köln	240	−2
" Dresden	−172	−6	Neckar, Heilbronn	68	+20
" Barby	67	−1	Main, Hanau	114	−2
" Magdeburg	66	−3	Mosel, Trier	86	−1

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 11. Juni cr., abends 8½ Uhr, in der „Brauerei Patzenhofer", Turmstraße 25/26:

Oeffentliche politische Versammlung

Tagesordnung:

1. **Die innere Politik".**

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

2. Diskussion.

Der Einberufer: Paul Binting, Rostocker Str. 15.

Achtung! Am **Dienstag,** den **2.** Juli, findet die **außerordentliche Generalversammlung** zur Beratung der Ausführungsbestimmungen in den „Germaniasälen", Chausseestr. 110, statt.

229/8* **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Donnerstag, 13. Juni, abds. 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Situations- und Kontrollbericht. 2. Verschiedenes. 140/1*

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Die örtliche Verwaltung.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Stoffe

für elegante **Maßanzüge, Paletots,** Ulster etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. **Damen-Kostümstoffe, Damentuche** „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M., **Loden** f. Pelerinen Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Blitzblanke Stiefel sondergleichen sind mit Urbin nur zu erreichen.

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239.

Verwaltungsstelle Berlin Charitéstraße 3.

Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Donnerstag, den 13. Juni 1912, abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1).

Tagesordnung:

1. **Vortrag des Kollegen R. Bahn.** 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 119/2

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Rahmenvergolder.

Donnerstag, 13. Juni, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3:

Versammlung

Stellungnahme zum Ablauf unseres Vertrages.

Die Branchenkommission.

Achtung!

Die Bibliothek wird im Juli zwecks Inventur geschlossen. Alle Bücher müssen bis zum 30. Juni eingeliefert werden. Vom 17. Juni ab werden keine Bücher mehr ausgegeben.

84/19 **Die Ortsverwaltung.**

Eine Wette

können wir eingehen, dass Sie nach einmaligem Versuch infolge der grossen Vorzüge Ihre Schuhe stets versehen lassen

mit Continental Gummi-Absätzen

Enorm haltbar

Schweiner Gummiwaren-Industrie G. m. b. H., Schwein i. W.

Speise-Eis

Verarbeiten Sie nur

Reichel's Eis-Essenzen

— natürliches Fruchtaroma enthaltend — und Ihr Absatz wird sich durch die **vollendete Qualität** verdoppeln.

Wirklicher Fruchtgeschmack.

Alle zugehörigen Substanzen — **Reform-Speiseeis-Maschine** hochpraktisch und einfach.

Erprobte Rezepte gratis.

Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Wer-Stoff-selbst

liefert Anzug od. Paletot nach Maß inkl. Zutaten, auf Roßhaar v. **25** M. an. **Wenn ich Stoff zugebe,** v. **15** M. an. Mein **Zuschneide- u. Anprobesystem** bürgt für **tadellosen** Sitz. 33962

F. Hänke Prenzlauer Str. 25 II. Alexanderplatz.

Vornehme

Herren-

Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 40 Hackescher Markt.

Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse.

Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 11. Juni.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Hänsel und Gretel. Versiegelt.
Kgl. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Im Lande der Mitternachtssonne.
Deutsches. Erdgeist.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Lessing. Der Vogelhändler.
Komische Oper. Heiligenwald.
Wallner. Die schöne Helena.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller. Nachruhm.
Schiller-Theater Ch. Die Lokalbahn. Die Medaille.
Neues Operetten. Der Kongreß von Sevilla.
Thalia. Autoliebchen.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Sanatorium Sonnenstich.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Schauspielhaus. Parkettsitz Nr. 10.
Schauspielhaus. So'n Windhund.
Rose. Bilanzen des Lebens.
Friedrich-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Kaiser Wilhelm. Pariana-Ensemble.
Walhalla. Um eine Krone.

Anfang 8.20 Uhr.

Luisen. Schwester Carmen.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Raub der Sabinerinnen.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Nachruhm.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der scharfe Junker.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Lokalbahn.** Hierauf: **Die Medaille.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der scharfe Junker.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr: **Alles für die Firma.**
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**

Theater des Westens
Abends 8 Uhr: **Die schöne Helena.**

LUNA PARK
30 Attraktionen 30
Kongo, — Zwergstadt, Die alte Mühle, Johnstoons Untergang.
Entree 50 Pf.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Operette von Leo Fall.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 M. von abends 6 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum ersten Male: **Bilanzen des Lebens.**
Tragische Komödie in 4 Akten von Joh. Heß.
Anfang 6½ Uhr.
Auf der Gartenbühne: Die große Jahresrevue: **Juhu! Es ist erreicht.**

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße, **z. Z. einziger Eispalast.**
Angenehm kühl. Aufenthalt
Allabendlich: **„Yvonne."**
Ein-Ballett in drei Bildern.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß neu:
Sanatorium Sonnenstich.
Burleske von Meyfel.
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Vollständig neues Programm!
10 große Attraktionen.
Rafayettes Wunderhunde.
Paul Beckers.
u. s. w.

O., KOPPENSTRASSE 29. AM FRANKFURTER TOR
Größte Sensation! Sprechende Films.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 56.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Anfang 4½ Uhr.
O, diese Berliner!
Ausstatt.-Posse von Freund. Musik von Eindshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. × **BALL.**

Königstadt-Kasino.
Herrliches Sommer-Theater.
Täglich abends ½8 Uhr, Sonntags ½5 Uhr: Vorstellung (Theater und Varieté). Vom 1. bis 16. Juni 8 Spezialglanznummern u. Paulas Beichte.
Gr. Operettenburl. v. W. Gericke.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von A. Nelson u. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Residenz-Lichtspiele.
Blumenstr. 10.
Entehrt.
Drama aus dem Leben in 2 Akten.
Jeden Dienstag u. Sonnabend:
vollständig neues Programm.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungs-Park
Täglich: **Konzerte und Spezialitäten-Vorstellung.**
Sensationelle Attraktionen.
Volksbelustigungen aller Art.
Eintritt 25 Pf.
An Elitetagen Donnerstags: **Großes Gala-Parade-Höhen- und Fronten-Feuerwerk.**

Volksgarten-Theater
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Täglich:
Das neue Riesenprogramm.
Lilly Hörmany — Hugo Römer
The Flying-Erics — Mlle. Mora
Orig. 5 Doris — Ballettges. Melanie.
Flotte Weiber.
Große Gesangsposse mit Tanz.

Hagenbecks INDIEN BERLIN
Tempelhofer Feld.
Täglich:
Gr. Vorstellungen
von 11 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends geöffnet.
Entree 50 Pf.
Res. Sitzplätze: Loge 2 M. I. Tribüne 1,50 M. II. Tribüne 1,— M.

IKLA
Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Sold. 25 Pf. **50 Pf.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

„Kornfranck“
Roggen-Malz-Kaffee

25

Sie haben recht,

5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pfg.

verlangen Sie bei Ihrem Kaufmmnn ausdrücklich
MAGGI's Bouillon-Würfel
denn der Name **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern bieten Garantie für vorzügliche Qualität.

„MAGGIs gute, sparsame Küche“.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288St*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1569St*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1205St*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Jackmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (Zeichenfehler) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Zinkwaschsässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leser 5 Proz.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3.85, 4.50, 5.75, 6.85, 7.50, 9.25, 12.50.

Salonplüsch-Teppiche 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 27.50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.65, 7.50, 8.50 usw.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.33, 12.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35, 11.50 usw. E. Weitzenberg's Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1642St*

Sozialistische Bücher, Büsten, Fahnen, Stocklaternen usw. Max Richter, Berlin O., Friedrichsfelderstraße 20. 1966St*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67. *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche! Riesenauswahl! darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 36,00. Teppich-Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserstor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis! *

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580St*

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäfte, An- und Verkauf vermittelt provisionsfrei Georg Rokahr, Klosterstraße 63, Tabakgroßhandlung. 1514St*

Eckslokal, Zahlstelle mehrerer Vereine, wegen Krankheit zu verkaufen. Zu erfragen Manteuffelstraße 42, Lokal. †1

Plätterei umständehalber billig zu verkaufen Lenaustraße 10 †64

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-leser 3 Prozent Rabatt. 39St*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901St*

Moebel - Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952St*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1626St*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Möbel - Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto deglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1559St*

Gelegenheitskauf. 200 komplette Zimmer, welche 50 Prozent ermäßigt sind, passend für Brautleute, darunter wunderbare Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, herrliche Küchen, Sofas 25—50, Ankleideschränke, Umbaue, mahagoni Büfetts, Schreibtische, Piano. Andreasstr. 30, geradeaus der Markthalle, sowie Grünerweg 85, Dvinastr. 1650St*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1486St*

Die in unseren Speicherräumen in Massen lagernden Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtungen gelangen in beiden Geschäften zum spottbilligen Verkauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit versäumen. Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg und Brückenstraße 6 (Hannowitzbrücke), Laden. 2929St*

Nach Schluß der Saison finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen reiche Auswahl in Musterzimmern jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Sehenswert für Brautleute und Pensionsinhaber. Herrenzimmer, Eiche, schwer, Chaiselongue, Lederstühle 231,—, Schlafzimmer 246,—, moderne Wohnzimmer, echt Nußbaum furniert 192,—, moderne Küchen, achtteilig 55,—, Bettstelle mit Patentboden 27,—, Kleiderschrank 24,—. Keine sogenannten Gelegenheitskäufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung. Langjährige Garantie. Möbelhaus Ostrowski, Schöneberg, Hauptstraße 50, Moabit, Turmstraße 73, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1508St

Sofa, fast neu, mit Bandgobelin, 8 Stühle billig zu verkaufen Schöneberg, Hauptstraße 5, Hof links 1 Treppe. 1564St*

Verkäuflich: (Händler unerwünscht) Moderne Wirtschaft. Prachtvolles Büfett, Herrenschreibtisch, elegantes Plüschsofa, Umbau, Ankleideschrank, Englischbetten, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Gaskrone, mehreres. Königsbergerstraße 11, vorn 1 links, Fischer. (Anzutreffen nur 9—1.) 95/16

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1487St*

Dringend verkaufe Nußbaumschrank, Sofa, Kommode, Bettstellen, Küche, 35 Mark. Frankfurter Allee 127 II. 95/15

Schleunigster Verkauf einer neuen Nußbaumwirtschaft mit hochmodernen Küchenmöbeln, sämtliche Wirtschaftsartikel, Teppich, 195,00. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I.

Möbel-Teilzahlung! Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbelstücke. Geringe Anzahlung, kulante Abzahlung, im Möbelkaufhaus Dresdenerstraße 14. Nicht verwechseln mit Abzahlungsgeschäft. 1654St*

Ausnahme-Angebot bis 1. Juli cr. Prima Plüschsofa 54,00. Sofaumbau mit Seitenschränke 63,00. Chaiselongue 25,00. Seidengarnitur 190,00. Altmahagoni Salon, enorm preiswert. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 1637St*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534St*.

Nußbaumpianino, modernes (Trauiwein), wie neu, Raummangels 225,—. Krüger, Friedenstraße 2 (Königstor). 224/7

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005St*

Die künstlerisch ausgeführten Singer—Liebknecht—Bebel-Bilder bekommen Sie nur Kunstverlag „Veritas“, Stralauer Brücke 3, 1 Treppe. 1993St*

Fahrräder.

Fahrradindustrie, Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter-Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1520St

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—, Holz, Blumenstraße 44. 1093St*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629St*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203St*

Fahrräder billiger! Neue Fahrräder mit Pneumatik 32,—, elegante Ausführung 40,—. Schneidige Straßenrenner, holzfarbige Felgen, roten Gummi, 60zähniges Kettenrad 50,—, 10 Jahre Garantie. Damenräder 40,—, 45,—, sehenswerte Luxusausführung, 10 Jahre Garantie, 58,—. Ernst Machnow, größtes Fahrradhaus Berlins. Jahresumsatz über 30 000 Fahrräder. Gebrauchte Räder, große Auswahl, 10,— an. 1651St*

Adlerherrenrad (Original), Glockenlager, wundervoll, 28,00, Damenfahrrad billig. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 95/11*

Fahrrad 20,—, Kraus, Andreasstraße 54. 95/14*

Reste.

Fränkels Resterhandlung. Kottbuserstraße 2, unter Fabrikpreis: Herrenstoffe, Damenstoffe, Seide, Besatzartikel, Futterstoffe. 1484St*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor“, Hollmannstraße 30. *

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,80, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Platigold, Goldwatten, Gummiabfälle höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kasta, Zöpfefabrik, Richard, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763St*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 224/56*

Zahngebisse, Goldsachen, Platinaabfälle, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke).

Zahngebisse, Goldsachen, Doubléabfälle, Silberabfälle, Platina, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend Edelschmelze Dresdenerstraße 132, nahe Oranienplatz. 95/13

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 445St*

Tischler, Drechsler, Tapezierer usw. erhalten Unterricht im Fachzeichnen und Kalkulation ohne Berufsstörung nach den Lehrheften der 20-Pfennig-Fachbibliothek für die gelamte Holzindustrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerfachschule, Berlin N. 65, Malplaquetstraße 14—16. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439St*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 93/19*

Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Abholung täglich. Krüger, Köpenick, Müggelheimerstraße 32c. Postkarte erbeten. 2009St*

Die Beleidigung gegen Herrn Meister Grüneberg nehme ich reumütig zurück und erkläre denselben für einen ehrenhaften Mann. Frau Lemke, Wiesenstraße 23. †85

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstag. Hermann Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 2048St

Handwäscherei. Sauber, gewaschen wird Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 10 Pfennig. Frau Behrend, Köpenick, Dorotheenstraße 20. Abholung täglich. 1653St

Waschanstalt Brescke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße im Freien getrocknete Wäsche. 4 Handtücher 10. Abholung Donnerstags.

Aufpolsterung. Matratzen 4,00. Sofa 5,00, im — außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 95/10

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube und Küche zu vermieten Beusselstraße 62, Seitenflügel drei Treppen. Näheres durch Weber, abends 6—7, Fehrbellinerstraße 20, Quergebäude parterre. †85

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeiter, 21 Jahre, sucht Beschäftigung; 3 Jahre Schlosserei gearbeitet. Georg Orth, Oranienburgerstraße 89, vorn IV. 2045b

Junger Mann (18) sucht abends Nebenbeschäftigung. Gefällige Angebote an G. Kemnitz, Ackerstraße 122.

Stellenangebote.

Marmorschleifer sofort Bergmannstraße 69. †45

Hausdiener, jung, kräftig und flink, sofort verlangt. Gelernter Tischler bevorzugt. Offerten nur mit Lohnangabe unter K. 1 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 2046b

Straußfederlegerinnen suchen Gustav Schönwald u. Dittfeld, Schützenstraße 5. 2044b

Gürtler

auf **chirurgische Instrumente** suchen **Louis u. H. Loewenstein, Ziegelstr. 28.** 249/10

Achtung, Wagenbauer!

In den nachfolgenden **Wagen- und Karossenfabriken** befinden sich die **Arbeiter im Streik** und sind alle **Arbeitsangebote** dieser Firmen **stritte zurückzuweisen.**

Gesperrt sind:

Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.

Rudolf Franke, Inselstr. 11 und Courbièrestr. 14.

Lange u. Gutzeit, Frankfurter Allee 22/23.

In Frage kommen: Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer und Sattler.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

176/8* **Die Streikleitung.**

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.

Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthaey, Schlesische Straße 32.

Erzgebirgische Holzindustrie in Brand, Filiale Dessauer Str. 36

Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geiben „Handwerkerschutzverbandes“.

Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.